№ 529
A 223

Morgen-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 8. November 1923

Vossische Zeitung

20 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen – Sport – Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 75 Milliarden Mark durch Boten. Postbezugspreis und Streifbandsendungen freibleibend. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Grundpreis 30 Pfg. mal Schlüsselzahl 90 Milliarden. Familienanzeigen 5 Pf. mal halber Schlüsselzahl. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausnahme d. Handelst.): Carl Misch, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein Amt Dönhoff 3600 – 3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 – 3695 Telegramm-Adresse Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Wiederholung der Devisenabgabe.

Neuemission von Reichsgoldanleihe / Freigabe von Exportzucker / Ausgabe der Rentenmark am 15. November / Umtausch der Papiermark gegen Goldanleihe / Einlösungskurs noch nicht festgesetzt.

Amtliche Meldung.

Um zur Behebung der äußersten Not des Volkes die nötigen Devisen für die Einfuhr des unentbehrlichsten Lebensbedarfs zu sichern, hat sich die Reichsregierung trotz der schwersten Bedenken entschlossen, die Devisenabgabe auf der Grundlage der Brotversorgungsabgabe sofort noch einmal zu erheben. Als Gegenleistung wird eine neue Goldanleihe gewährt werden. Weitere Devisen sollen durch die Ausfuhr einer beschränkten Menge von Zucker beschafft werden. Die Not des Volkes zwingt zu diesem Schritt, durch die Ausfuhr die Devisen zur Beschaffung von Getreide und Fetten zu erlangen. Die für den Verbrauch an Mundzucker unerläßliche Menge bleibt im Inland.

Beide Maßnahmen werden eine wesentliche Entlastung des Devisenmarktes herbeiführen.

Zur vorläufigen Festigung des Kurses der Papiermark und zur demnächstigen Herstellung eines festen Verhältnisses der Papiermark zu einem wertbeständigen Werte hat die Reichsregierung in Ergänzung ihrer bisherigen Entschließungen folgendes beschlossen:

Alle Vorbereitungen sind getroffen worden, damit die Rentenbank mit der Ausgabe der Rentenmark am 15. November beginnen kann. Von diesem Zeitpunkt ab wird der Bedarf des Reichs nicht mehr durch neue Herstellung von Papiermark gedeckt werden. Die Papiermarkinflation wird damit ihr Ende erreichen. Die dann feststehende Menge an Papiermark soll gegen Goldanleihe des Reiches eingetauscht werden können. Zu diesem Zweck wird einer besonderen Stelle eine mit Sicherheiten ausgestattete Goldanleihe des Reiches zur Verfügung gestellt werden. Der Kurs, zu dem die Papiermark zunächst eingelöst werden soll, wird festgestellt werden unmittelbar nachdem die Rentenbank in Kraft getreten ist. Die in der Rentenbank-Verordnung vorgesehene Möglichkeit der Einlösung von Reichsschatzanweisungen mit Rentenmark bleibt daneben bestehen. Damit bleibt zugleich die Möglichkeit offen, die Papiermark in Rentenmark einzutauschen, sobald die dafür erforderliche Menge von Rentenbankscheinen hergestellt ist.

*

Als eine der Maßnahmen wird die Auflegung einer neuen Goldanleihe in Höhe von 300 Millionen Goldmark, die durch eine besondere noch nicht bekanntgegebene Steuer gesichert werden soll, geplant. Diese Goldanleihe soll zur Einlösung der Papiermark dienen. Die Einlösung selbst kann erst erfolgen, wenn die Notenpresse stillgelegt worden ist, d. h. wenn keine Schatzanweisungen des Reiches von der Reichsbank diskontiert zu werden brauchen. Das setzt aber wieder voraus, daß das Reich genügend wertbeständige Zahlungsmittel zur Verfügung hat, um die notwendigsten Ausgaben, soweit es sie noch nicht durch Steuern decken kann, zu bestreiten. Es muß also erst eine gewisse Menge von Rentenmark dem Reich zur Verfügung stehen. Der Zeitpunkt, an dem man die Einstellung der Papiermarknotenpresse vornehmen und gleichzeitig mit der Ausgabe von Rentenmark beginnen zu können glaubt, soll der 15. November sein. Unmittelbar danach wird dann auch der Einlösungskurs für die Papiermark bekanntgegeben werden.

Die neuen Maßnahmen der Regierung werden, so einschneidend sie auch sein mögen, doch weite Kreise der Bevölkerung enttäuschen, nämlich alle diejenigen, die damit gerechnet hatten, daß die Regierung sofort den Einlösungskurs für die Papiermark bekanntgibt. Daß die Hoffnung hierauf im Publikum geweckt wurde, hat die Regierung sich selbst zuzuschreiben, denn in der amtlichen Meldung, die letzten Sonnabend herausgegeben wurde, heißt es:

„Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Papiermark in eine feste Relation zu einem wertbeständigen Zahlungsmittel zu bringen, gegen das sie zu einem bestimmten Termin eingelöst wird . . . Ueber die Höhe der Relation und die Einzelheiten steht ein Schluß unmittelbar bevor.“

Die Regierung glaubte aber deshalb nicht sofort den Einlösungskurs festsetzen zu können, weil sich noch nicht annähernd übersehen läßt, wie groß bis zu dem Tage, an dem mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen werden kann, die Ausgaben des Reichs und damit die Vermehrung des Papiermarkumlaufs sein würden. Besonders schwerwiegend fiel dabei die trostlose Lage im Ruhrgebiet ins Gewicht. Denn dadurch, daß das Abkommen mit den Franzosen über die Wiederaufnahme der Arbeit nicht zustandegekommen ist, ist die Zahl der Arbeitslosen im Ruhrgebiet zurzeit auf zwei Millionen angewachsen, und diese Arbeitslosen müssen vom Reich unterhalten werden.

Was die neuen Devisenmaßnahmen der Regierung anbetrifft, so hofft man, aus der Devisenabgabe, wie beim erstenmal, etwa 125 Millionen Goldmark zu erlangen. Wieviel Devisen aus dem Zuckerexport einkommen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Wie wir hören, denkt man daran, etwa zwei Millionen Doppelzentner Zucker zu exportieren. Da nun der Zuckerpreis für den Doppelzentner zurzeit 42 Goldmark beträgt, so wird man wohl auf etwa 80 Millionen Goldmark in Devisen rechnen können. Zweifelhaft erscheint uns allerdings, ob die Devisen aus der allgemeinen Abgabe und erst recht die aus dem Zuckerexport so schnell einkommen werden, daß sie für die nächste Zeit eine Entlastung für den Devisenmarkt bewirken können. Man darf aber wohl annehmen, daß die Regierung mit den Großbanken, von denen der Plan der neuen Devisenerfassung herrührt, entsprechende Abmachungen getroffen hat, damit das Reich sofort eine Verfügung über eine gewisse Mengen von Devisen erhält.

Eine ungünstige Rückwirkung des Zuckerexports auf die Versorgung der deutschen Konsumenten mit Mundzucker wird nach Ansicht der Regierung nicht eintreten. Daher will sie auch von der allgemeinen Wiedereinführung der Zuckerkarte absehen. Gegen die Gefahr, daß durch Manipulationen der notwendige Zucker für die Inlandsversorgung sich verringern könnte und die Preise in die Höhe getrieben werden, glaubt die Regierung dadurch geschützt zu sein, daß der Handel mit Zucker konzessioniert ist. Sollte sich vorübergehend an einzelnen Orten eine gewisse Zuckerknappheit herausstellen, so würde zu einem lokalen Kartensystem gegriffen werden.

Die französisch-amerikanischen Verhandlungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

wf **Paris**, 7. November.

Am Quai d'Orsay wurde heute abend versichert, neue Instruktionen für den französischen Botschafter in Washington zur Beantwortung der Rückfragen des amerikanischen Staatssekretärs seien noch nicht abgegangen. Diese Feststellung erregte in Pressekreisen große Ueberraschung, weil den französischen Journalisten mittags am Quai d'Orsay bestätigt worden war, daß die Instruktionen gestern abend abgegangen seien.

Auch im Leitartikel des „Temps“ ist die Rede von neuen Instruktionen, die gestern abend an den französischen Botschafter in Washington abgegangen sein sollen.

Eine Erklärung zu diesem merkwürdigen Widerspruch fehlt einstweilen. Die einen nehmen an, gestern abend sei ein kurzes Kabeltelegramm an den Botschafter abgegangen, in dem angekündigt wurde, daß ausführliche Antworten auf die beiden amerikanischen Rückfragen sobald wie möglich abgehen werden, die anderen glauben, das Ministerium des Aeußern habe gestern gleich nach Empfang des ersten Berichtes über die Washingtoner Unterhaltung einen Entwurf für die angeforderten Ergänzungsinstruktionen ausgearbeitet, sei aber dann von Poincaré beauftragt worden, die amerikanischen Rückfragen viel ausführlicher zu beantworten, als anfangs geplant war.

Am Quai d'Orsay wird betont, daß es bisher materiell unmöglich war, die neuen Instruktionen, die ein sehr umfangreiches Dokument darstellen werden, auszuarbeiten, da die zuständigen Dienststellen das dazu erforderliche Material noch gar nicht bereitstellen konnten. Im Ministerium des Aeußern wird bestätigt, daß es sich um die Frage der Zeitdauer, für die nach französischer Auffassung die deutsche Leistungsfähigkeit festgestellt werden könne, sowie um die französische Auffassung von der Stellung des geplanten Sachverständigenausschusses gegenüber dem Ruhrproblem handelt.

Die Verantwortung.

Die verzögerte Rentenmark.

Die deutsche Wirtschaft mußte erst vollkommen zugrunde gerichtet sein, die Bevölkerung mußte in die ärgste Notlage gebracht werden, die sie murrend nur noch und unwillig ertrug, bevor die seit Jahren gemachten Vorschläge zur Schaffung von wertbeständigen Zahlungsmitteln von der Regierung überhaupt erwogen wurden.

Dann kam der Uebergang zur Tat. Aber in der Form, in der man nun in Deutschland solche Taten schon seit langem gewöhnt ist: der einfache und von selbst gegebene Weg wurde nicht beschritten, dafür aber ein Umweg begangen, für den es keinen anderen Grund gab als den, daß ihn die Interessenten vorgeschlagen hatten. Die Renten-Mark, gegen deren Einführung sich der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding während seiner kurzen Ministerzeit zunächst zu wehren versuchte, wurde schließlich gegen seinen Willen durchgesetzt. Derjenige, der den Plan der Rentenmark besonders betrieb, der frühere Ernährungsminister Dr. Luther, sitzt jetzt an seiner Statt im Reichsfinanzministerium.

Aber ob die Rentenmark oder irgend etwas anderes, man war schließlich schon froh, daß überhaupt etwas kam, das die deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse in Ordnung bringen sollte. Die Regierung erklärte zunächst, daß sie die Form der Ausgabe von Rentenmark deshalb gewählt habe, weil es sich hier um eine schnell realisierbare Möglichkeit handle. Als dann die Verordnung über die Rentenbank erging, zeigte sich allerdings, daß die Interessenten wieder einmal mehr versprochen hatten, als sie zu halten in der Lage waren. Der Zwischenlösung der Rentenmark sollte daher nach Absicht der Regierung eine provisorische Zwischenlösung vorhergehen, die durch die Ausgabe weiterer Goldschatzanweisungen charakterisiert war.

Nun ist es schon lange her, seitdem diese Verordnung Gesetzeskraft hat. Aber noch nicht einmal die Ausgabe der Goldanleihe ist ordnungsmäßig durchgeführt. Die Goldanleihe, die ausdrücklich dazu bestimmt sein sollte, den breiten Massen der Bevölkerung als Zahlungsmittel gegeben zu werden, ist vorläufig noch in der Hauptsache ein Spekulationsobjekt. Die Regierung hat in der Oeffentlichkeit die Spekulation in der Goldanleihe bloßgestellt. Aber sie hat dabei doch dem Umstand nicht Rechnung getragen, daß die Reichsbank durch die Art, in der sie die Goldanleihe ausgegeben hat, zur Spekulation geradezu anreizte. Anstatt sich die Papiermarkbeträge sofort einzahlen zu lassen, und dagegen Kassenquittungen auszugeben, die bis zur Fertigstellung der definitiven Stücke evtl. auch als Zahlungsmittel hätten verwendet werden können, hat man die Papiermarkbeträge der Bankwelt weiter belassen. Und dadurch ist ein Zustand von Geldflüssigkeit eingetreten, der selbstverständlich die Spekulation in Effekten, Devisen und auch in Goldanleihe selbst animieren mußte. Man erstaunt geradezu über die unmögliche Art von Vorbereitung, die diese wichtigste Aktion der Regierung gefunden hat. Und man muß leider heute bereits sagen, daß dadurch die Einführung der Goldanleihe als wertbeständiges Zahlungsmittel sabotiert ist. Mindestens hat man den Zweck gar nicht erreicht, den zu erreichen ja die Hauptsache war: nämlich bis zur Ausgabe der Rentenmark die Wertbeständigkeit des Geldverkehrs zu sichern.

Wo blieb nun aber die Rentenmark? In einer Polemik mit der „Deutschen Tageszeitung“ hat das offiziöse Organ des Reichskanzlers den Versuch gemacht, die Verantwortung für die Verzögerung auf diejenigen Interessenten abzuwälzen, die die Rentenbank zu gründen übernommen haben. Es heißt da:

„Es soll und muß sich hier einmal zeigen, was durch die Initiative und die Energie dieser Wirtschaftskreise zustande gebracht werden kann. Wenn die Rentenmark noch nicht im Zahlungsverkehr ist, und wenn der Papiergeldjammer in den letzten Tagen aufs höchste gestiegen ist, so sollte man gerechterweise die Vorwürfe an die Adresse derjenigen Kreise richten, die mit der Schaffung einer neuen Währung betraut worden sind.“

Das scheint uns doch eine sehr merkwürdige Stellungnahme zu sein. Zu den wichtigsten Aufgaben, die die jetzige Regierung bei ihrem Amtsantritt übernommen hat, gehört es, Ordnung in die Währungsverhältnisse zu bringen. Diese Aufgabe kann nicht damit gelöst sein, daß man irgendwelchen Wirtschaftskreisen die Sanierung der Währung in Entreprise gibt. Die Opposition, die sich gegen das Projekt der Rentenbank geltend gemacht hat, war ja, abgesehen von sonstigen sachlichen Erwägungen, auch darauf gestützt, daß man die Ausgabe der neuen Geldwertzeichen in die Hände von Interessenten legte. Nachdem man die Zusammensetzung der Gründer kennen gelernt hat, sind diese Bedenken noch gestiegen. Den Haupteinfluß auf die Rentenbank haben diejenigen Kreise der Landwirtschaft und der Schwerindustrie, die in ihrer politischen Einstellung dem jetzigen Kabinett nicht gerade freundlich gesinnt sind. Es liegt uns durchaus fern, anzunehmen, daß die Männer, die aus jenen Kreisen in der

Reichsbank sitzen, sich ihrer großen moralischen Verantwortung für das Staatswohl so wenig bewußt sein sollten, daß sie die Rentenbank jetzt zu einem Instrument der politischen Obstruktion machen. Aber als ein Ausfluß höchster Staatsweisheit wird es auf keinen Fall angesehen werden können, daß der Staat seinen politischen Gegnern das Währungsinstrument ausliefert. Wenn sich nun herausstellt, daß dieses Instrument vorläufig noch gar nicht funktioniert, und wenn sich im Volk Beunruhigung darüber fühlbar macht, so kann die Reichsregierung jetzt unmöglich sich selbst der Verantwortung ledig sprechen und auf die Interessenten hinweisen, die ihr die Verpflichtung abgenommen haben. Namentlich der Reichsfinanzminister trägt selbstverständlich die volle Verantwortung dafür, daß eine so lange Zeit verstrichen ist, ohne daß das wertbeständige Zahlungsmittel, von dem er sich selbst so viel versprochen hat, bereits zirkuliert.

Im Reichsfinanzministerium scheinen aber überhaupt wieder einmal recht merkwürdige Verhältnisse zu herrschen. Am Montag ist eine halbamtliche Kundgebung (offenbar aus dem Reichsfinanzministerium) veröffentlicht worden, in der es hieß:

„Gestern fand beim Reichsfinanzminister unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers eine eingehende Besprechung mit Sachverständigen über die Markstabilisierung statt. Zugrunde lag der Beschluß des Reichskabinetts, ein festes Mindestumrechnungsverhältnis zwischen einem wertbeständigen Wert und der Papiermark herzustellen. Die Sachverständigen haben die Absichten der Regierung einmütig als praktisch durchführbar bezeichnet und so bestimmte positive Vorschläge gemacht, daß eine endgültige Beschlußfassung der Reichsregierung in kürzester Frist erfolgen kann."

Als wir hier dieses Kommuniqué wiedergaben, haben wir unsere Bedenken dagegen geltend gemacht, daß im Reichsfinanzministerium noch immer die Methode üblich ist, einseitig interessierte Interessenten als sogenannte Sachverständige zu vernehmen. Am Dienstag abend las man in einem kanzleroffiziösen Organ das folgende:

„Die Oeffentlichkeit hat gar keine Vorstellung davon, welche Schwierigkeiten sich im praktischen Falle ergeben. So hat die Regierung, um die Papiermark auf einen festen Kurs stabilisieren zu können, am Montag drei hervorragende Sachverständige zu Rate gezogen, und zwar einen Vertreter der Banken, den Präsidenten der Reichsbank und einen hervorragenden Vertrauensmann der Landwirtschaft. Die drei Herren haben drei verschiedene Vorschläge gemacht und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß jeder der anderen Vorschläge eine Lösung bedeute, die für die deutsche Wirtschaft katastrophal sein müsse. Man mag aus diesem Beispiel ersehen, daß es nicht so leicht ist, mit Hilfe der Sachverständigen eine derartige Frage zu lösen."

Und am Mittwoch wurde diese Darstellung durch folgende halbamtliche Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros bestätigt.

„In einer Sitzung des Reichskabinetts, die heute nachmittag um 4 Uhr beginnt, wird die Entscheidung über die in der gegenwärtigen Währungskrise entscheidende Frage fallen, in welchem Wertverhältnis die Papiermark gegen Goldanleihe eingetauscht werden soll. Nachdem der Reichsfinanzminister Dr. Luther mit Vertretern der Großbanken, der Industrie und Landwirtschaft eingehend darüber verhandelt hat und die schärfsten Gegensätze in den Anschauungen der Sachverständigen offenbar wurden, wird Minister Dr. Luther noch für sich aus dem Kabinett einen Vorschlag machen, der die endliche Beschlußfassung des Kabinetts über das Wertverhältnis zwischen Goldanleihe und Papiermark ermöglichen soll."

Wie erklärt sich eigentlich der Unterschied zwischen dem Kommuniqué vom Montag und der offiziösen Darstellung am Dienstag und Mittwoch?

Aus diesen widersprechenden Darstellungen geht jedenfalls das eine hervor, daß man zwei Interessenten und den Präsidenten der Reichsbank gehört hat. Als uninteressierte sachverständig ist in diesem Fall höchstens der Präsident der Reichsbank anzusehen. Die beiden anderen Sachverständigen sind eben Interessenten. Und es ist die Eigenart der Interessenten, daß sie gelobt, die ihren persönlichen Interessen zuwider läuft und ihren Geschäften unbequem ist, als für die Wirtschaft katastrophal bezeichnen. Es ist schon im alten Reich niemals eine Steuer eingeführt worden, von der die von ihr besonders betroffenen Branchenintereßenten nicht behauptet hätten, daß die Steuer sie völlig ruinieren müsse. Wenn diese Angaben der Interessenten richtig gewesen wären, so würde schon lange eine deutsche Wirtschaft gar nicht mehr existieren. Aber diese alte Erfahrung hindert nicht, daß man immer wieder dieselben Kreise, teilweise sogar dieselben Leute, als Sachverständige heranzieht.

Und des Rätsels Lösung: Der Bürokratie ist natürlich nichts bequemer, als die Interessenten sich untereinander zanken zu lassen und dann die Dinge so zu machen, wie sie sie machen will. Deshalb beruft man auch keine uninteressierten Sachverständigen. Und deshalb kommt man auch in der Währungsfrage zu keiner Ruhe und Sicherheit.

Denn die Bürokratie, die seit Jahren in dieser Angelegenheit versagt, ist befriedigt, wenn sie aus dem Ergebnis ihrer Interessentenvernehmungen nachweisen kann, die Sache sei so schwierig, daß selbst die Sachverständigen sich nicht haben einigen können. Dabei liegen seit Jahren übereinstimmende Sachverständigengutachten darüber vor, was für die Ordnung der Währung zu geschehen hätte.

Dann hätte aber eben etwas getan werden müssen. Und das sollte anscheinend vermieden werden.

Bhd.

Protestnote gegen General de Metz.

Poincarés Antwort.

Die deutsche Regierung hat in Paris, wie gemeldet, eine Protestnote überreichen lassen wegen der bekannten Vorgänge in der Pfalz. Die Note stellte fest, daß in der Sitzung des Kreistages der Pfalz am 24. Oktober Major Louis im Auftrage des Generals de Metz eine amtliche Erklärung abgegeben hat über die Bildung eines autonomen Staates Pfalz, und daß nach der Ablehnung des Antrages der General de Metz am folgenden Tage dem Vertreter der bayerischen Regierung bei den Besatzungsbehörden in der Pfalz folgendes eröffnet habe:

„Durch ihr Vorgehen im gegenwärtigen Konflikt mit der Reichsregierung habe die bayerische Staatsregierung sich außerhalb der Reichsverfassung gestellt und dadurch die Verfassung gebrochen. Französischerseits müsse man daraus die Folgerung ziehen, daß eine vollziehende Gewalt der bayerischen Staatsregierung in der Pfalz nicht mehr bestehe. Dementsprechend hätten die in der Pfalz anwesenden bayerischen Beamten keine Hoheitsbefugnisse mehr. Er, General de Metz, verbiete ihnen daher jegliche weitere Ausübung ihrer amtlichen Funktionen; wenn sie weiter in der Pfalz verbleiben wollten, so könnten sie das nur als Privatpersonen tun. Diese Mitteilung werde er auch den übrigen bayerischen Beamten in der Pfalz zugehen lassen."

Der deutsche Geschäftsträger hatte namens der Reichsregierung gegen das rechts- und vertragswidrige Verhalten des Generals de Metz Protest erhoben und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die französische Regierung den General de Metz sofort anweisen werde, die durch den Vertrag von Versailles sanktionierten deutschen und bayerischen Hoheitsrechte in der Pfalz zu achten.

Hierauf ist nunmehr folgende Antwort Poincarés eingegangen:

„Durch Schreiben vom 26. Oktober 1923 haben Sie geglaubt, gegen die Haltung des General de Metz in Beziehung auf die politische Bewegung in der Pfalz Beschwerde erheben zu müssen. Der Protest will die Haltung der französischen Behörden feststellen und ihnen eine Verantwortlichkeit zuschieben, die sie in Wirklichkeit nicht trifft. Die Schwierigkeiten, denen die Pfalz gegenwärtig ausgesetzt ist, sind keineswegs auf das Vorgehen der französischen Behörden zurückzuführen, sondern einzig und allein auf die schwere Beunruhigung, die in Deutschland die Folge des passiven Widerstandes ist. Es muß insbesondere beachtet werden, daß die inneren Ereignisse in Deutschland aus der letzten Zeit die Pfalz in eine unentwirrbare Lage bringen, sodurch die Beunruhigung der pfälzischen Bevölkerung völlig erklärt wird. Ebenso wie die französische Regierung sich den Vorbereitungen völlig ferngehalten hat, die zur Ausrufung der separatistischen Aktion geführt haben, und ebenso wie sie den Ereignissen in der Rheinprovinz ferngeblieben ist und fernbleibt, ebensowenig kann sie irgendeine Verantwortung übernehmen für die Entschließungen, die in voller Freiheit von der pfälzischen Bevölkerung gefaßt worden sind. Uebrigens haben beide Bewegungen keinen gemeinsamen Charakter. Indessen ist der Wille der Bevölkerung unzweifelhaft vorhanden und hat sich wiederholt in einer Weise geäußert, daß es den französischen Behörden unmöglich gewesen ist, ihre Tür den Personen zu verschließen, die gekommen sind, um sie darüber zu unterrichten. Diese Tatsache beweist nur, daß die französischen Behörden in der Pfalz, die fortwährend die Aufrechterhaltung des normalen Wirtschaftslebens und der Wohlfahrt der Bevölkerung geschützt sowie den ernsthaften Wunsch bekundet haben, daß die Bevölkerung ihrerseits das normale Wirtschaftsleben aufrecht erhält oder wiederherstellt, durch die Korrektheit ihres Vorgehens und die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung erworben haben. Es ist mir unmöglich, die Herstellung von Beziehungen zu bedauern, die mächtige Faktoren für Ruhe und Frieden gewesen sind und bleiben. Ich bedauere die vielfach von der Rheinlandkommission und von der Botschafterkonferenz gemeldete Haltung, die von gewissen deutschen Behörden eingenommen worden ist, und die zum Zweck hatte, Reibungen zwischen der Zivilbevölkerung und unseren Truppen zu schaffen, eine gefährliche Feindschaft hervorzurufen und sich einer Befriedung der Geister entgegenzustemmen, die wir unsererseits im allgemeinen Interesse immer erstrebt haben."

Diese Antwort läßt, so fügt W.T.B. hinzu, die Zweideutigkeit der französischen Haltung gegenüber den Separatistenputschen besonders deutlich hervortreten. Die deutsche Beschwerde enthielt die klare Formulierung des Vorwurfs gegen den General de Metz und den Major Louis, daß sie vor dem widerstrebenden Kreistag der Pfalz einen autonomen Pfalzstaat gebildet und vor dem zuständigen Vertreter Bayerns die vollziehende Gewalt der bayerischen Regierung als in der Pfalz nicht mehr bestehend erklärt hätten. Die Note geht hierauf mit keinem Wort ein. Es beweist dies, daß die französische Regierung das Verhalten des Generals de Metz und des Majors Louis nicht dementieren kann und will.

Selbstmordepidemie in der tschechoslowakischen Armee. Im Wehrausschuß des Prager Abgeordnetenhauses gab gestern der Vertreter des Kriegsministeriums einen Bericht über die militärischen Selbstmorde in der tschechoslowakischen Armee, der, wie das „Prawo Lidu" meldet, furchtbar wirkte. Vom Oktober 1921 bis September 1922 wurden 106 Selbstmordfälle verzeichnet. Das sind auf 100 000 Mann 76 Selbstmorde. Vom Oktober 1922 bis Oktober 1923 ereigneten sich 91 Selbstmordfälle. Die Abgeordneten forderten, daß bei den Untersuchungen über die Ursache der Selbstmorde auch Mannschaftspersonen und nicht bloß die Aufsichtsoffiziere hinzugezogen würden.

In Mussolinis Gefolge.

Von

Mario Passarge,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

*** Im Extrazug vor Rom,** am Jubiläumstage.

Soeben haben wir die Station von Monterotondo hinter uns gelassen; vor einem Jahre, um diese vorgerückte Nachtstunde, lagerten gerade hier die Scharen der Faszisten, bereit, in Rom einzurücken, wo wegen der neuen Regierungsbildung verhandelt wurde. Damals lag alles im Dunkel; die Verbindungen waren unterbrochen; Posten wachten; fernher schimmerte Rom, den müden und wegbeschwerten „Aufsätzern" Ziel und Symbol. Heute stand der kleine Bahnhof im Schmucke von Illumination und Fahnen, und unsere zwei modernsten Schnellauslokomotiven fuhren mit ihren Lichtern und Fahnen fauchend in den Lärm der Musik und der Menschen hinein. So war es überall bisher auf unserer viertägigen Rundreise. Der Kopf dröhnt, und die Augen flimmern. Von den Höhen der Hügel und der Berge längs des Schienenstrangs sah man die abgelegenen Nester Raketen verschießen, die kleinsten Häuser längs der Bahn hatten mindestens einen bunten Lampion herausgehängt, die Bahnwärter sollten dem vorüberjagenden Blitzzug den römischen Gruß. Regie? Volksfühler mußten gute Regisseure sein . . .

Es ist nicht eben leicht, in diesem durch die Nacht dahinrasenden Zug seine Eindrücke zu Papier zu bringen. Die beiden Lokomotiven schleifen unsere zehn Schlafwagen in wildem Taumel dahin. Mussolini will punkt halb elf in Rom sein. Viel Zeit ist unterwegs verloren worden, weil nirgendwo die Masse sich damit begnügen wollte, daß der „Führer" sich nur am Wagenfenster zeigte und nickend dankte. Er mußte sprechen. Und die Reise mußte pausieren, und die Märsche wollten gespielt sein. Und nun wirft uns der sorgfältig gesederte Wagen auf unsern Sitzen hin und her, daß man jeden Augenblick meint, er müsse aus den Schienen springen. Der Tiber, hinter nebeldampfenden Weiden dem Meere zuströmend, diktiert die Kurven. Wir haben keine Rücksicht auf andere Züge zu nehmen. Mussolini muß um halb elf in Rom sein. Tempo!

Wir kennen das. Zu Bologna war's. Bologna, die einst rote Stadt, die dem Faszistenführer den begeistertsten Empfang bereitete. Ehrengarde, Stadträte und Beamte in Gehrock und Zylinder, die Mussolini wieder eingeführt hat. Eine Abteilung Karabinieri zu Pferde in Galauniform, die den Zug eröffnen sollte. Mussolini steigt in den niedrig über dem Boden hängenden, grünsilbernen Rennwagen. Die Reiter sehen an, aber schon hat sie der Wagen überholt, zurückgelassen; und der ganze unendliche Schwanz von Automobilen mit Autoritäten und Journalisten aus aller Herren Ländern hinterher. Tausend Hände im römischen Gruß entgegengestreckt. Alle Augenblicke eine neue Musikkapelle, deren Klänge gerissen werden von der raschen Fahrt. So weiter durch die zehn Stunden des Besuchs. Zur Stadt hinaus, in ein Krankenheim, zum Turnplatz, über staubige Chausseen. Immer voran der silbergrüne Wagen. Und in dem gleichen Tempo zurück. Die Herren im Gehrock und Zylinder grau wie Mehlkutscher geworden. Tempo! Zwei moderne Lokomotiven vor unserm kurzen Zug. Hundertzwanzig Kilometer, sagt einer der schwarzen Leibgardisten Mussolinis, die die Fahrt mitmachen und behend wie Eidechsen überall sind. Die Schienen flirren. Wie betrunken schwanken die Beamten durch den tanzenden Korridor nach dem Salonwagen. Und zwei andere Lokomotiven saufen uns voran, als Staffette. Kein Zweifel: wir werden pünktlich sein.

Amerikanisch; da fällt das Wort. Amerikanisch, wie man das so meint: Hast, Nerven, Rücksichtslosigkeit mit sich und anderen. Es gibt auf allen Kirchtürmen Uhren, die nur die Stunden anzeigen. Das genügte einstens. Hier hat die Uhr nur den Sekundenzeiger. Und für jede Stadt war die Zeit für Reden, Empfänge, Festessen nach Sekunden berechnet. Das Programm, das eine Woche hätte ausfüllen können, in wenigen Stunden erledigt. Wer nicht mitkommt, bleibt zurück. Und die Musik spielt immer wieder das Lied von der Jugend, dem Frühling der Schönheit. Vier Tage lang dieses Tempo durchhalten, immer der Treibende sein, niemals müde scheinen. Von dem bunten und blutenden Trotz auf Mussolinis Sprut hat nur er es fertig gebracht.

Aber mitten in diesem Rasen durch die Zeit, die Menschen und dem Raum standen dann wieder Augenblicke, die nur Augenblicke waren, unwahrscheinlich lange still. In einer Kirche sollte Mussolini eine Votivlampe für die Toten anzünden. Drinnen warteten die Witwen. Von draußen kam das Tuden der Maschinen heran. Mussolini tritt herein und läßt hinter sich die Türen schließen. Er tritt an den Dreifuß allein, füllt das Oel in den Rüblernen Helm, der als Behälter dient, und bringt die Flamme an den Docht. Wortlos. Die Frauen schluchzen. Draußen brandet das Meer der Menschen. Niemand spricht. Dann segen die Glocken oben in dem tönenden Turm ein. Die Türen auf. Licht herein und mit dem Licht das Schwingen der Fahnen, das Dröhnen der Musik, das Poltern der Motoren. Irgend etwas blieb in der Kirche zurück, gefaßt wie in einen Rahmen, aus dem es nicht mehr herausgebrochen werden kann. Oder: auf dem Marktplatz von Perugia, wo Mussolini auf die Rampe trat, um zum Volke zu sprechen, auf die gleiche Rampe, von der im Mittelalter die großen Heerführer zu dem Volke von Perugia gesprochen hatten, das sich Christum zum Präsidenten der Republik erwählt hatte. Wir haben ihn nun oft und oft reden hören und reden sehen. Er ist zu aufrichtig, um sich verstellen zu können. Man weiß, wann er nur spricht, um zu sprechen, und wann er spricht, weil er sprechen muß.

Dies ist das Land eines Franz von Assisi und eines Fortebraccio, der Liebe und der Gewalt, des Mystizismus und der Volksempörungen. Unbeschreiblich klangvoll geschnten die Berge, auf denen der Heilige wandelte, ihre weichen Linien an den strahlenden Horizont; verführerisch unter den hinabsteigenden Olivenwäldern dehnt sich die Ferne, die sich die Condottieri unterwarfen. Der Mann des zwanzigsten Jahrhunderts kämpft die Hände um die Brüstung und wartet, umlauert von Tausenden, gleich einem Propheten auf das erste Wort, das ihm zufliegen soll. Und es ist da, kommt klangvoll aus dieser robusten, vollen Stimme und formt sich laut und rund, hart und schmeichelnd über dem empfangenden Platz. Auch das ist ein Augenblick, der lange währt. Das hat alles nicht das geringste mit dem Problem des Faszismus selbst zu tun, das betrifft nur diesen einen Mann, Mussolini, der aus dem Volke kam und zu dem nun das Volk kommt, wie es einst zu den Menschen kam, die ihre Spuren in der Geschichte zurückgelassen haben. Solch ein Mann kann von denen, an die er sich wendet, nur unendlich geliebt werden oder unendlich gehaßt. Es gibt keinen Mittelweg.

Wir versuchen, diese unerhörte Choreographie zu beschreiben, und wissen dabei sehr wohl, daß man uns vielleicht vorwerfen wird, wir hätten dabei allzusehr den Standpunkt des parteilosen Beobachters verlassen. Daß wir schwärmen, wo es sich um ein so ernstes Problem handelt. Aber das ist es eben: das alles läßt sich nicht begreifen, wenn man es aus seinem Rahmen heraushebt. Wie man für bestimmte Bilder geschaffene Bilder nicht in kalte Museen stellen soll, so darf man den Rausch des Faszismus nicht in eine kühle Relation zwängen. Was morgen sein wird, weiß kein Mensch. Wie haben im Gefolge Mussolinis dieses phantastische Bild hingegebener Volksmassen gesehen, von denen wir sehr wohl wissen, daß sie gestern vielleicht anders dachten. Aber ist nicht dies gerade in unserer grauen Zeit das Ueberraschendste, daß ein Mann — und es handelt sich immer nur um den einen Mann Mussolini — im Laufe einer gar kurzen Zeit imstande gewesen ist, seiner Nation etwas Neues zu bieten, etwas Neues, das er selbst ist, und das letzten Ende zwiebrum nichts ist als der Ausdruck, den die Zeit in krampfartigen Zuckungen bis heute vergeblich für sich suchte? Was hat das mit Politik zu tun? Denkt, wer den Namen Gottamelata spricht, an Politik?

Diesen Mussolini verfiebt man nicht aus den Zeitungen und aus seinen Amtshandlungen, sondern nur aus dieser und in dieser rasenden Fahrt hinter den beiden Schnellauslokomotiven und in dem niedrigen, grünsilbern Rennwagen. Tempo! Zylinder und Gehröcke werden grau, steife Hälse müde, und die Formen gehen in die Brüche.

Das Schulunrecht in Süd-Tirol.

In Bozen hat anläßlich der Einführung der italienischen Unterrichtssprache in den Schulen am Sonntag eine große Demonstraton der Frauen Südtirols vor der Präfektur stattgefunden. Es wurde gegen die Verwelschung des Schulunterrichts Einspruch erhoben und das Selbstbestimmungsrecht auch für die Schulen verlangt.

Der „Landsmann", das Organ der Deutschen in Süd-Tirol, enthält folgende, von den vier deutschen Abgeordneten im italienischen Parlament: Dr. Reut-Nicolussi, Dr. von Walther, Graf Toggenburg und Dr. Karl Tinzl, unterschriebene Kundgebung:

Landsleute! Die uns heute zukommende Gazzeta Ufficiale **Nr. 250** enthält das königliche Dekret vom 1. Oktober 1923, mit **welchem in allen unseren Volksschulen noch** in diesem Schuljahre, **mit der ersten Klasse beginnend, die italienische Unterrichtssprache eingeführt wird. Vierhundert deutsche Schulen sind dem Untergange geweiht.** Die ganze Welt, Italien nicht ausgeschlossen, wird unsere tiefe Erregung über den schwersten Schlag, der gegen ein Volk geführt werden kann, zu würdigen wissen. **Kein Land hat in ähnlicher Härte die heiligsten Gefühle unserer Mitbürger gekränkt.** Was wir heute alle empfinden und sich uns auf die Lippen drängt, kann hier nicht wiedergegeben werden. Landsleute! Jetzt gilt's erst recht deutsche Art und deutsches Wort für Kind und Enkel zu erhalten."

Die nationale Vergewaltigung der Deutschen in Süd-Tirol, die bisher durch das Verbot des Wortes „Tirol" und die Beschlagnahme des Besitzes der Alpenvereine gekennzeichnet war, erreicht jetzt ihren Höhepunkt. Was noch gestern unmöglich schien, ist heute zur Tatsache geworden. Ein königliches Dekret hat den Deutschen Süd-Tirols, einem alten Kulturstamme, ihre Volksschulen genommen. Nicht auf dem Balkan, nicht in Rußland geht diese brutale Vergewaltigung einer kleinen Minderheit durch ein 30-Millionen-Volk vor sich. Nein, sie findet in einem Lande statt, das voller Stolz auf seine alte Kultur, seine freiheitlichen Ueberlieferungen blickt.

Besonders schmerzlich muß diese Tat des Fascismus bei den Minderheiten in aller Welt empfunden werden. War es doch gerade der Vertreter Italiens beim Völkerbunde, Tittoni, der am 27. September 1919 im römischen Parlament die Worte sprach:

„**Polen, Tschechien, Rumänien und Serbien sind durch verschiedene Bestimmungen, welche in die Friedensverträge eingeschaltet wurden, verpflichtet, Sprache, Religion sowie Schule und jede freie Betätigung der nationalen Minderheit zu achten und zu respektieren.** Es ist unbedingt notwendig, daß diese Bestimmungen aufrichtig und gesetzmäßig eingehalten werden. Italien hat, wie die übrigen Großmächte, keine gesetzliche Verpflichtung hierzu, aber nach meinem Empfinden besteht wegen der liberalen Traditionen, die der Ruhm und Vorzug Italiens sind, eine moralische Pflicht hierzu. Die Völker anderer Nationalitäten, die mit uns vereinigt werden, sollen wissen, daß uns der Gedanke einer Unterdrückung und Entnationalisierung fern liegt. Wir können der Bevölkerung von Deutsch-Süd-Tirol die Versicherung geben, daß nie ein Polizeiregiment eingeführt wird mit Verfolgungen und Willkürherrschaft, der die Istrianer und Trentiner unter der österreichischen Regierung so viele Jahre unterworfen waren."

So sprach Tittoni, der Autor jenes bedeutsamen Dekretes, welches allen Minderheiten das Recht gibt, sich mit ihren Beschwerden direkt an den Völkerbund zu wenden. Heute, nach kaum fünf Jahren, hat die fascistische Regierung in ihrer Entnationalisierungspolitik selbst das übertroffen, was einst der Fluch des **zaristischen Regimes war. Gewaltsam, wie einst in Rußland, sollen nun Tausende von deutschen Kindern in einer ihnen fremden Sprache unterrichtet** und erzogen werden.

Zerschlagen sind alle Hoffnungen, die noch vor kurzem alle Minderheiten gerade auf Italien und seine Tätigkeit im Völkerbundrat gesetzt haben. **Wird das italienische Volk diese Tat der römischen Regierung billigen? Wird es den Initiatoren dieser kulturfeindlichen Tat die Wahrheit sagen?** Denn die Ehre Italiens steht auf dem Spiele.

Dr. Ewald Ammende.

Baden gegen die Bürgerkriegsdrohung.

Minister Köhler Staatspräsident

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

v **Karlsruhe**, 7. November.

Der badische Landtag nahm heute nach der sommerlichen Pause wiederum seine parlamentarische Tätigkeit auf. Aus Anlaß der ersten Landtagssitzung trug das Landtagsgebäude Flagenschmuck. Landtagspräsident Dr. Baumgartner hielt eine kurze Ansprache, in der er die von lebhaftem Beifall begleitete Erklärung abgab, daß **das badische Volk die separatistischen Bestrebungen in den verschiedenen Teilen des Reiches auf das stärkste verurteile. Heute, wo das Deutsche Reich geknechtet und zertreten am Boden liege, sei es erst recht Herzenspflicht eines jeden Deutschen, noch treuer als je zum Deutschen Reich zu stehen.**

Bei der Wahl des Staatspräsidenten gaben die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, der Landbund und die Kommunisten weiße Zettel ab. Gewählt wurde Finanzminister Köhler vom Zentrum mit 53 Stimmen, als Stellvertreter der demokratische Kultusminister Dr. Hellpach.

Der neue Staatspräsident hielt eine längere Ansprache, in der er dem ausscheidenden Staatspräsidenten, dem sozialdemokratischen Minister Remmele, für die mit Umsicht und Tatkraft geleistete Arbeit dankte. Köhler führte u. a. weiter aus:

„Volksgenossen, bar jeder Pflicht, suchen des Bruderkampfes Schimpf auf uns zu laden. **Badens Volk in seiner größten Mehrheit weist diesen Bruderkampf weit von sich.** Einheit und Geschlossenheit haben des Landes Regierung und des Volkes Vertretung in großen Zielen wirken lassen. So muß, so soll es ferner sein. Für uns klingt es wie Ueberfluß, dem Reich stets die Treue zu versichern. Für uns, und darin ist die Regierung in allen ihren Gliedern durchaus eins, ist diese Treue eine Selbstverständlichkeit. **Wir stehen fest zur Zentralgewalt des Reiches in diesen schweren Tagen, wie wir stolz darauf waren, in glücklichen Zeiten an ihrer Seite zu sein. Die Reichsverfassung ist für uns kein Spielball. Wir haben aber ein Recht, zu erwarten, daß die Regierung des Reiches mit starker Autorität und fester Kraft sich selbst schützt gegen Angriffe, woher immer sie kommen. Wir verlangen, daß man endlich entschieden und umfassend und ohne falsche Rücksichtnahme zugreife. Wir erwarten, daß der Länder Eigenart Verständnis finde und sich auswirken kann getreu der großen Tradition im Rahmen des Gewordenen. Alle aber mahne ich eindringlich, die Wohnungen im deutschen Haus jetzt nicht umzuändern, da das Haus im Brande steht. Die große deutsche Einigkeit allein ist der Schild, der die Getreuen um das deutsche Banner an Rhein und Ruhr noch hält. Dort ringt man um das Deutschtum, um den Bestand des deutschen Vaterlandes; in ihren schwersten Stunden soll die Südwestmark brüderlich sie schützen. Darum rufe ich auf zur Einigkeit, auf diesem unseren Weg dem Vaterlande beizustehen.**

Nach der mit starkem Beifall aufgenommenen Ansprache des Staatspräsidenten wurde die Sitzung geschlossen.

Die süddeutschen Demokraten.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Stuttgart**, 7. November.

Zahlreiche Vertreter der demokratischen Partei aus Süddeutschland haben in Stuttgart eine Besprechung über die augenblickliche Lage gehabt. Dabei wurde in einer Entschließung der unerschütterliche Wille zur Erhaltung der Einheit des Deutschen Reiches ausgesprochen und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Bayern sich zu einer Verständigung auf dem Boden der Reichsverfassung entschließe, und daß die Regierungen der südwestdeutschen Länder bei der Lösung der derzeitigen innerpolitischen Spannung die außenpolitische Lage als Ausgangspunkt und Ziel aller ihrer Entschließungen nehmen. Unter diesem Gesichtspunkt richteten die versammelten Vertreter an die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen das dringende Ersuchen, in enger Fühlung zu bleiben. Schließlich wurde der Reichstagsfraktion für ihre Haltung in der Krise der letzten Wochen die Zustimmung ausgesprochen.

Die Tagung der „Vaterländischen".

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 7. November.

Zu der gestrigen und heutigen Tagung der Vaterländischen Verbände Deutschlands in München waren Pressevertreter nicht zugelassen. Mitgeteilt wird lediglich, daß verschiedene Personalfragen zur Erledigung gekommen seien und daß die Vertreter aller Verbände die unbedingte Treue zum Reich betonten. Als wichtigste Forderung wurde die nach schleunigster Revision der Weimarer Verfassung in föderalistischem Sinne aufgestellt. Besprochen wurde ferner das Verhältnis zu den anderen nationalen Organisationen, besonders dem Hitlerschen Kampfbund, das als „befriedigend" bezeichnet wurde. Die vaterländischen Verbände glauben im „Ernstfalle" mit Bestimmtheit auf diese anderen Organisationen rechnen zu können. — Soweit die offizielle Verlautbarung über den Inhalt der Tagung. Etwas mager für Beratungen, die sich über zwei Tage erstreckten, aber über den wesentlichsten und interessantesten Beratungsstoff wird man sich wohl lieber ausschweigen wollen!

Zum Schutz der Republik.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund erläßt folgenden Aufruf:

Deutsche Republikaner! In erschütternder Stunde geht die deutsche Republik der Wiederkehr des Tages entgegen, an dem sie vor fünf Jahren aus einem Meer von Blut und Tränen emporstieg. Geboren in Schmerzen, hat sie diese fünf Jahre hindurch in Not und Bedrängnis um ihr Dasein ringen müssen, und schon berechnen ungeduldige Erben, den Sekundenzeiger in der Hand, grausam lächelnd die Minute ihres Endes.

Sie sollen sich täuschen! Wir, die wir in all den Jammertagen dieser Jahre dem jungen Volksstaate die Treue gehalten haben, die wir uns mit ihm und seinem Schicksal verbunden fühlen auf Gedeih und Verderb: wir lassen die deutsche Republik nicht untergehen! Wir stehen zu ihr gerade jetzt, da sie um das Letzte und Höchste kämpft, was sie in den Tagen des Zusammenbruchs aus den stürzenden Trümmern des Kaiserreichs gerettet hat: die deutsche Einheit!

Verbrecher ohne Scham und Gewissen schleudern in diesen Tagen die Brandfackel in den Bau der Reichseinheit, und bewaffnete Banden holen zu ihrem langvorbereiteten großen Schlage gegen die Verfassung aus.

Die nächsten Stunden schon können die ersten Brandstiftungen der Abenteurer bringen. Die bereits jetzt vereinzelt aufflackernden Feuer schamloser Attentäter gegen „marxistische", republikanische und jüdische Volksgenossen sind Versuchszeichen, an denen die Verbrecher die Zahl ihrer offenen und geheimen Mitläufer festzustellen trachten.

In dieser Stunde drohender Großgefahr fordern wir alle unsere Mitglieder, sowie die Angehörigen der uns korporativ angeschlossenen Verbände, darüber hinaus alle demokratischen Republikaner, auf, sich für den Einsatz mit Leib und Leben bereitzuhalten. Noch heute kann der Appell zur Verstärkung der bewaffneten Macht der Länder und des Reiches ergehen. Setzt eure Ehre darein, gemäß eurer tausendfachen Gelöbnisse, unter den ersten Freiwilligen zu sein.

Auf zur Verteidigung des großen Doppelideals unserer Väter: für deutsche Einheit und deutsche Freiheit! Rettet die Republik! Ihr rettet das Reich und seine bessere Zukunft.

Für den Deutschen Republikanischen Reichsbund, seine Landesgruppen und sämtliche ihm angeschlossenen republikanischen Verbände Deutschlands:

Konrad Haenisch, 1. Vorsitzender. — Karl Vetter, 2. Vorsitzender.

Die Berliner Organisationen des D. R. R. B. stehen bereits seit Tagen alarmbereit. Zur Durchführung ihrer schwierigen Aufgaben bedürfen diese Verbände weitestgehender, auch materieller Unterstützung. Wer helfen will, tue es schnell. Adresse der Gruppe Berlin: W 10, Bendlerstraße 12. Postscheckkonto: Berlin 146 285, Paul Richter, D. R. R. B.

Verhaftung des Journalisten Oehme.

Der Journalist Walter Oehme ist gestern wiederum verhaftet worden. Der Haftbefehl des militärischen Befehlshabers General v. Horn lautet: „Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 26. 9. 23 ordne ich hiermit als Inhaber der vollziehenden Gewalt die Verhaftung des Journalisten Oehme zu Berlin an. Oehme hat durch Verbreitung unwahrer Nachrichten, in denen der Bürgerkrieg in Deutschland als unmittelbar bevorstehend dargestellt wurde, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufs schwerste gefährdet. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse bildet er somit eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches, der nur durch seine Verhaftung vorgebeugt werden kann."

Reichstagsabgeordneter Mathias Höner †.

Gestern verschied in der Berliner Charité der Reichstagsabgeordnete Mathias Höner im Alter von 40 Jahren. Er gehörte der Zentrumspartei an und war vornehmlich in der christlichnationalen Gewerkschaftsbewegung tätig.

Maginots Rheinreise.

Kriegsminister Maginot wird auf seiner Reise nach Düsseldorf begleitet von seinem militärischen Kabinettschef Boquet sowie vom Generalstabschef der Armee Buat.

Hin und her geworfen in dem rasenden Zug, hören wir noch das Lied von der Jugend, dem Frühling der Schönheit, das man uns auf der letzten Station vorspielte, und schon hören wir wieder vor uns, von der nächsten Station her, die wir rauschend durchfahren, von der Jugend wieder das gleiche Lied. „Was nach mir kommen wird?" antwortete Mussolini uns Journalisten, „ich weiß es nicht. Ich baue die Maschine, eine schnelle, starke, wohl auskalkulierte Maschine, die ihr Tempo einhält. Die Maschinisten werden sich finden, die sich ihrer dann bedienen werden."

Keyserling-Zyklus in Berlin. Der erbarmungslose Zeithintergrund, der nach der Tat schreit, stempelt jeden Lehrvortrag über ihn zu nichtswürdigem Geschwätz. Der Mann mit dem Zeigestock an der Geschichtskarte wird uns zur unerträglichen Pose. Eine Welt schickt sich an, zu sterben, und eine neue will sich gebären. Weltadvent verlangt nach dem Rufer in der Wüste. Und gerade unser Volk heute ist Träger dieser Adventsstimmung unter den Völkern (wie einst Syrien in der Antike), dieser schluchzenden Sehnsucht nach dem namenlosen Kommenden. Das zeigte die ergriffen lauschende Gemeinde des Grafen Hermann Keyserling im gedrängt vollen Saale der Singakademie. Er, der jede Gemeinde und Anhängerschaft verwirft, fand in Berlin ein erlesenes Publikum, dessen sich unsere bekanntesten Seelenfänger nicht rühmen können. Was er bot, war aber auch kein Lehrvortrag, sondern der erste Satz einer Sinfonie, die man ohne den Furor der Stellungnahme dafür und dagegen sich anhört. Denn es handelte sich um keine Diskussion von Tagesfragen. Es war die Welt und der Mensch von morgen, von dem er nicht durch Lehrsätze, sondern durch seine Persönlichkeit einen Vorgeschmack bot. Graf Keyserling ist der Messias der Weltweihnacht nicht, wohl aber der Mann, jeden Messias (es kann auch eine messianische Zeit sein) zu erkennen und die Herzen vorzubereiten. Jedenfalls der erste Mensch, der keinen Messias steinigen würde und dies ohne alle Skepsis. Was er predigte, war — in einem Wort — tieferes Verstehen der oben angedeuteten Geburtsvorgänge. Wahrer Fortschritt besteht nicht in Erfindungen und Entdeckungen, sondern darin, daß die Welt sich schält. Eine Haut fällt ab und siehe — die neue ist schon da. Aber sie hat die Gestalt der alten und bedeutet doch Neues. Denn nur auf der Ebene der Bedeutung gibt es Fortschritt im Letzten. Er besteht im tieferen Sinnverstehen. Im übrigen kann alles beim alten bleiben: Konfuzius und Dostojewski waren Erzreaktionäre. Aber die alte Haut der Welt, die genau so aussieht wie die neue, ist tot, und die neue ist lebendig! Das Wunder des Lebendigen, der Vitalisierung, auf das alles ankommt, aber ist ein Einstellungsphänomen. Christus lehrte nichts Neues: er war etwas Neues. Auf die Anlagen zu diesem tieferen Weltverstehen, die gerade wir Deutsche besitzen, kommt alles an. Ob wir das Volk der größeren Logoshaften Tiefe werden, hängt trotzdem ganz von unserer Freiheit ab, ganz von dem Maße des Bewußtseins unserer Verantwortung an der Weltschöpfung, von dem Niveau. Wenn eine genügende Anzahl bestimmender Deutscher im gegebenen Augenblick dieses Niveau besitzt, ist der Fortschritt gesichert. Diese Anzahl bereit zu stellen, ist das Ziel der „Schule der Weisheit".

Paul Feldkeller.

Alfred Klaars 75. Geburtstag. Im Herzen Berlins, in der Wohnung unseres Mitarbeiters Prof. Alfred Klaar verriet sich gestern an seinem 75. Geburtstage die Fülle der Wertschätzung und Sympathie sinnfällig, die der Jubilar genießt. Weder unsere Stadt noch unser Land setzen dieser Popularität eine Grenze. So wetteiferte Klaars alte Heimat Prag mit Berlin an Zeichen und Grüßen der Verehrer, und als Sendbote ausländischer Verehrer war der japanische Professor Kamura, ein guter Kenner deutscher Kunst, erschienen. Fast alle hervorragenden Persönlichkeiten und Korporationen des Berliner Bühnenlebens hatten ihre Glückwünsche entboten, und ein längeres Schreiben des Reichstagspräsidenten Löbe ehrte den Vorkämpfer des deutsch-österreichischen Anschlusses. Im Namen des Verlages der „Vossischen Zeitung" würdigte Dr. Franz Ullstein in einer warmherzigen Ansprache die Verdienste eines Mitarbeiters, dessen Persönlichkeit dem Verlage bei der Uebernahme der Zeitung als eins ihrer wertvollsten Besitztümer erschienen wäre. Chefredakteur Georg Bernhard überbrachte die Grüße des Vereins Berliner Presse und eine Gabe der Redaktion der „Vossischen Zeitung", indem er aus der Nähe kollegialen Zusammenwirkens die erstaunlich jugendfrische Sprungkraft des Klaarschen Geistes pries. Für den Verband Berliner Theaterkritiker sprach Fritz Engel, indem er an die Feier des 70. Geburtstags, in trüben Tagen deutschen Schicksals, erinnerte und dem Jubilar einen 80. Geburtstag, frei von den Sorgen der Gegenwart, wünschte. Im Auftrage Prager Freunde überreichte Chefredakteur Dr. Emil Faktor dem Gefeierten, der sich auch bei den Berliner Taschendieben einer ebenso lebhaften wie unerwünschten Beachtung erfreut, eine Taschenuhr, mit Worten herzlichen Gedenkens an seine eigenen heimatlichen Lehrjahre bei Alfred Klaar. Von der elastischen Frische an Geist und Körper, deren sich der Jubilar erfreut, zeugten die improvisierten Ansprachen, mit denen er jeden Glückwunsch auf der Stelle beantwortete, mit der Wärme eines bewegten Herzens und in der klassischen Form eines würdigen Hüters der Ueberlieferung.

Kunstnachrichten. Professor Curt Glaser, Kustos des Berliner Kupferstichkabinetts, ist aufgefordert worden, als Nachfolger von Lehrs die Direktion des Dresdener Kupferstichkabinetts zu übernehmen.

Im Kunst-Auktions-Haus Eugen Retz, Kochstr. 6/7 findet am Montag, 12. d. M., vormittags 10 Uhr, eine Versteigerung von Mobiliar Gemälden höchsten Ranges, kunstgewerblichen Gegenständen, Perser- und deutschen Teppichen, Piano usw. statt. Die Vorbesichtigung ist am Freitag, 9. d. M., und am Sonnabend, 10. d. M., von 10—7 Uhr und am Sonntag, 11. d. M., von 10—2 Uhr.

Der Mordprozeß Worowski.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

jb **Lausanne**, 7. November.

Der erste wirkliche Augenzeuge der Ermordung Worowskis wurde heute nachmittag vernommen, der Obertellner Hans Willyman des Hotels Cecil, in dem Conradi sein Attentat beging. An seiner Aussage ist von Interesse, daß sie teilweise in schroffem Widerspruch zu den Angaben des Angeklagten Conradi steht. Nach der Darstellung Willymans hätte Conradi nach der Tat zu ihm gesagt: „Ich habe die drei Russen getötet." Oder: „Ich habe die Russen getötet," während Conradi behauptet, er habe nichts dergleichen gesagt, sondern, als er dem Obertellner seine Waffe übergab, nur erklärt: „Ich bitte um Entschuldigung, daß ich das hier getan habe." Der Zeuge bestreitet dagegen entschieden, daß Conradi eine solche Erklärung abgegeben habe. Diese Aussage ist von großer Bedeutung, weil die Anklage wegen der Schüsse auf die beiden anderen Mitglieder der Delegation, Ahrens und Dewilowski, nur auf Körperverletzung ohne die Absicht der Tötung lautet.

Ferner kam die Demonstration der Schweizerischen Nationalen Liga zur Sprache, deren früherer Präsident, der Lausanner Apotheker Glardon, vernommen wurde. Er sagt aus, daß die Demonstration im Hotel Cecil am 6. Mai unternommen worden sei, infolge der unhöflichen Ausdrücke Worowskis in einem Schreiben an den Bundesrat. Daß er bei seinem Besuch im Cercle de la Presse der Orientkonferenz, den er auf ausdrückliche Einladung einiger ausländischer Journalisten unternommen habe, irgend welche Drohungen gegen die russische Delegation geäußert hätte, bestreitet der Zeuge.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wurde noch der amerikanische Eisenbahningenieur Smith vernommen, der von 1916—1921 in Sibirien in offizieller Eigenschaft bei den sibirischen Eisenbahnen beschäftigt war. Er spricht sich ähnlich abfprechend über das Verhalten der weißen Armeen aus wie der gestern vernommene amerikanische Major.

Zu einer längeren politischen Auseinanderfetzung führte die Vernehmung des Zeugen der Zivilpartei Prof. Klutschnikow aus Moskau, der Minister in der Regierung Kolischak gewesen ist und heute Professor an der Moskauer Universität ist. Er sagt aus, daß in den ersten Monaten nach der bolschewistischen Revolution die bürgerliche Presse in Rußland unbehelligt gewesen sei, und daß es feinerlei Terror gegeben habe. Der rote Terror hätte erst eingesetzt, als die weißen Armeen die bolschewistische Herrschaft bedrohten und die bürgerliche Presse die Sowjetregierungen maßlos zu beschimpfen begann.

Auf Staatsanwalt den Zeugen fragt, was er, der erklärte, nicht Bolschewist zu sein, an der Sowjetregierung auszusetzen habe, erwidert der Zeuge, er wolle darauf nicht antworten. Er wolle nur sagen, daß die Sowjetregierung nach der Fertigung Rußlands dieses wieder geeinigt und stark gemacht habe, stärker z. B. als heute Deutschland, das bisher noch keinen Bolschewismus gekannt habe. (Gelächter im Zuschauerraum.)

Dann fragt der Verteidiger Aubert, wie es dann möglich sei, daß der deutsche Exkanzler Wirth tätzlich aus Rußland große Konzessionen auf Wälder mitgebracht habe, zu deren Erschließung sogar Eisenbahnen gebaut werden sollen. Der Zeuge erwidert, das sei kennzeichnend für die deutsche Industrie, daß sie im Auslande ihre Gelder investiere, statt lieber dem eigenen Lande zu helfen.

Die englischen Neuwahlen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

whe **London**, 7. November.

Am Montag tritt im Carlton-Klub die konservative Partei zusammen, um vor dem Zusammentritt des Parlaments am Dienstag über den Zeitpunkt der Neuwahlen Beschluß zu fassen.

Aufgaben der Reichswehr in Thüringen.

Brief des Reichswehrministers.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

ahz **Weimar**, 7. November.

Der Aufmarsch der Reichswehr in Thüringen ist bis jetzt ruhig verlaufen. Die Hauptstadt Weimar wurde von den Truppen nicht berührt; ebensowenig ist ein Eingriff in die Regierungsgewalt erfolgt. Die nördlich der Stadt in Buttstedt aufgestellten Abteilungen sind im Laufe des Tages wieder abgerückt mit unbekanntem Ziel. Nur das Kommando mit seinem Stabe hält sich dort noch auf. Gotha ist gleichfalls wieder frei von Truppen, nachdem die Durchsuchungen nach Waffen ohne Ergebnis geblieben sind. Meldungen über weitere Truppenbewegungen liegen bis zur Stunde nicht vor.

Die Reichsregierung ist bereits gestern durch den Staatsminister Frölich, Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums persönlich von der Grundlosigkeit des Truppeneinmarsches und der Art und Weise, wie dieser erfolgte, verständigt worden. Reichswehrminister Geßler hat daraufhin am gleichen Tage folgendes Schreiben an den Staatsminister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Zur Erläuterung des Ihnen, vom Wehrkreiskommando V zugegangenen Schreibens darf ich Ihnen noch folgendes ausführen: Der Auftrag des Generals Reinhardt lautet dahin, Thüringen auch gegen jeden Einfall von Banden von auswärts zu schützen, was im ersten Satz seines Schreibens zum Ausdruck kam, wenn er von der bezüglichen Lage um Thüringen spricht. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Schutzpolizei und die Reichswehr zu dieser Aufgabe vollkommen genügen, daß daneben aber bewaffnete Organisationen unmöglich sind, weil sie eine Gefahr für die Bevölkerung und die Truppen bilden. Ich wäre dankbar, wenn General Reinhardt beziehungsweise dem Ortsgruppenkommandeur Hasse jede Unterstützung zur Lösung ihrer Aufgaben geleistet würde. Es ergibt sich also hieraus, daß die militärischen Maßregeln gegen Thüringen in Uebereinstimmung und auf Veranlassung des Reiches ergriffen wurden und daß sie zu einem beträchtlichen Teile der Ansammlung illegaler bayerischer Verbände an der bayerisch-thüringischen Grenze gelten dürften, wenn das auch nur verschleiert in dem Schreiben Hasses und in dem gestrigen Schreiben des Generals Reinhardt an die thüringische Regierung zum Ausdruck kommt."

Aufruf der Reichswehr.

Erfurt, 7. November. (W. T. B.)

Folgende Bekanntmachung an die thüringische Bevölkerung wurde heute veröffentlicht:

Zahlreiche Hilferufe der thüringischen Bevölkerung aller Schichten zeugen von Gewalttätigkeiten und ungesetzlichem Eingreifen in das Wirtschaftsleben durch die kommunistischen Hundertschaften. Trotz des ausdrücklichen Verbots des von der Reichsregierung beauftragten Militärbefehlshabers bestehen diese Verbände weiter und betätigen sich in einer Weise, die für die Autorität des Reiches und der vollziehenden Gewalt unerträglich ist.

Der Militärbefehlshaber im Wehrkreiskommando V hat mich beauftragt, im Freistaat Thüringen mit den mir zur Verfügung stehenden Truppen alle die Maßnahmen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande nötig sind und die Durchführung der Befehle des Inhabers der vollziehenden Gewalt gewährleisten. Hierzu ist die thüringische Landespolizei mit den staatlichen und kommunalen Polizeiorganen im Freistaat Thüringen mir unterstellt worden und erhält von mir die erforderlichen Befehle. Die zu treffenden Maßnahmen richten sich nicht gegen die ordnungsliebende Bevölkerung, ich vertraue vielmehr auf deren Mitwirkung. Auf der anderen Seite wird rücksichtslos jeglicher Widerstand, der sich meiner Truppe und der Landespolizei entgegenstellt, mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln gebrochen werden.

In Erkenntnis der schweren Notlage, in der sich der überwiegende Teil der Bevölkerung befindet, wird die Truppe dem Lande nicht zur Last fallen. Sie führt ihre Verpflegung mit sich. Die mit der militärischen Leitung an Ort und Stelle beauftragten Befehlshaber handeln in meinem Namen.

Hasse, Generalleutnant, Kommandeur der 3. Kavalleriedivision.

Für die Richtigkeit: Der Chef des Stabes v. Livonius, Major.

Die Hamburger Putschistenführer.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Hamburg**, 7. November.

Bei dem Oktoberputsch in Hamburg sind bei Ausübung der Tat nach Paragraph 37, Absatz 1, der Reichsverfassung fünf kommunistische Bürgerschaftsabgeordnete verhaftet worden. Drei andere Abgeordnete wurden trotz ihrer Immunität einige Tage später auf Veranlassung des Senats vorläufig festgenommen. Gegen diese Festnahme beschwerten sich die Abgeordneten in einem Schreiben an den Präsidenten der Bürgerschaft. Der Senat hat daraufhin der Bürgerschaft einen Antrag zugehen lassen, die Immunität sämtlicher kommunistischer Abgeordneter aufzuheben, weil sie sich des Hochverrats und anderer schwerer Verbrechen schuldig gemacht hätten. Sie der verdienten Strafe zuzuführen sei das Gebot staatlicher Selbsterhaltung. Die Bürgerschaft stimmte in ihrer heutigen Sitzung diesem Antrag mit allen Stimmen gegen die des deutschnationalen Flügels und des einzigen anwesenden Kommunisten zu. Dabei machte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion Leuteritz die Mitteilung, daß ein Schreiben des Bezirks „Wasserkante" der Kommunistischen Partei aufgefangen worden sei, in dem ganz nach militärischem Muster über die Erfahrungen aus dem Putsch berichtet und festgestellt wird, daß der Putsch auf Anordnung der Partei angezettelt und abgebrochen worden sei. Der Bericht sagt weiter, daß die Kampfsowieso der Kommunisten sich derjenigen der Polizei weit überlegen gezeigt hätte. So hätten allein sechs Dachschützen den ganzen Stadteil Barmbeck gegen die Sipo zwei Tage halten können.

*

Der bekannte Kommunist und Badearzt in Bad Essen, Dr. Schmincke, wurde, wie uns aus Dresden gedrahtet wird, durch eine Abteilung Reichswehr verhaftet. Nach Erkundigungen beim Wehrkreiskommando war dort noch nicht festzustellen, weshalb die Verhaftung erfolgt ist.

Coolidge für Hilfe an Deutschland.

(Funkspruch des W. T. B.)

New York, 7. November.

Nach einer Meldung aus Washington beschäftigt die Frage einer ausgedehnten Hilfe für die Bevölkerung Deutschlands die amtlichen Kreise. Es wird als wahrscheinlich angesehen, daß der Präsident an den im Dezember zusammentretenden Kongreß eine besondere Botschaft richten werde, in der er ähnliche Maßnahmen vorschlagen werde, wie sie für die Hilfe in Rußland in der letzten Tagung des Kongresses beschlossen wurden. Damals wurden 25 Millionen Dollar für den Ankauf von Nahrungsmitteln bereitgestellt.

Wundfieber.

Roman
von
Anna Elisabet Weirauch.

15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Gibt es nicht ein Märchen," fiel ein ganz junger Knabe lebhaft ein, „von einem Riesen, der von Zwergen im Schlaf gefesselt wird? Habt ihr nicht auch das Gefühl, als läge man in einem Halbschlaf und würde Glied für Glied eingeschnürt . . .? Wenn man versucht, ein Bein oder einen Arm zu strecken, fühlt man, daß man sich mehr rühren kann . . . aber wir schlafen weiter . . . die Brust wird uns zusammengepreßt, die Kehle umschnürt, daß wir kaum noch Luft holen können . . . aber wir schlafen weiter . . . Wenn wir nicht bald aufspringen und alle diese Spinnenfäden zerreißen" — unwillkürlich sprang er auf, schlank und sehnig, und reckte die Muskeln — „dann sind wir so eingewickelt, wenn wir aufwachen, daß uns gerade noch so viel Leben bleibt, um mit Bewußtsein zu ersticken."

„Das ist ein guter Vorwurf für ein Plakat," sagte ein Aelterer und kniff die Augen zusammen, wie wenn er, als Maler und Zeichner, das Bild deutlicher sehen wollte, „der blonde Michel, die Nachtmütze über den Ohren, riesenhaft hingestreckt, kraftstrotzend, in tiefem Schlaf . . . und auf ihm herum ein wimmelndes Volk von schwarzen Zwergen, die Fäden um Füden über seinen Gliedern zusammenschnüren."

„Wenn sie ihn nur einschnüren, möchte es hingehen — wenn sie ihm nur nicht die Glieder abschnüren, daß sie abfallen."

„Ich weiß noch nicht, ob das das größte Unglück wäre," sagte ein rotbackiger Blondkopf von höchstens siebzehn, „für einen anständigen Menschen ist immer noch Platz im Königreich Bayern."

Ein Sturm erhob sich:

„Pfui Teufel!" „Willst du Preußen verlassen und verraten?" „Bist du in erster Linie national oder monarchistisch?" „Willst du zugeben, daß das Reich sich auflöst?" „Möchtest du es erleben, daß wir überhaupt keine Geltung mehr haben? Daß wir nirgends auf der Welt mehr eine Vertretung haben? Daß wir keine Reichsflagge mehr haben?"

Wieder brauste alles auf, als hätte man in ein Wespennest gestochen.

„Die haben wir ja schon nicht!"

„Lieber die alte ehrliche schwarz-weiße oder die blau-weiße Aschinger als das Schwarz-Rot-Gold der Libertins!"

„Unsere Flagge hat man uns ja genommen!

„Du schwindelst ja!

„Wann haben unsere Vertreter denn jetzt für Geltung im Ausland? Wo sind denn jetzt unsere Kolonien? Wo auf der Welt werden wir denn geehrt und gefürchtet? Das Deutsche Reich hat gerade noch so viel Wert wie die deutsche Reichspapiermark!"

In einer andern Ecke ging ein anderer Disput.

„Der Zwischenhandel verteuert alles um hundert Prozent und mehr!" schrie einer erregt. „Warum soll denn der Landwirt billiger liefern, damit der Händler noch mehr verdient? Da verdient der eine, der es von den Bauern auftauft und dem Grossisten zuträgt. Der Grossist verdient, wenn es . . . dem Kleinhändler abgibt — ich weiß nicht, durch wieviel Zwischenstationen —, der Kleinhändler verdient so viel, daß nicht nur er und seine ganze Familie davon leben kann, sondern auch noch so und soviel Angestellte, die ihn entlasten, damit er nur ja keinen Finger persönlich zu rühren braucht. Und all diese Leute, auf jedes Pfund Mehl und jede Zwirnrolle — denn der Weg vom Fabrikanten zum Verbraucher ist ebensoweit wie der vom Landwirt . . . was wollt' ich nur sagen? Ja, auf jeden Knopf und jedes Ei müssen wir einen Teil zum Lebensunterhalt von sechs bis acht Familien betragen . . . warum das? Was soll dieses Heer von Krämern, das wir erhalten? Das deutsche Volk ist nie ein Krämervolk gewesen — wir können arbeiten, aber nicht schachern . . . also laßt uns zu alten einfachen Sitten zurückkehren! Laßt uns tauschen! Warum soll ich denn das, was ich produziere, zum halben Preis weggeben, und das, was ich brauche, zum doppelten Preis einkaufen? Das macht einen Verlust von dreihundert Prozent."

„Mathematik sehr gut!" „Großartig! Das heißt, du vertauschst zum vollen Preis, und der andere Produzent gibt dir's zum halben." „Du rechnest wirklich wie ein Bauer!" Sie lachten alle, ein frohes, schallendes, unbekümmertes Jugendlachen.

„Ich hab' so etwas Aehnliches doch schon mal gehört," sagte der auf dem Sofa, als ob er sich besinnen müßte, und ein feiner Spott zuckte um seine Mundwinkel. „Ja, denkt euch — das war letzten Sommer in Bayern."

Ein paar Zwischenrufe wurden laut:

„Ja, da gibt es auch noch vernünftige Menschen!" „Da haben sie noch gesunde Ansichten!"

Das feine Lächeln wurde zu einem unterdrückten Schmunzeln:

„Das war in Bayern, und ich hatte mich mit einem Handlungsreisenden angefreundet. . ."

„Aber Frank!"

„Du schwindelst ja!"

„Gut, angefreundet ist vielleicht etwas übertrieben. Jedenfalls konnte er mich ganz gut leiden, im Gegensatz zu meinen Volksgenossen, auf die er mächtig schimpfte."

„Das tun alle Bayern."

„Ja, weil sie nur den Abhub von uns kennen!"

„Die Berliner Sommerreisenden!"

„Die Frau Kommerzienrat im Dirndl!"

„Kurz und gut, er bechrte mich jeden Abend, wenn ich in einer netten kleinen Kneipe mein Abendbrot verzehrte, mit seiner Gesellschaft. Er setzte sich an meinen Tisch und trank sein Schöpple Einundzwanziger, oder auch zwei oder drei oder vier . . . und dann gab er mir seine Ansichten zum besten . . ."

„Aber doch nicht die, die wir eben ausgesprochen haben?"

„Nein — das wäre zu viel verlangt für einen Handlungsreisenden, der gern in Ruhe ein paar Schöpple trinkt . . . . aber er erzählte mir, bebend vor Empörung, daß schon einmal ein Mann die Forderung gestellt habe, den unfruchtbaren Zwischenhandel auszuschalten und einen direkten Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten anzubahnen . . . Ich habe dies jetzt nicht einmal Zeit gefunden, nachzuprüfen, ob mein Freund, der Handlungsreisende, richtig orientiert war . . . Er war furchtbar böse auf diesen Mann, mein guter, gemütlicher Freund, namentlich so zwischen dem dritten und vierten Schöpple, dann schlug er mit der Faust auf den Tisch und bedauerte, daß der Mann schon tot sei, sonst hätte er ihn im Main das Schwimmen lehren wollen . . ."

„Wer war denn der Mann, der diese Gedanken ausgesprochen hat?"

„Bismarck, glaub' ich," sagte einer.

Es zuckte wieder verdächtig um den ausdrucksvollen Mund:

„Nein — Rathenau!"

Einen Augenblick herrschte Schweigen. Hie und da murmelte jemand etwas Geringschätziges, der aber jener zuckte die Achseln, die Gruppen lösten sich, zerflossen, verteilten sich anders . . . eine Antwort gab keiner.

Der lange blonde Mensch auf dem Korbsofa sah unterdessen auf seine Armbanduhr, winkte dem Mädchen mit den Augen und stand auf. Er reichte dem neben ihm Sitzenden die Hand, sprach ein paar Worte, zu ihm gebeugt, und sagte dann zu der blonden Frau, die zu ihm getreten war:

„Wir müssen gehen, Lotte."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Neukölln. Verlag und Druck: Ullstein A.-G. Berlin. (Hierzu zwei Beilagen.)

Leiht Eure Bücher aus.

Von

Stephanie Kaul.

Bücher sind immer noch die wohlfeilsten Lehr- und Freudenmeister und der wahre Beistand hienieden für Millionen besserer Menschen. (K. J. Weber, Demokritos.)

Früher gab es Schlüsselromane, jetzt gibt es Schlüsselzahlen. Um in den Besitz eines pikant-amüsanten Schlüsselromanes zu kommen (es gibt übrigens noch andere Bücher), muß man eine Schlüsselzahl mit einem Grundpreis multiplizieren. Bis du arme, geplagte Rechenmaschine deutscher Staatsbürger dich all der vergessenen Rechenkünste deiner Schulzeit entsonnen— deiner Mathematikstunde, da du in angstvoller Entdeckungsgefahr doppelt verbotener, dadurch wesentlich gesteigerter Lust, Bücher unter der Schulbank lasest, während du multiplizieren, addieren, subtrahieren solltest — ist die Schlüsselzahl so wild geworden, daß keine Möglichkeit mehr vorhanden scheint, den geliebten Bücherschatz zu ergänzen. „Denn ein Bücherschatz ist wie ein geistiger Baum, der Bestand hat und seine köstlichen Früchte spendet von Jahr zu Jahr, von Geschlecht zu Geschlecht."

Durch unsere valutamaterialisierte Zeit und das Zusammen mit Menschen geht immer wieder und wieder die Sehnsucht und der Wunsch nach geistigem Aufschwung, nach Stunden des Losgelöstseins von leiblichen Bedürfnissen, nach Stunden, da man die quälenden Sorgen des Alltags vergessen will, da einmal nicht Multiplikatoren, Index und Schlüsselzahl die Gehirnsubstanz abnutzen. Das Feldgeschrei aller ist: Erhaltung der Substanz. Laßt uns auch unsere Gehirnsubstanz erhalten und erneuern, auf daß sie nicht im ewigen, bedrückenden Gleichmaß abstumpfe, erschlaffe.

Lesen ist not! „Wenn Bücher auch nicht gut oder böse machen, besser oder schlechter machen sie doch." Im Nach- und Miterleben anderer Menschenschicksale, im Nachdenken und Erfassen der Gedanken und Ideen großer Menschen schwinden die materiellen Dinge des Lebens. Das Herz der Welt, das dem Dichter offenbar, schlägt auch seinen Lesern. Jenseits von Raum und Zeit kann man teilhaben an dem beglückenden Reiche des Geistes.

Soziale und moralische Pflicht der Besitzenden ist es, die Minderbegüterten teilhaben zu lassen an ihrem Besitz. Und teilhaben lassen an ideellem Besitz dürfte manchem noch leichter fallen, als das Teilhaben lassen am materiellen Besitz. Die rasend gewordene Zahl macht es tausend und tausend Menschen zur Unmöglichkeit, neben ihrem vitalsten Eßbedürfnis auch ihrem Geiste die notwendige Nahrung zu liefern.

Seid großherzig! Laßt alle Kleinlichkeit, die hier Pflichtverletzung bedeutet, beiseite. Oeffnet eure Bücherschränke. Seid nicht ängstlich und besorgt, daß eure Bücher vielleicht ein wenig beschädigt werden könnten, daß eine Ecke umknickt, daß ein Fleck hineinkommt, das Böswilligkeit oder Vergessen euch das Buch nicht wieder zurückgibt. Freut euch, daß statt des klopfenden Holzwurms, des grauen modernden Staubes, der sich über ängstlich gehütete, hinter spiegelnden Scheiben verborgene, eingesperrte Schätze hermacht, heiße, hungrige, aufnahmewillige Menschenhirne kommen, denen Feiertagsstunden, Stunden der Erkenntnis, der Freude und des Genusses, der Anregung und des Hinauf geschenkt werden.

Und dann: Tauscht gegenseitig Bücher aus! Das geliehene Buch liest man weit eher. Beim eigenen denkt man immer, ach es findet sich schon noch ein andermal die Zeit dazu. Und das verliehene Buch, das jemand liest, der es innerlich verarbeitet und darüber mit dir in Gedankenaustausch tritt, wirkt damit noch einmal auf dich, als ob du es auf's neue selbst gelesen hättest.

Ihr helft auch denen, die Bücher schreiben und unsere Zeitgenossen sind. Die Erkenntnis, daß Dienst an der Allgemeinheit Dienst an dem persönlichen Glück des einzelnen ist, lebt in ihrem Bewußtsein. Wie sollen sie ihre Gedanken künden, wenn die momentane unglückliche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands jeder Geistesentfaltung den Boden abgräbt?

Einzelne werden immer noch Bücher kaufen können. Und diese einzelnen sollen für Verbreitung sorgen, indem sie ihre Bücher herleihen, indem sie Freunden und Verwandten, nahen und fernen Bekannten von selbst die Bücher zum Lesen anbieten und ihnen die — von manchen wird es so empfunden — Demütigung oder gar Ablehnung der Bitte ersparen.

Wenn ihr Bücher lest, die euch etwas bedeuten, erzählt nicht nur den andern, gebt sie her, damit nicht erst das Wort ertöne: „Ja, lesen möchte ich schon, aber woher bekomme ich das Buch?"

Die Menschen sind viel besser, ehrlicher, ordentlicher als ihr denkt. Schutz eurer Bücher sei der alte Spruch, den ihr voranschreiben möget:

Das buch is mir lip
Wer mir's stihlt is ein dip
Er sey ryter oder knecht
So is her ann Galgen gerecht.

Ruhe in Berlin. Auch der gestrige Nachmittag verlief in Berlin ganz ungestört, verstärkte Schupopatrouillen, die durch die Hauptstraßen zogen, griffen sofort bei allen bedrohlichen Ansammlungen ein. — Der Minister des Innern weist in einer Verfügung darauf hin, daß in letzter Zeit von rechts- und linksradikaler Seite wiederholt Versuche gemacht worden sind, eine staats- und verfassungsfeindliche Agitation in die Schutzpolizei hineinzutragen. Dabei wird teilweise der Anschein zu erwecken gesucht, als ginge diese Agitation aus der Schutzpolizei-Beamtenschaft selbst hervor. Wie in der Verfügung betont wird, ist gegen eine derartige Agitation, sowie gegen Drucker, Verleger und Verbreiter von aufreizenden Flugblättern mit aller Schärfe vorzugehen. — Wie uns von einwandfreier Seite mitgeteilt wird, hat eine von den drei am Dienstag abend verbotenen Versammlungen des „Deutschen Herold" in Wilmersdorf, einer deutschvölkischen Organisation mit stark antisemitischem Einschlag, doch stattgefunden. — Die Plünderungen im Scheunenviertel und die Angriffe auf die dortigen jüdischen Bewohner haben jetzt doch noch ein Todesopfer gefordert. Einer der von dem Mob Mißhandelten, der Händler Silberberg, ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Er war auf der Straße angefallen worden, mehrere Burschen hatten sich über ihn geworfen, und einer von den Räubern hatte ihm mehrere Beilhiebe über den Kopf versetzt.

Bezüge und Zahlungen für die Berliner Beamten. Die Lehrerkammer der Stadt Berlin legt in einem Schreiben Verwahrung gegen die vom Reichsministerium angeordnete 25 v. H. betragende Kürzung der Aufwertungsbezüge ein. Die seinerzeit erfolgte Zahlung in wertbeständigen Stücken wird von dem Reichsfinanzministerium als ein Vorteil aufgefaßt — in Wahrheit wurde das neue Geld zum größten Teil unter dem Werte angenommen oder gar seine Annahme verweigert. Die Zahlungen der Gehälter erfolgen zwar für die Reichs- und Staatsbeamten pünktlich, für die städtischen Beamten und Lehrer aber oft um einen Tag später, wo sie bereits entwertet sind. Gestern z. B. ist eine Nachzahlung erfolgt unter der Voraussetzung eines Dollarkurses von 420 — am gleichen Tage stand der Dollar 630! — Bei dieser Gelegenheit sei nochmals auf die unleidlichen Zustände im Berliner Rathaus hingewiesen. Es dauert oft stundenlang, ehe die einzelnen Schulen die Gehälter bekommen; sie sind in so großen Scheinen zusammengefaßt, daß wieder Stunden vergehen, ehe man sie auf den Banken gewechselt erhält. In den nächsten Tagen sollen nun auch die Ruhestandslehrer von ihren Schulen versorgt werden. Da jetzt durchschnittlich dreimal in der Woche gezahlt wird, so würden durch diese neue Maßnahme der Stadt nunmehr auch die Zwischentage mit Zahlungen besetzt.

Jugend von heute.

Das Versagen der Alten.

Die Pfosten der Pforte, die aus dem Jammertal deutschen Elends hinaus ins Freie, in eine bessere Zukunft führen soll, sind mit Schlagworten überklebt. Eines der am häufigsten zitierten, am meisten gelesenen ist dieses: Unsere Jugend — unsere Hoffnung. Aber ist diese Zuversicht gerechtfertigt? Sind nicht auch in ihren Reihen Erscheinungen der Zersetzung und Auflösung zu finden, wie in allen übrigen deutschen Lebenserscheinungen? Zwar fehlt es noch nicht an guterzogenen jungen Leuten, es gibt Schulvereinigungen und Jungmannschaften, die Zukunftsversprechungen in sich zu tragen scheinen. Aber die Zersplitterung innerhalb dieser Bünde beweist schon, daß sie vorläufig nichts weiter bedeuten als den Versuch einiger Idealisten, die Jugend aus ihrer heutigen Verwahrlosung zu erlösen, ihr neue Pfade zu neuen Lebenszielen zu weisen, neue Ideale über sie aufzustellen. Noch aber ist der große, allgemein zündende Gedanke nicht spürbar, das Ziel, dem alle gemeinsam entgegenstreben. Andererseits bekommt man von unserer Jugend Dinge zu hören und zu sehen, die mindestens als ernste Warnungszeichen beachtet werden müssen. Beispiele sprechen eine allzu deutliche Sprache.

In den letzten sechs Wochen riefen drei Fälle, gerade weil sie sich in den Kreisen der sogenannten besseren Gesellschaft abspielten, in denen die Jugend früher ein umfriedetes, behütetes Dasein führte und Versuchungen gar nicht oder in ganz geringem Maße an sie herantraten, ein berechtigtes Aufsehen hervor.

Der eine ist der vielbesprochene Lustmord an einem achtjährigen Mädchen im Keller ihres elterlichen Hauses, in einer der vornehmsten Straßen des Berliner Westens. Als Täter wurde bekanntlich ein im selben Hause wohnender 17jähriger Gymnasiast ermittelt, der der ältere, brüderliche Spielkamerad des kleinen Dinges gewesen zu sein schien, wie solches im selben Hause häufig vorkommt. Er leugnete gar nicht, sondern legte beim ersten Verhör sofort ein umfassendes Geständnis ab. Wohl das Tollste an der ganzen Angelegenheit ist, daß der Junge nach dem Morde ruhig weiter in die Schule gegangen war und keiner seiner Mitschüler ihm etwas angemerkt hatte.

Der zweite Fall spielt in der gleichen Gegend. Ein junges sechzehnjähriges, bildhübsches Mädchen, Schülerin der zweiten Lyzeumsklasse, ist eines Tages nach der Schule nicht nach Hause zurückgekehrt und spurlos verschwunden. Die Eltern, gut situiert, sind verzweifelt. Sie haben der Tochter nichts angemerkt. Sie war heiter, harmlos, unschuldig wie immer, hatte nie irgend etwas geäußert, was auf ein dunkles Vorhaben schließen ließ. Auch die Mitschülerinnen erklären, nichts zu wissen. Es scheint ein Verbrechen vorzuliegen. Die Polizei wird mobil gemacht. Auf den Litfaßsäulen erscheinen die roten Zettel mit der Aufforderung, zu den tiefbetrübten Eltern zurückzukehren. Es erfolgt nichts, kein Laut, kein Lebenszeichen. Da gelingt es der Mutter, von einer Mitschülerin, die sie zufällig auf der Straße trifft, durch eine Bemerkung, die dieser entschlüpft, zu erfahren, daß die Tochter Beziehungen zu einem Schauspieler gehabt hat. Die sechzehnjährige Tochter, das Kind! Da die Eltern von dem Mädchen nichts weiter erfahren können und festgestellt wird, daß der Schauspieler Berlin verlassen hat, entschließen sie sich zu dem schweren Schritt in die Oeffentlichkeit. (Man ruiniert auch heute noch nicht gern den guten Ruf eines Mädchens.) Da, plötzlich in der Nacht, ist die Tochter wieder da. Unbefangen, als sei nichts geschehen. Leugnet gar nicht, daß sie mit dem Schauspieler verreist war. Hat die Welt einmal ansehen wollen. Hat nicht vorher gefragt, weil sie das Verbot der Eltern gefürchtet hätte. Behauptet, bei der Schwester des Begleiters in der anderen großen Stadt gewohnt zu haben. Was bleibt den Eltern übrig, als glauben zu machen, sie selbst hielten die Erzählung der Tochter für Wahrheit? Die Welt denkt sich ihr Teil. Das Mädchen geht in eine andere Schule in die zweite Lyzeumsklasse.

Die dritte Geschichte spielt in einem der reichsten, vornehmsten Vororte Berlins. Eines schönen Tages ist der siebzehnjährige Sohn steinreicher Eltern verschwunden. Wortlos, spurlos. Ohne ein Anzeichen irgendwelches Vorhabens gegeben zu haben. In seinem Wesen war keinerlei Veränderung bemerkt worden. Der Junge hatte alles, was ein Mensch nur begehren konnte. Wohnte in einer Villa, bekam das beste Essen, war der einzige Sohn seiner Eltern neben einer kleinen sechsjährigen Schwester. Die Sache war völlig rätselhaft. Aber von ihm wußten die Mitschüler mehr als die eigenen Eltern. Als der verzweifelte Vater nach einer Nacht voll Grauen, in dem die Eltern ihr Kind vergeblich erwartet hatten, in die Schule kommt, erfährt er von Klassengenossen, daß der junge Mensch eine intime Freundschaft mit einem Exoten gehabt hat, den er zufällig auf der Straße kennenlernte. Am nächsten Tage erhält die Mutter einen Brief aus Berlin, ohne Datum oder Ortsangabe, mit der Handschrift des Sohnes geschrieben. Es enthält nichts weiter als die Worte: „Liebe Mutter, Ihr seht mich nicht wieder. Ich gehe nach (folgt das Land des Exoten)." Keine Entschuldigung, keine Erklärung, nichts. Der Vater setzt sofort alle Hebel in Bewegung. Die Kriminalpolizei macht Haussuchung bei allen Landsleuten des Ausländers, hebt die ganze Berliner Kolonie aus. Und es gelingt, des jungen Menschen auf einem Schiff im Hamburger Hafen kurz vor der Ausfahrt habhaft zu werden. Er besucht weiter seine Schule.

Diese Ereignisse, welche sich im Verlauf von ganz wenigen Wochen abgespielt haben, geben ein erschreckend klares Bild von dem, was der heutigen Jugend fehlt: Selbstbeherrschung und Disziplin. Kein Vertrauen zu den Eltern, keine Achtung vor dem Alter. Ein unklarer Drang in die Weite, ein Sehnen nach Genuß.

Nicht die Jugend trifft die Schuld. Alle Jugend ist egoistisch, zum Ueberschwang geneigt. Bei den Mädchen kommt heutzutage noch die andere Bewertung der Jungfräulichkeit hinzu. Das Vertrauen zu den Eltern aber kann nicht verlangt, es muß erworben werden. Die Jugend gleicht einem jungen Baum, der der Hand des Gärtners bedarf, die zu üppig wuchernden Triebe zu beschneiden, eine kräftige Stütze an die Seite zu stellen. Der dunkle, halb unbewußte, wilde Drang der Jugend muß in ein richtiges Bett geleitet werden. Auf dem Gipfel des Berges, nach dem sie streben sollen, muß ein Ideal als Ziel aufgepflanzt werden. Sie muß unterwiesen werden, das Alte, Gewesene, die Tradition heilig zu halten, und unbedingten Gehorsam zu leisten.

Die Schuld trifft die Alten. Sie, die dazu berufen sind, Stab und Stütze der Jugend zu sein, das starke Gitter zu bilden, an das sich die tastenden, schwankenden Kinderhände auf ihrem Suchen nach dem rechten Wege klammern können: Land, Schule, Erzieher, Eltern — diese Alten haben kläglich versagt.

Margarete Caemmerer.

Ein Brot 105 Milliarden.

Wie uns vom Zweckverband der Groß-Berliner Bäckermeister mitgeteilt wird, mußte der Brotpreis auf Grund der erneuten Devisensteigerung erhöht werden. Im Einvernehmen mit den Kommunal-Verbänden, dem Magistrat und dem Reichsernährungsministerium kostet ein Brot heute 105 Milliarden, eine Schrippe 4.5 Milliarden.

*

Gas, Wasser, Elektrizität. Die Direktion der Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke teilt mit, daß der Gaspreis für den 8. November 31,5 Milliarden, der Wasserpreis 31 Milliarden, die Entwässerungsgebühren 23 Milliarden, der Strompreis 63 Milliarden beträgt.

Starke Erhöhung der Kohlenpreise. Nach dem amtlichen Dollarstand vom 7. d. M. stellen sich die Brikett- und Kokspreise ab heute wie folgt: Küchen- und Ofenbrandbriketts ab Lager 309,9; frei Keller 320,4 Milliarden. Gaskoks ab Lager 683,8; frei Keller 695,7 Milliarden. Bei fuhrenweiser Lieferung Briketts ab Lager 309,9; frei Keller 319 Milliarden. Gaskoks ab Lager 683,8; frei Keller 694,3 Milliarden Mark.

Die Teuerung nach dem Reichsindex. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 5. 11., auf das 98,5milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (13,67 Milliarden) beträgt 620,5 v. H. Für den Durchschnitt des Monats Oktober berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 3657millionenfache gegenüber dem 15millionenfachen im Durchschnitt des Monats September; die Steigerung beträgt somit 24 380 v. H. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt Oktober auf das 3265millionenfache, die Ernährungskosten allein auf das 4301millionenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

Die „Berliner Illustrirte" kostet heute 50 Milliarden. In ihr beginnt heute der neue Roman „Blaubart" von Marga Passon.

Die hungernden Kinder.

Selbsthilfe und Auslandshilfe.

Der deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe, der im Jahre 1922 nach dem Fortgang der Quäker die Kinderspeisung übernommen hat, gab in seiner gestrigen Vollversammlung ein erschütterndes Bild von der Not der Kinder in Deutschland, die dem Hungertode gegenüberstehen. In der vorausgehenden Sitzung des Aerztebeirats betonte u. a. Geheimrat Czerny, daß die Kinderspeisung jetzt viel dringender sei als je. Im Kriege habe er nur unterernährte Mütter, aber kaum unterernährte Kinder gesehen, jetzt aber träfe man Kinder, die weder Brot noch Milch, noch Kartoffeln, noch Fett, sondern nur irgendwelchen Kaffee-Ersatz als Nahrung bekämen.

Noch ernster klangen die Berichte der Vertreter der einzelnen Landesteile und Kommunen. Danach ist ein Sechstel aller Kinder, die in Dresden die Volksschulen besuchen, an Folgen des Hungers erkrankt. In Berlin kommen unzählige Kinder ohne Nahrung in die Schule oder versäumen sie, „weil die Kinder den Hunger nicht so fühlen, wenn sie zu Bett liegen". Angesichts dieser Tatsachen sind die Hilfsmittel, die jetzt für Kinderspeisungen zur Verfügung stehen, unzulänglich. Das Reich hat 5 Goldmillionen in Aussicht gestellt, eine Summe, die nur zur täglichen Versorgung von 500 000 Kindern mit 500-Kalorien-Nahrung für etwa 5 Monate ausreicht. Es wurde die Frage erörtert, ob man die Zahl der Kinder, die ernährt werden sollen, erweitern und diese Speisemengen kürzen solle. Aber diese Menge entspricht schon kaum dem Nahrungsbedarf des Kindes. Für die Art der Auswahl der Kinder, die an der Speisung teilnehmen können, wurde ein neuer Grundsatz aufgestellt. Während bisher nach ärztlicher Auswahl die Kinder, die durch lange Krankheiten geschwächt, oder dauernd unterernährt waren, allein Anspruch auf die Speisung hatten, da es wirklich hungernde Kinder noch nicht gab, sollen jetzt die Kinder gewählt werden, die im Elternhaus überhaupt keine Speise mehr erhalten können.

Erst in zweiter Reihe können dann die Kinder berücksichtigt werden, die zwar unterernährt sind, aber im Elternhause noch Nahrung erhalten. Amerika rüstet sich zu neuer Hilfeleistung, aber die Mittel, die das neugegründete Komitee sammeln wird, können nicht vor Mitte Dezember hier zur Anwendung kommen. Welchen Umfang die Hilfe des Auslandes bisher schon erreicht hat, berichtete Regierungsrat Rau, der Geschäftsführer des Deutschen Zentralausschusses. Er betonte, daß sowohl in Deutschland wie in Amerika der Gedanke der Zentralisierung der Hilfe fortgeschritten sei. Von Amerika sind in der Berichtszeit (April bis Oktober 1923) etwa 920 000 Dollar an den Zentralausschuß und 700 000 Dollar an das Rote Kreuz übermittelt worden; außerdem etwa 145 000 Kolli Lebensmittel, Liebesgabenpakete, Kleider und dergleichen. Umfangreich sind auch die Sendungen, die die anderen neutralen Länder wie Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, die Schweiz gemacht haben. Auch in Südamerika und Australien, in Havanna und Japan wurde für die Kinder und den deutschen Mittelstand gesammelt. In der allerletztern Zeit

haben auch Oesterreich, Ungarn und die Tschechoslowakei Gelder geschickt. Regierungsrat Rau hob hervor, daß das Ausland die Selbsthilfe der deutschen kapitalistischen Kreise vermisse.

Demgegenüber machte Pfarrer Steinweg die Mitteilung von der Hilfe, die die deutsche Landwirtschaft in unauffälliger Weise den bedürftigen Anstalten, den Mutterhäusern und dergleichen zukommen lasse. Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt schilderte die Selbsthilfe in der Arbeiterschaft, die durch Sonntagsarbeit, Ueberstunden und freiwillige Arbeitsleistungen ihren bedürftigen Volksgenossen helfen. Dr. M. M-z.

Schweres Explosionsunglück am Berliner Osthafen. Bei Reparaturarbeit an einem der Benzintanks, die am Berliner Osthafen eingemauert sind, versuchten gestern nachmittag gegen 2¼ Uhr Arbeiter das Innere des leeren Behälters vom Einsteigeschacht aus mit elektrischen Birnen abzuleuchten. Dabei erfolgte eine Explosion von Gasen, die sich offenbar im Innern angesammelt hatten. Der 59jährige Arbeiter Krüger aus der Emser Str. 126 wurde getötet, der Arbeiter Gonsorowski aus der Goslarstraße 19 trug schwere Brandwunden davon und mußte in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Der Tank selbst ist unbeschädigt.

Briefmarken bis 800 000 Mark ungültig. Mit Ablauf des Novembers verlieren alle Freimarken (auch Flugpostmarken) im Einzelwerte von 100 Mark bis 800 000 Mark ihre Gültigkeit. In den Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Dezember 1923 an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Werte von 1 Million Mark vorgelegt werden. Auch bei höherem Gesamtwert wird ein Teilbetrag unter 1 Million nicht vergütet. Vordrucke mit eingedrucktem Wertstempel (Postkarten, Kartenbriefe, Briefumschläge usw.) werden nicht eingelöst.

Ein geschütztes Viertel in Tempelhof. Der Berliner Polizeipräsident hat mit Zustimmung des Oberpräsidenten als Nachtrag zur Baupolizeiverordnung für die Vororte Berlins bestimmt, daß in dem Gebiet Berlin-Tempelhof, das begrenzt wird von der Oberland-, Eschersheimer-, Gottlieb Dunkel-, Germania-, Schwanheimer und Holzmannstraße, die Errichtung neuer Anlagen, die starken Rauch oder Ruß, schädliche Dämpfe oder Gase, üble Gerüche oder ungewöhnliche Wärme verbreiten oder ungewöhnliche Geräusche oder Erschütterungen verursachen, verboten ist. Das Gleiche gilt von einer Erweiterung oder Veränderung bestehender Anlagen, wenn damit die genannten Wirkungen verbunden sind oder dadurch verstärkt werden.

Wetteraussichten bis Freitag mittag: Ziemlich kühl, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt und besonders im Norden stellenweise leichte Niederschläge bei mäßigen, westlichen Winden.

Richtpreise für den Berliner Großhandel

und im Verkehr mit dem Einzelhandel in Originalpackung offiziell festgestellt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels, E. V., Berlin

Die Preise verstehen sich für 50 Kg. ab Lager Berlin.

	Goldmark			Goldmark	
Gerstengraupen, lose	27,40 bis	27,75	Kümmel	153,10 bis	159,50
Gerstengrütze, lose	27,40 -	27,75	Nelken	237,45 -	247,35
Haferflocken, lose	25,10 -	25,50	Schwarzer Pfeffer	111,— -	115,20
Hafergrütze, lose	25,10 -	25,50	Weißer Pfeffer	136,50 -	142,20
Maisgrieß	20,75 -	21,—	Piment	89,30 -	93,05
Maispuder, lose	26,45 -	26,70	Kaffee prima roh	188,— -	198,—
Roggenmehl 0/1	22,25 -	22,50	Kaffee superior	175,— -	187,—
Weizengrieß	26,50 -	26,85	Röstkaffee	227,— -	258,—
70 proz. Weizenmehl	22,25 -	23,—	Malzkaffee	33,— -	35,—
Weizen-Auszugmehl	23,75 -	24,95	Röstgetreide	21,— -	22,—
Speiseerbsen, Viktoria	42,10 -	44,25	Ersatzmischung, 20 v. H.		
" kleine	36,95 -	38,95	Kaffee gepackt	80,— -	85,—
Bohnen, weiße	25,95 -	26,75	Kakaopulver, lose	180,— -	200,—
Linsen	30,15 -	35,15	Tee in Kisten	380,— -	400,—
Kartoffelmehl	24,15 -	25,35	Inlandszucker basis		
Makkaroni, lose	45,90 -	48,40	melis	31,68 -	33,26
Schnittnudeln, lose	34,60 -	36,30	Kunsthonig	48,07 -	50,00
Unglas. Vollreis	25,60 -	26,80	Marmelade, Einfrucht	86,60 -	91,40
Glas. Tafelreis	30,30 -	31,85	Marmelade, Mehrfr.	69,78 -	73,50
Grober Bruchreis	20,10 -	21,15	Siedesalz	7,— -	7,35
Reisgrieß u. -mehl, lose	18,80 -	19,80	Steinsalz	4,90 -	5,15
Ringäpfel, amerik.	83,75 -	87,25	Bratenschmalz	94,85 -	95,75
Getr. Aprikosen, kal.	122,10 -	127,20	Purelard	92,03 -	92,91
" Birnen, kal.	89,45 -	93,20	Margarine	71,50 -	75,—
" Pfirsiche, kal.	82,10 -	85,50	Molkereibutter	181,92 -	185,54
" Pflaumen	45,50 -	47,40	Corned beef 12/6 lbs		
Korinthen in Kisten	74,50 -	77,60	per Kiste	38,45 -	—
Rosinen in Kisten	58,75 -	61,20	Speck, gesalz. fett	98,90 -	99,—
Sultaninen in Kisten	89,15 -	92,85	Quadratkäse	65,57 -	68,82
Mandeln, bittere	77,45 -	80,70	Quarkkäse	74,77 -	78,47
Mandeln, süße	139,20 -	145,—	Tilsiter vollfett	125,37 -	131,62
Kaneel	204,30 -	212,80	do. halbfett	93,10 -	99,85
Kassia	111,70 -	116,35	Handverles. Langbohnen	31,40 -	32,00

Das Ende des Berliner Lehrlingsheims. Das Berliner Lehrlingsheim in der Schönhauser Allee, das von einem aus der Handwerkskammer und Innungsmeistern gebildeten Verein unterhalten wird, muß, wie in der letzten Vorstandssitzung der Handwerkskammer mitgeteilt wurde, geschlossen werden, weil Mittel zur Weiterführung des Betriebes nicht mehr zur Verfügung stehen. Die von Handwerksmeistern, industriellen Betrieben und sonstigen Freunden gespendeten Beiträge wurden in der letzten Zeit immer geringer, zum Teil blieben sie ganz aus, so daß der Verein das Heim nicht mehr aufrechterhalten kann. Zuletzt hatten 16 Handwerkslehrlinge, davon 11 allein durch die Flüchtlingsfürsorge, Unterkunft und Verpflegung im Lehrlingsheim gefunden.

Kurzer Tagesbericht. Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung wurden gestern in der Wohnung des Schankwirtes Streckhahn in der Kaiser-Friedrich-Straße in Charlottenburg 600 Zentner Mehl und 150 Sack Nudeln beschlagnahmt. St. gab an, daß das Mehl und Nudeln einem Spediteur gehören. — Gestern mittag wurde in der Eßmarchstraße 10 ein Dr. Jungmann von einem 17jährigen Hausdiener überfallen. Bevor der Räuber dem Ueberfallenen jedoch die Brieftasche fortnehmen konnte, eilte ein Polizeibeamter herbei und nahm den Hausdiener fest. Dabei leistete er derartigen Widerstand, daß er zur Wache getragen werden mußte. — Seit Dienstag, den 30. Oktober, wird eine Frau Rosemarie Jacobi vermißt. Sie ist 67 Jahre alt und war mit gelbbraunem Mantel, braunem Hut, schwarz-blauem Kleid und gelben hohen Schnürstiefeln bekleidet. Mitteilungen über ihren Verbleib sind an Paul Hähnel, Josephs-Krankenhaus, Niederwallstr. 8-9, zu richten.

Trabrennen zu Mariendorf, 7. November. 1. Rennen: 1. Federnelke (Schmidt); 2. Good Boy; 3. Ninon I. Tot. 143. Pl. 15, 11, 12. Ferner: Jimiene, Ginori, Gertrud Bingen, Blaue Adria, Johannisfeuer, Maikönigin I. ½—1½ Lg. — 2. Rennen: 1. Dompfaff (Weiß); 2. Imperialist; 3. Rosa Forbes. Tot. 25, Pl. 15, 22, 14. Ferner: Gondster jr., Weinstock, Quantität, Flatterrose, Lady Bosworth, Mignon Forbes, Citran. 6—1 Lg. — 3. Rennen: 1. Ackelei B. (Knöpnadel jr.); 2. Aktorie; 3. Ballonkönigin. Tot. 118, Pl. 21, 14, 17. Ferner: Dollyfa, Lunnu, Kronprinz I, Longobarde, Alpenfex, Elfchen. 2—1 Lg. — 4. Rennen: 1. Kusertrud (Heckert); 2. Gawein; 3. Prinz Magowan. Tot. 44, Pl. 16, 14, 22. Ferner: Xenie, Allertony, Vesuv, Francisco, Durchbruch, Zeitgeist, Falter, Seewind. ½—1 Lg. — 5. Rennen: 1. Die Beste (Großmann); 2. Monarchist; 3. Brilon. Tot. 21. 2—3 Lg. — 6. Rennen: 1. Hetman (Sieger); 2. Cadiac Axworthy; 3. Michel Angelo. Tot. 103, Pl. 19, 17, 15. Ferner: Ludwig R., Corona Mc. Kinney, Wildkatze, Prinzeß Bertha, Florian, Kluck. H.—2 Lg. — 7. Rennen: 1. Edinhard (Netzki); 2. Sybill; 3. Flora Bingen. Tot. 114, Pl. 40, 27, 52. Ferner: Charlotte S., Nettl, Jeffries jr., Bergschwalbe, Karneval, Silverius, Quera, Adler, Heiderose B., Mädel, Handfest, Hartenfels. ½—½ Lg. — 8. Rennen: 1. Paul B. (J. Mills); 2. Fenelon; 3. Teufelsbart. Tot. 33, Pl. 16, 16, 29. Ferner: Josef, Jallus, Eilzug, Taifun I, Schlips, Timoko. 1—3 Lg. — 9. Rennen: 1. Margot I (H. Schleusener); 2. Baron Axworthy; 3. Prinzeß Fortuna. Ferner: Ima Jun, Lady Petawust, Lump, Harry W. ½—3 Lg.

Aus der Demokratischen Partei. Am Freitag, 8 Uhr abends, spricht im Demokratischen Klub, Viktoriastraße, Herr Wachhorst de Wente, Mitglied des Preußischen Landtags, über „Hannover und die deutsche Frage". Im Anschluß daran Erörterung der politischen Lage. Eintritt ist nur Klubmitgliedern gestattet; Gäste sind nicht zugelassen.

Helft den Alten! Am 16. November feiert der Kaufmann L. Augar, Körnerstraße 26, III, seinen 81. Geburtstag. Infolge langjähriger Krankheit und der ungeheuren Teuerung lebt er in bitterster Not und Sorge.

Bund heimattreuer Ostpreußen. Der in Groß-Berlin bestehende Bund heimattreuer Ostpreußen e. V., der in seinen 18 Vereinen viele tausende Ostpreußen vereinigt, hat sich die Erhaltung des Deutschtums in den Grenzgebieten der Provinz Ostpreußen zur besonderen Aufgabe gemacht. Zur Erfüllung dieser Aufgabe braucht er die Unterstützung aller in Groß-Berlin lebenden Ostpreußen. Beitrittserklärungen nimmt der Bundesvorsitzende Regierungsrat Hoffmann, Potsdamer Straße 41, schriftlich und auch telephonisch (Kurfürst 9723) entgegen.

Vereinsnachrichten.

Heute: Bund entschiedener Schulreformer. 7½ Uhr im Werner-Siemens-Realgymnasium, Hohenstaufenstraße 47-48, Dr. Muserke über „Die freie Schulgemeinde Wickersdorf". — Gesellschaft für Sexualreform. 8 Uhr in der Schulaula Friedrichstraße 126. Vortrag von Dr. med. Herzberg über Psychoanalyse, Traumdeutung, Sexualprobleme usw.

Familien-Nachrichten

Ueber die in der Vossischen Zeitung veröffentlichten Familien-Nachrichten wird nach Möglichkeit im redaktionellen Teil der B. Z. am Mittag berichtet

Eva von Bomsdorff
Otto Zwick
Verlobte

Berlin-Grunewald, Franzensbader Str. 6.
Berlin W 15, Bayerische Str. 27.

Oktober 1923.

Am Sonnabend, dem 3. November, ist mein über alles geliebter Vater, mein herzensguter Schwiegervater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Justizrat Jakob Unger

in seinem 68. Lebensjahr durch einen sanften Tod von schwerem Leiden erlöst worden.

Für die Hinterbliebenen:
Dr. Heinz Unger und Frau, Hella, geb. Wolff.

Berlin, den 7. November 1923.

Die Beerdigung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Mein lieber Gatte, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Georg Herz

ist am 6. November abends sanft entschlafen.

Namens der Hinterbliebenen
Jeanne Herz.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem . November, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des israelitischen Friedhofes, Schönhauser Allee.

Größtes Berliner Kommissions-Haus
Friedrichstraße 44
zwischen Zimmer- und Kochstraße - Tel. Dönhoff 4862
Brillanten · Perlen · Pelze · Teppiche
Antiquariate · Briefmarken
Einkauf • Kommission • Verkauf

Stellenmarkt
Erstkl. Hausschneiderin s. Besch. Off. 27766 Ullst.-Filiale, Tauentzienstr. 1.

Pflegerin m. gut. Zeugn. sucht Stellung. Rose, Niederschönhausen, Bismarckstr. 11.

Roheisen.
Großhandlung sucht für ihre Abteilung Roheisen einen erfahrenen, ersten Beamten, der dem Verkauf vorstehen kann und mit der einschlägigen Kundschaft vertraut ist. Angebote unter 5798 Ullsteinhaus, Berlin SW 68.

Elektrizitätswerk Schlesien Aktiengesellschaft.

In Ergänzung und Erweiterung unseres Umtauschangebots vom 12. September 1923 machen wir hierdurch den Gläubigern unserer sämtlichen Teilschuldverschreibungen und der sämtlichen Teilschuldverschreibungen der Niederschlesischen Elektrizitäts- und Kleinbahn Aktiengesellschaft in Waldenburg folgendes neuerliches Umtauschangebot:

1. Wir gewähren gegen
je nom. M. 12 000,— unserer Teilschuldverschreibungen aus den Jahren 1913, 1917, 1920 und 1921
oder
je nom. M. 25 000,— unserer Teilschuldverschreibungen aus dem Jahre 1922

eine Stammaktie unserer Gesellschaft im Nennwerte von Mark 1000,—, ausgegeben auf Grund des Generalversammlungsbeschlusses vom 20. März 1923 mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1923 ab,

und

gegen je M. 15 000,— Teilschuldverschreibungen der Niederschlesischen Elektrizitäts- und Kleinbahn Aktiengesellschaft

eine Stammaktie im Nennbetrage von M. 1000,— der Niederschlesischen Elektrizitäts- und Kleinbahn Aktiengesellschaft mit Gewinnberechtigung vom 1. Juli 1923 ab.

2. Die Teilschuldverschreibungen sind mit laufenden Zinsscheinen und Erneuerungsscheinen mit einem Nummernfolgeverzeichnis bis zum 30. November 1923 einschl. einzureichen, und zwar die Teilschuldverschreibungen unserer Gesellschaft

in Breslau

bei dem Bankhause E. Heimann,
" der Commerz- und Privat-Bank A.-G., Filiale Breslau,
" " Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Breslau,
" " Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Breslau,
" " Dresdner Bank, Filiale Breslau,
" dem Bankhause Eichborn & Co.,
" " Schlesischen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank,

in Berlin

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
" " Berliner Handels-Gesellschaft,
" dem Bankhause S. Bleichröder,
" der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,
" " Dresdner Bank,

in Köln

bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein, Aktiengesellschaft,

die Teilschuldverschreibungen der Niederschlesischen Elektrizitäts- und Kleinbahn Aktiengesellschaft

in Breslau

bei dem Bankhause E. Heimann und
" der Commerz- und Privat-Bank A.-G., Filiale Breslau,

in Berlin

bei der Commerz- und Privat-Bank A.-G.

Soweit eine Börsenumsatzsteuer fällig wird, wird sie von uns getragen.

3. Werden von den einzelnen Gläubigern weniger Teilschuldverschreibungen eingereicht, als zum Umtausch in je M. 1000,— unserer Stammaktien oder der Aktien der Niederschlesischen Elektrizitäts- und Kleinbahn Aktiengesellschaft erforderlich sind, so sind die zu 2 genannten Einlieferungsstellen auf Wunsch des betr. Gläubigers bereit, die Regulierung der Spitzen vorzunehmen. Hierbei wird für die bis zum 10. November einschließlich eingereichten Obligationen der Börsenkurs der Aktien vom 10. November 1923, für die in der Zeit vom 11. bis 20. November einschl. eingereichten Stücke der Börsenkurs vom 20. November 1923 und für die vom 21. bis 30. November einschl. eingereichten Stücke der Börsenkurs vom 30. November 1923 zugrunde gelegt werden.

Für die Breslauer Einlieferungsstellen ist der Kurs der Breslauer, für die Berliner Einlieferungsstellen der Kurs der Berliner Börse maßgebend.

4. Ueber die den Einreichern zustehenden Stammaktien werden Zug um Zug Kassenquittungen ausgehändigt. Der Umtausch der Kassenquittungen gegen die endgültigen Stücke erfolgt bei den Einlieferungsstellen vom 15. Dezember 1923 ab.

Breslau, den 7. November 1923.

Elektrizitätswerk Schlesien Aktiengesellschaft.

Aktiva.	M.	Passiva.	M.
Kasse	261 244,83	Rücklagen	25 000,—
Wertpapiere	20 790,—	Reservefonds	39 940,—
Kautionen in Wertpapieren	1 400,—	Barkautionen	1 801,10
Bankguthaben	53 305,05	Geschäftsanteile	69 300,—
		Kautionen in Wertpapieren	1 400,—
		Gewinn- und Verlust-Konto	199 208,78
Sa.	336 739,88	Sa.	336 739,88

Wir fordern unsere Gläubiger auf, sich bei uns zu melden.

Charlottenburg, den 17. Oktober 1923.

Koks-Einkaufs-Vereinigung,
eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht in Liqu.
Kristeller. Haad.

Staats-Theater.
Opernhaus.
Donn. 233 Ab.-Vrst. 7½: Cavalleria rusticana. Bajazzi.
Schauspielhaus.
Donn. 263. Ab.-Vrst. 7½ Uhr: Minna v. Barnhelm.
Schiller-Theater
7½ Uhr: Ein Volksfeind.

Deutsches Th.
7½ Uhr: **Cäsar u. Cleopatra**
Krauß, v. Thellmann, Gülstorff, Kupfer, Diegelmann, v. Meyrink, Garrison, Voelker, Peter Eysoldt.

Kammerspiele
8 Uhr: **Die Kinder**
Bransewetter, Mosheim, Schwanneke, Kampers, Manning, Daghofer.

Groß. Schauspielh.
Karlstraße.
Täglich 7½ Uhr: **Der Bettelstudent**
Millowitsch, Kammersänger Lichtenstein, Teilmann, Wallauer, Kammersäng. Probeck, Bora, Brandt.

Theater i. d. **Königgrätzer Str.**
8 U.: **Schweiger**
Sonnabd.: Premiere: **Don Gil von den grünen Hosen.**
Eckersberg, Meinhardt, Karchow, Haskel, Herrmann, v. Meyerinck, Behmer, Rehkopf, Neumann, Marba.

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr
Mein Vetter Eduard
mit Ralph Arth. Roberts

Berliner Th.
Täglich 7³⁰ Uhr: **DOLLY**
Wörner, Gleichen, Werner, Vespermann, Junkermann, Scholz, Andresen, Schiller.

Volksbühne.
7½ U.: Figaros Hochzeit.

SCALA
8 Uhr Internat. Varieté.

Lessing-Theat.
7½ Uhr: **Rausch.**
(Gerda Müller, Kortner, Loos, Deneva, Torning, Bildt.)
Freitag 7 U.: Faust. Sonnab. bis Mont. 7½: Rausch.

Deutsch. Künstler-Th.
Allabendlich 8 U.: **Tybbke**
(Max Adalbert, Schroth, Nessler, H. C. Müller, Elzer, Brinken, Monnard).

Lustspielhaus.
Die Truppe
8 Uhr: **Nebeneinander**
Volksstück 1923.

Kleines Theat.
Täglich 8 Uhr
Carola Toelle, Erich Kaiser-Titz in
Eine galante Nacht
v. Hans Bachwitz.

Residenz-Th.
Täglich ½8 Uhr:
Friedr. Kayßler, Helene Fehdmer in
Prof. Storizyn
von Andrejew

Trianon-Theat.
Täglich ½8 Uhr: Erika Gläßner in **Joujou**
Mart. Kettner, W. Bendow, Schröder-Schromm.

Central-Theat.
Täglich 8 Uhr: **Der Revisor**
von Gogol.
Olga Limburg, Jul. Falkenstein

Komische Oper
Allabendlich 7½
Die größte Revue des Kontinents
Die Welt ohne Schleier.

Apollo-Theater
7½ Allabendlich 7½
Die Ausstatt.-Revue:
Europa spricht davon

Wintergarten
Varieté-Programm
Rauchen gestattet!

Deutsches Opernhaus.
7½ Uhr: **Tiefland.**
(Aktionärkarten Gültigkeit.)
6½: Große Volksoper. 6½:
Tristan und Isolde.

Th. i. Admiralspalast
Allabendlich 7¾ U.
Drunter und drüber

Gr. Volksoper im Theater d. Westens
6½: Tristan u. Isolde.

Intimes Theat.
8 Uhr: Abendbesuch
Die k. u. k. Hexe etc.

Metropol-Th.
7½: Casino-Girls

Neues Theat. a. Zoo
7½: D. Luxusfrau

Renaissance-Theat.
7½ U.: **Studentenliebe.**

Schauspieler-Theater
(Fried.-Wilhelmst. Theater) Chausseestr. 30
7½ Uhr: Elga — Hannele.

Thalia-Theater
7½: **Die Scheidungsreise**

Th. i. d. Kommandantenstraße. Tägl. 7½ Uhr: **Charlie.**

Wallner-Theat.
8 Uhr: Gousa Kaiser.

Brillanten
Gold-, Silber-, Platin-
Ketten, Golduhren, Ringe, Orden, Münzen,
Zahn-Gebisse
kauft streng reell
zu Goldmarkpreisen
E. Janssen, W 15, Hohenzollerndamm 11
am Untergrundbht. Hohenzollernplatz

Getragene **Garderobe**
aller Art kauft zu höchsten Preisen
Durchforth
Neue Königstr. 79. / Tel. Alex. 988

„THE KID"
VERFASSER, REGISSEUR u. HAUPTDARSTELLER:
CHARLIE CHAPLIN
Unter den Mitwirkenden
JACKIE COOGAN, EDNA PURVIANCE
Der Film, der in der ganzen Welt viele Monate hindurch auf das Publikum die ungeheuerste Anziehungskraft ausübte
URAUFFÜHRUNG MORGEN 7 UHR
IN DEN UFA-LICHTSPIELEN
TAUENTZIEN-PALAST
UND
U. T. NOLLENDORFPLATZ
Vorverkauf 11-1 Uhr
Ehren- und Freikarten ungiltig

Recht und Leben / Wochenbeilage der Vossischen Zeitung

Nummer 27 Verantwortlich: Rechtsanwalt Dr. Erich Eyck-Berlin 8. November 1923

Wertgrenzen im Zivilprozeß.

Von

Rechtsanwalt Dr. Ernst Hagelberg.

Am 12. November 1923 tritt eine dritte Verordnung zur Entlastung der Gerichte in Kraft, welche hauptsächlich die Wertgrenzen für die Zuständigkeit des Amtsgerichts sowie für die Zulässigkeit der Berufung und Revision regelt. Da die festen Markbeträge, welche bisher diese Grenzen darstellten, stets sofort überholt sind, sind die Wertgrenzen jetzt im Anschluß an die Neuregelung des Gebührenwesens beweglich gestaltet worden. Die Verordnung setzt Grundzahlen fest, welche in jeder Woche mit der Teuerungszahl, die in der vorangegangenen Kalenderwoche vom statistischen Reichsamt veröffentlicht worden ist, vervielfältigt werden. Auf diese Weise ergibt sich in jeder Kalenderwoche automatisch eine neue Wertgrenze für die Zuständigkeit des Amtsgerichts sowie für die Zulässigkeit der Berufung und der Revision. Die Grundzahl für die Zuständigkeit des Amtsgerichts beträgt 250 M. mal Teuerungszahl. Die Berufungsgrenze ist 50 mal Teuerungszahl; die Revisionsgrenze 1500 mal Teuerungszahl.

So zweckmäßig diese unstarre Regelung an sich ist, so schwere Bedenken löst die Regelung der Frage aus, welcher Zeitpunkt für die Teuerungszahl im einzelnen Falle maßgebend ist. In dieser Hinsicht bestimmt die Verordnung, daß bezüglich der Zuständigkeit des Amtsgerichts die Teuerungszahl im Zeitpunkt der Einreichung der Klage maßgebend ist. Nun bestimmt aber § 4 der Zivilprozeßordnung, daß für die Wertberechnung der Zeitpunkt der Erhebung der Klage entscheidend ist. Erhoben ist die Klage aber erst, wenn sie dem Beklagten zugestellt ist, nicht schon durch die Einreichung bei Gericht. Zwischen Einreichung und Zustellung liegen häufig mehrere Wochen, da die Terminsbestimmung erst erfolgt, nachdem der Kläger den Gerichtskostenvorschuß eingezahlt hat, und die Berechnung, Einforderung und Zahlung des Vorschusses erfahrungsgemäß lange Zeit in Anspruch nimmt. Es ergibt sich also folgender Zwiespalt: ob der Streitgegenstand die Zuständigkeitsgrenze des Amtsgerichts übersteigt, richtet sich gemäß §§ 2, 4 ZPO. nach dem Zeitpunkte der Zustellung der Klage. Bis zu welchem Betrage aber das Amtsgericht zuständig ist, ist nach einem früheren Zeitpunkt, nämlich dem der Einreichung der Klage, zu berechnen. Bei weichendem Geldwert wird in dem späteren Zeitpunkt sehr oft die Wertgrenze überschritten sein, während sie bei Einreichung der Klage noch nicht erreicht war. Die beim Amtsgericht eingereichte Klage ist dann an das Landgericht zu verweisen, wodurch ein schädlicher Zeitverlust entsteht.

Noch bedenklicher ist die Regelung hinsichtlich der Berufungs- und Revisionsgrenzen. Hier entscheidet die Teuerungszahl zur Zeit der Einlegung des Rechtsmittels. Man stelle sich vor, daß die neue Verordnung schon seit zwei Wochen in Kraft wäre. Es sei ein Urteil auf Zahlung von 200 Milliarden Mark ergangen, das am 29. Oktober zugestellt ist. Die maßgebende Teuerungszahl betrug damals 3045 Millionen; Berufung war also zulässig bei einem Streitwert von über 152 250 Millionen Mark. Danach konnte in der vorigen Woche Berufung eingelegt werden; in der gegenwärtigen Woche hingegen gilt eine Teuerungszahl von 13 671 Millionen. Wird die Berufung also in dieser Woche eingelegt, so ist sie nur zulässig, falls das Objekt den Betrag von 683 530 Millionen Mark übersteigt. Bei dem erwähnten Objekt von 200 Milliarden Mark wäre also die in dieser Woche eingelegte Berufung unzulässig. Die Folge ist, daß bei den an der Grenze befindlichen Objekten die Berufungsfrist, die nach dem Gesetz einen Monat seit der Zustellung des Urteils beträgt, unter Umständen auf eine Woche oder auf wenige Tage beschränkt wird. Eine solche Regelung ist unbedingt abzulehnen, da sie die berechtigten Interessen der Prozeßparteien auf das schwerste verletzt und eine unerträgliche Rechtsunsicherheit begründet. Ob ein Rechtsmittel zulässig ist, darf sich nicht nach dem zufälligen Umstand richten, ob die Berufung innerhalb der gesetzlichen Frist an einem früheren oder späteren Tage eingelegt wird.

Noch größer wird die Verwirrung, wenn das Urteil auf Zahlung einer fremden Valuta oder — was immer häufiger vorkommt — auf Zahlung von Goldmark lautet. In diesem Falle wird die Einlegung des Rechtsmittels zu einer richtigen Valutaspekulation. Man setze wieder den Fall, daß die neue Verordnung schon seit einigen Wochen in Kraft wäre. Am 29. Oktober soll ein Urteil zugestellt sein, das auf Zahlung von 8 Goldmark lautete. Die Goldmark notierte am 29. und 30. Oktober auf rund 15,5 Milliarden Mark; das Objekt betrug also 124 Milliarden Mark. Die Berufungsgrenze in der vorigen Woche betrug 152 Milliarden 250 Millionen Mark. Wäre also am 30. Oktober Berufung eingelegt worden, so wäre sie unzulässig gewesen. Dasselbe galt auch noch für den 31. Oktober, als die Goldmark auf rund 17 Milliarden stand. Dagegen ist die Berufung zulässig, wenn sie in der Zeit vom 1. bis 3. November eingelegt wurde. Würde es nun, was bereits mehrfach der Fall war, der Regierung gelingen, den Dollarkurs in der laufenden Woche wieder — etwa auf 320 Milliarden Mark — herabzudrücken, so würde eine alsdann eingelegte Berufung wieder unzulässig sein, da in der gegenwärtigen Woche der Index von 13 671 Millionen Mark gilt, die Berufungsgrenze also 683 550 Millionen Mark beträgt, während 8 Goldmark nur knapp 640 Milliarden Mark ergeben würden.

Andere Schwierigkeiten ergeben sich wieder, wenn das Urteil auf Herausgabe oder Lieferung von Sachen lautet. In diesem Falle wird der Streitwert bei der Erlassung des erstinstanzlichen Urteils oder bei anderwertiger Beendigung der Instanz festgesetzt. Zwischen diesem Zeitpunkt und der Einlegung der Berufung werden oft mehrere Wochen verstreichen. Es entsteht dann der Zweifel, ob der Streitwert im Zeitpunkt der Einlegung des Rechtsmittels die Berufungsgrenze übersteigt oder nicht. Vielfach wird der Wert der eingeklagten Waren in gleichem Verhältnis steigen wie die Reichsindexzahl; das ist aber keineswegs allgemein der Fall. Auch hier also Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Unzulässige Berufungen bedeuten allemal einen unnützen Aufwand an Arbeitskraft für Gerichte, Rechtsanwälte und Parteien. Ein derartige Verschwendung sollten wir uns in dieser Zeit wahrlich nicht gestatten dürfen.

Schließlich bestimmt die Verordnung noch für die Wertgrenze, bis zu der eine Zwangsvollstreckung ohne vorgängige Sicherheitsleistung erfolgen kann, eine Grundzahl von 250 mal Teuerungszahl. In diesem Falle ist die Teuerungszahl zur Zeit der Verkündung der Entscheidung maßgebend. Diese Regelung, die hinsichtlich der Rechtsmittel richtig gewesen wäre, ist bezüglich der Vollstreckungsgrenze zweifelhaft. Sie setzt für die praktische Handhabung voraus, daß das Gericht jedesmal bei Verkündung des Urteils den Streitwert festsetzt, was bisher keineswegs immer der Fall war.

Eine schleunige Aenderung dieser Verordnung muß im Interesse der Rechtssicherheit entschieden gefordert werden.

Entscheidungen oberster Gerichte.

Rücktritt wegen veränderter Umstände beim Werklieferungsvertrag / Geltungsbereich der Steuerordnungen von Alt-Berlin / Erholungsurlaub nicht als Werbungskosten abzugsfähig.

Eine Maschinenfabrik hatte im Sommer 1914 sich zur Lieferung von eisernen Rohren verpflichtet. Mit Ausbruch des Krieges wurde ein Teil der Lieferung zurückgestellt. Im August 1918 wurde sie auf Lieferung zum ursprünglichen Vertragspreis verklagt, während sie nur dann liefern wollte, wenn die Preise wesentlich erhöht würden. Es war festgestellt, daß die Steigerung der Löhne nicht so bedeutend war, daß sich die Fabrik von der Vertragserfüllung befreien konnte. Die Rohstoffe waren bei Beginn der Arbeiten zwar angeschafft gewesen, die Fabrik hatte sie aber zum großen Teil später entweder unmittelbar für Heereszwecke oder doch für andere kriegswichtige Zwecke verwendet. Dieser Umstand führt nach der Auffassung des Reichsgerichts dahin, daß der Fabrik die Lieferung zum alten Preis nicht mehr zugemutet werden könnte. Sie sei keinesfalls nach Treu und Glauben verpflichtet gewesen, die anfänglich für den Auftrag der Bestellerin angeschafften Bleche während der ganzen Dauer des Krieges für jenen Auftrag vorrätig zu halten, vielmehr war es ihr, wie ganz unzweifelhaft vom Stand des strengen Rechtes aus, so auch unter dem Gesichtspunkte der Vertragstreue und des guten Glaubens unbedenklich erlaubt, im Bedürfnisfalle auch zu anderen Zwecken auf diese Bestände zurückzugreifen.

Entsch. in Zivils., Bd. 106, S. 327. Urt. v. 27. 2. 1923, III 207/22.

*

Die Steuerordnungen der Stadt Berlin, wie sie vor der Bildung von Groß-Berlin durch das Gesetz vom 27. April 1920 bestanden, werden nicht automatisch auf den ganzen Bereich der neuen Gemeinde ausgedehnt. Diesen Grundsatz hat das Preußische Oberverwaltungsgericht in einer Entscheidung vom 15. Mai 1923 in einer Zuwachssteuerangelegenheit entwickelt. Ein Grundstück war in dem Bereich einer früheren Gemeinde, die keine Steuerordnung, nach der zur Reichszuwachssteuer ein kommunaler Zuschlag tritt, gehabt hatte, veräußert worden. Die Steuerbehörde verlangte den Zuschlag mit Rücksicht darauf, daß in der alten Stadtgemeinde Berlin eine derartige Steuerordnung bestanden hätte, weil die Gültigkeit dieser Steuerordnung sich nunmehr auf den ganzen Bereich von Groß-Berlin erstrecke. Das hat das Oberverwaltungsgericht als unzutreffend bezeichnet. Es führt u. a. aus: Im § 54 des Eingemeindungsgesetzes ist u. a. gesagt, daß die in den bisherigen Gemeinden geltenden Ordnungen über indirekte oder direkte Steuern bis zur anderweitigen Regelung in Kraft bleiben. Hieraus ist nicht zu folgern, daß in den Bezirken derjenigen ehemaligen Gemeinden, wo keine Steuerordnungen bestanden, diejenigen von Alt-Berlin in Kraft treten sollen. Wenn der Gesetzgeber die Ausdehnung der Steuerordnungen gewollt hätte, so würde er sie nicht auf die Bezirke beschränkt, sondern auch die übrigen Bezirke einbezogen haben. Der § 54 ist somit so zu verstehen, daß eine Ausdehnung der Alt-Berliner Steuerordnungen auf die anderen Bezirke der neuen Gemeinde überhaupt nicht stattfinden sollte.

Preuss. Verw.-Bl., Bd. 45, S. 14.

Der Reichsfinanzhof hat sich in einer neueren Entscheidung mit der Frage beschäftigt, ob die Kosten eines zur Erhaltung der beruflichen Leistungsfähigkeit notwendigen Erholungsurlaubs als Werbungskosten gemäß § 13 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes vom Einkommen abgezogen werden können. Er hat diese Frage verneint und sich dafür auf § 15 des Einkommensteuergesetzes berufen. Hier sind eine Reihe von Ausgaben beispielsweise bezeichnet, die nicht als Werbungskosten in Abzug gebracht werden dürfen, so nach Ziffer 3 die zur Bestreitung des Haushalts aufgewendeten Beträge. Schon mit dem Grundgedanken dieser Vorschrift wäre es unvereinbar, Kosten einer Erholungsreise oder deren Mehrbetrag gegenüber den Kosten des gewöhnlichen Lebensaufwandes abzuziehen. Sie sind vielmehr ebenso zu behandeln wie die Kosten des Haushaltes, da es sich um Aufwendungen handelt, die für die Fortführung des täglichen Lebens gemacht werden.

VI e A. 73/23.

Aus dem Mietrecht.

I.

Mieterschutz für Geschäftsräume.

Die nachstehenden Ausführungen ergänzen den Artikel derselben Verfasser über „Die neue Aufhebungsklage" in Nr. 25 von „Recht und Leben".

Bekanntlich hat die Preuß. Vdg. v. 4. 8. 23 gewerbliche Räume in Geschäfts- und Industriehäusern vom Reichsmietengesetz ausgenommen. Die Bemühungen der betroffenen Mieter, diese Verordnung mit ihren weittragenden Folgen wieder zur Aufhebung zu bringen oder zu mildern, haben bisher keinen Erfolg gehabt; die Mieter solcher Häuser werden sich daher bis auf weiteres damit abfinden müssen, wesentlich höhere Mieten als unter dem Reichsmietengesetz zu zahlen, da die Vermieter mindestens eine den gestiegenen Unkosten entsprechende Aufwertung verlangen können.

Die Herausnahme der Geschäftshäuser aus dem Reichsmietengesetz betrifft natürlich nur die Höhe der zu zahlenden Miete, ist aber ohne Einfluß auf die auch für Geschäftsräume nach wie vor in Geltung gebliebene Zwangswirtschaft, sowohl für die Beschlagnahme wie für den Mieterschutz.

Grundsätzlich genießt der Mieter von Geschäftsräumen denselben Schutz wie jeder andere Mieter, d. h. sein Vertragsverhältnis kann gegen seinen Willen nur aus ganz bestimmten Gründen durch gerichtliches Urteil aufgehoben werden. Jedoch gelten einige Besonderheiten:

U. U. kann der Vermieter mit seiner Aufhebungsklage durchdringen, wenn er die Räume dringender für sich selbst braucht als der Mieter, vorausgesetzt, daß die Vorenthaltung eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter darstellen würde. Der Schutz des gewerblichen Mieters geht weiter. Hat er nämlich nur die eine Betriebsstätte, während der Vermieter mehrere Zweigstellen am Orte besitzt und sich nur ausdehnen will, so hat das Gericht diesen Umstand zugunsten des Mieters zu berücksichtigen. Soll der Mieter trotzdem räumen, so kann gegen ihn nur dann vollstreckt werden, wenn ihm ein Ersatzraum zur Verfügung gestellt wird, der auf seine Geschäftsbedürfnisse in angemessener Weise Rücksicht nimmt. Was angemessen ist, ist nach Lage des Einzelfalles zu entscheiden. Dabei wird neben der Größe, Lage und Ausstattung der Ersatzräume auch zu beachten sein, ob eine etwa erforderliche polizeiliche Genehmigung (z. B. Schankerlaubnis) auch für die neuen Räume erteilt wird. Berechtigte Interessen des Mieters werden nicht unbeachtet bleiben dürfen (erheblich schlechtere Verkehrslage, Nachbarschaft mehrerer Konkurrenzunternehmen), andererseits müssen in heutiger Zeit gewisse Nachteile auch in Kauf genommen werden. Die Entscheidung hierüber steht dem Mieteinigungsamt, nicht dem Prozeßgericht, zu.

Besondere Bestimmungen gelten auch beim Tode des Geschäftsinhabers. Hier wird dem Hauswirt das Kündigungsrecht, das ihm nach dem BGB. zusteht und auch durch das Mieterschutzgesetz nicht beseitigt ist, versagt, wenn der Erbe das Geschäft fortführt. Gleichgültig ist, ob der Erbe der Familie des Verstorbenen angehört, wie dies bei anderen Räumen von Bedeutung ist. Der Mietvertrag muß sich aber ausschließlich auf Geschäftsräume beziehen; gehören auch Wohnräume dazu, so verbleibt es bei der allgemeinen Regelung, wie sie beim Tode des Mieters gilt. Dem Erben steht immer ein Kündigungsrecht zu.

Zur Weitervermietung der Geschäftsräume bedarf es nach wie vor der Genehmigung des Hauseigentümers. Während diese Erlaubnis, wenn sie grundlos verweigert wurde, bis 1. 10. 1923 durch das Mieteinigungsamt ersetzt werden konnte, ist dies jetzt nicht mehr möglich. Durch diese Regelu[ng] [illegible] der Handel mit Geschäftsräumen, der sich vielfach als Mißbrauch zum Nachteil des Hauswirts herausgebildet hatte, vereitelt werden. Andererseits besteht die Gefahr, daß die jetzt nicht mehr zu ersetzende Erlaubnis des Vermieters den Verkauf eines Geschäfts durch maßlose Forderungen vielleicht unmöglich macht.

Geringer ist der Mieterschutz für einen Geschäftsinhaber, der vor dem 1. Januar 1914 im Ausland seinen Wohnsitz hatte. Hier kann der Vermieter die Aufhebung des Mietverhältnisses schon dann erlangen, wenn er ein begründetes Interesse an der Räumung nachweisen kann. Solche Mieter haben auch keinen Anspruch auf Ersatz der Umzugskosten und Beschaffung von Ersatzräumen.

Dr. Julius Nussbaum und Heinrich Prinz,
Rechtsanwälte am Kammergericht.

II.

Landgericht I. die Berliner Beschwerdestelle.

Die Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidungen der Mietseinigungsämter ist bei der Zivilkammer desjenigen Landgerichts einzulegen, in dessen Bezirk das Mietseinigungsamt, dessen Entscheidung mit der Beschwerde angegriffen wird, seinen Sitz hat. Da die in Berlin bei den einzelnen Bezirksämtern errichteten Mietseinigungsämter ihre Sitze in den Bezirken aller drei Berliner Landgerichte haben, tauchte die Rechtsfrage auf, ob die Mietseinigungsämter bei den Bezirksämtern selbständige Mietseinigungsämter sind oder lediglich Abteilungen eines einheitlichen Berliner Einigungsamtes für die einzelnen Verwaltungsbezirke. Der preußische Justizminister hat durch Schreiben vom 2. Oktober 1923 — I. 13552 — sich zu dieser Frage wie folgt geäußert:

„Da für die Stadtgemeinde Berlin ein einheitliches Einigungsamt mit verschiedenen Abteilungen für die einzelnen Verwaltungsbezirke gebildet ist und die Dienststelle des Mietseinigungsamtes sich im Stadthause in der Parochialstraße befindet, das Mietseinigungsamt also seinen Sitz im Bezirke des Landgerichts I Berlin hat, so folgt daraus nach dem Gesetz (§ 43 des Reichsgesetzes über Mieterschutz und Mietseinigungsämter; § 13 der Ausführungsverordnung vom 15. August 1923) ohne weiteres, daß das Landgericht I Berlin Beschwerdestelle für sämtliche Abteilungen des Mietseinigungsamtes Berlin ist. Einer besonderen Bestimmung hierüber bedarf es nicht."

Diese Auffassung des Justizministeriums verdient deshalb besondere Berücksichtigung, weil nach § 41 des Mieterschutzgesetzes die Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidung des Mietseinigungsamtes innerhalb der Notfrist von zwei Wochen eingelegt werden muß. Die Einreichung der Beschwerde bei einem unzuständigen Gericht birgt somit die Gefahr des Ablaufs der gesetzlichen Notfrist in sich.

Rechtsanwalt Dr. Karl Schönberg.

Dem Landgericht I Berlin ist das Kammergericht noch insofern übergeordnet, als es gemäß der Verordnung des preußischen Justizministers vom 22. Oktober 1923 zur Fällung eines „Rechtsentscheids" in solchen Fragen berufen ist, in denen entweder widersprechende Entscheidungen verschiedener Landgerichte vorliegen oder eine grundsätzliche Entscheidung noch fehlt

Juristische Veranstaltungen.

Juristische Gesellschaft. Sonnabend, den 10. November, abends 8 Uhr, im Oberverwaltungsgericht, Rechtsanwalt Dr. Grau: Richterspruch oder Gesetzgebung zur Anpassung des Privatrechts an die veränderten Verhältnisse.

Justizpersonalien.

Den Amtssitz angewiesen: Not. Basch i. Bz. d. A.-G. Charl.
In der Liste der R.-A. gelöscht: R.-A. Dr. Amberg, Hundhausen, Dr. Ldwg. Lange, Dr. Salis b. L.-G. I, II, III.
Eingetragen sind: R.-A. Dr. Wasser, bish. b. L.-G. I, II, III, jetzt b. K.-G.; die G.-Ass. Dr. Loevy, Dr. Schocken b. K.-G.
Zu G.-Ass. sind ernannt: Ref. Dr. Erich Cußler i. Bz. d. K.-G.
Aus dem Justizdienst geschieden: G.-Ass. Zitzlaff b. Uebern. i. Ru[hest.]

(Just.-Min.-Bl. [illegible])

Warenmärkte.

** Mit Sonderberichterstattung aus London.*

Produkte.

Hamburg, 7. November. Getreide. Angebot vermehrt, so daß einige Abschlüsse perfekt wurden. Weizen 2,25—2,50, Hafer 2,00—2,10, Roggen 2,20—2,30, Gerste ohne Angebot, Auslandsgerste loko 2,40—2,50, Mais loko 2,40—2,50 frei Kaiwaggon alles in Dollargoldanleihe. Oelkuchen ruhig bei unveränderten Preisen.

Kolonialwaren.

Hamburg, 7. November. Kaffee. Durch wesentlich erhöhte Forderungen Brasiliens c. u. fr. Geschäft vollständig unterbunden. Unter der Hand Käufe wesentlich unter Brasilparität, und zwar sup. etwa zu 69 sh. Cifgeschäft in verzollter Ware sehr ruhig. Preise unverändert. — Kakao: Unverändert. Angebot von den Produktionsmärkten ruhig. Am Lokomarkte leicht gebessertes Bedarfsgeschäft. Preise kaum behauptet. Kakaobutter Import und Export unverändert. Kakaomasse 50 Pfd. Sterl., Kakaopulver 64 Pfd. Sterl., Couverture 58 Pfd. Sterl. per 1000 Kg. Tendenz weiter fest. — Reis: Für loko Burmah regere Nachfrage bei knappem Angebot. Preise erhöht. Loko Burmah 14 sh. 9 d., andere Qualitäten unverändert. — Auslandszucker: Ruhig und behauptet. Tschech. Feinkorn loko 24 sh. 4½ d., November 24 sh. 4½ d., Dezember 24 sh. 6 d., tschech. Cubes 28 sh. 5 d., Tabletten 26 sh. 4½ d.

* **London,** 7. November. Zucker 25,3.

Oele und Fettwaren.

Berlin, 7. November. Fettwaren. Butter. Auch die Butternotierungskommission sah sich endlich gezwungen, die Preise in Goldmark festzusetzen, um eine größere Stetigkeit der Preise zu erzielen. Die Notierung wurde erstmalig am Dienstag auf Goldmark gestellt und findet in Zukunft nicht täglich, sondern dreimal in der Woche statt. Die Marktlage ist unverändert fest bei lebhafter Nachfrage. Die Zufuhren nahmen eine Kleinigkeit zu. Die amtlich festgesetzten Preise des Verkehrs zwischen Erzeuger und Großhandel — Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten — waren für Ia Qualität am 5. November 130 Milliarden, am 6. November 1,30 Goldmark.

Hamburg, 7. November. Oele. Geschäftslos. Leinöl 49½ Gulden, Rüböl 42 Pfd. Sterl. 10 sh., Palmkernöl 41 Pfd. Sterl. 10 sh., Kokosöl 54¼ Gulden. — Schmalz: Unverändert. Amerik. Steamlard 33¾ Doll., raff. in Tierces div. Standardmarken (Purelard) 45¼ bis 35½, Drittelsonnen 36¼ Doll.

Vieh.

Berlin, 7. November. Schlachtvieh. Auftrieb: Rinder 875, Bullen 161, Ochsen 297, Kühe und Färsen 417, Kälber 550, Schafe 2045, Schweine 1390, Ziegen 18 (Preis 25—30 Milliarden je Pfund) Auslandschweine. — Tendenz: In allen Gattungen glatt. Für Holsteiner Rinder wurden erheblich höhere Preise bewilligt. Es wurde nur nach Papiermark gehandelt und bezahlt. Bei Schweinen wurden Richtpreise festgesetzt. — Ochsen: Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, 80—90. Bullen: Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, 75—80. Färsen und Kühe: Vollfleischige, ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes, do. Kühe, höchsten Schlachtwertes, 75—90. Kälber: Feinste Mastkälber 100—110. Schafe: Mastlämmer und jüngere Mastlämmer 70—80. Schweine: Vollfleischige, 240—300 Pfd. Lebendgewicht, do. 200—240, do. 160—200 55.

Textilien.

Bremen, 7. November. Baumwolle 35,83 Dollarcents.

Alexandrien, 7. November. Aegyptische Baumwolle. (Telegramm der Firma Coury & Co. Nachf. von Schmidt & Co., Alexandrien, Generalvertreter Emil Lenke-Bremen.) Schlußpreise: Sakellaridis per Jan. 39,75, März 40,15, Sept. 37,70, Febr. 37,65.

* **Liverpool,** 7. November. Baumwolle 2010—2025. — Aegypt. Baumwolle 1911.

Manchester, 6. November. Garne und Tuche. Die festen Preise hindern die Ausführung von Geschäften.

Leder und Häute.

Köln, 7. November. Häute und Leder. Infolge der anhaltend ungeklärten Lage wurden Preise für Häute und Felle nicht festgesetzt. Auch am Ledermarkt konnten angesichts der verworrenen Lage Richtpreise nicht ermittelt werden.

Gummi.

* **London,** 7. November. Gummi 1,1⅜.

Metalle.

* **Glasgow,** 7. November. Eisen 5¹/₁₆.

Amerikanisch-schweizerischer Außenhandel. Die schweizerische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten belief sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 100,2 Millionen Franken, gegen 115 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders bedeutend ist der Ausfall des Exports in dem St. Galler Konsularbezirk von 48,4 auf 29,2 Millionen Franken infolge des fast völligen Aufhörens der Stickereiausfuhr nach den Vereinigten Staaten.

Die heutigen Finanzanzeigen der „Vossischen Zeitung". Elektrizitätswerke Schlesien, Breslau (Umtausch von Teilschuldverschreibungen). — Koks-Einkaufsvereinigung e. G. m. b. H. i. Liqu., Charlottenburg (Bilanz). — Deutsche Länderbank A.-G., Berlin (Gold-Spareinlagen).

Amtliche Kurse der Berliner Börse vom 7. November 1923

Notierungen der festverzinslichen deutschen Werte in Milliarden Prozent, der ausländischen festverzinslichen und der Aktienwerte in Billionen Prozent.

Fortlaufende amtl. Notierungen.

Festvrz. Werte			Einh.-Kurse heute	vor.
Dt. Doll. Sch.			— G	— G
Dt. Schatz 16 IV-V	4½		—	—
do. 6-9 Agio	4½		—	—
do. fällig 24	4½		—	—
Dt. Reichs-A.	5		30	10
do.	4		—	— G
do.	3½	70-90	90	60
do.	3		—	G
Pr. Schatz 17-18			—	— G
Pr. Schatz 24	5		—	—
do. 1.5.25	5		—	—
do. ausl.	4		—	—
do. Hibernia	4½		—	—
Pr. kons. Anl.	4		—	70
do.	3½	120-100	100	80
do.	3		—	—
Bayer. St.-A.	4		— G	— G
do.	3½		— G	— G
In Billionen Prozent				
Mazed. Gold	3		10	10
Mexik. Anl.	5		105	— G
do.	4		—	—
Mexik. Bew.	4½		—	—
Oest. Sch. 14	4½	0,9-0,8-0,95	0,8	2,5
- am. Eis.-A.	4½	0,4-0,3-0,35	0,3	0,57
Oest. Gold-R.	4	2,5	2,5	5
Oestr. Kr.-R.	4	0,7-0,9-0,8	0,9	0,7
do. knv. J.J.	4	0,47-0,45	0,45	0,52
do. knv. M.N.	4		0,6	0,8
do. Silber	4⅕	0,62-0,7	0,7	0,62
do. Papier	4⅕	0,6	0,6	—

Türk. B.-E.	4	32,5-26
do.	4	27,5-22,75-23
Türk unf 06	4	
Trk. Zoll-Anl.	4	27,5-19-25-23
Türk. 400 F.	—	
Ung. St. R. 13	4	3,75-2,25-3
Ung. St. R. 14	4½	3,5-2,5-3
do. G.-R.	4	3,75-2-3,8
do. StR. 10	4	6-4,25-5,5
do. Kr.-R.	4	0,5-0,35-0,45
Lissb. St. I, II		
Anat. E. S. 1	4½	
do. 2	4½	
Lomb.-O. 2.6	—	15-11,75
Lomb. neue	—	
Tehuant.-N.	5	
do.	4½	
Franzosen	—	
Baltimore	—	90-70
Canada Abl.	—	32-20
Schantung	—	3,5-4,5-3,5
Dt. Austr. D.	560	
Hbg.-Am. P.	30	45-30-32
Hb.-Südam.	330	49-53-38
Hansa	50	20-10
Kosmos	240	
Nordd. Lloyd	30	12-8,1
Roland Linie	65	15-14-18
Verein. Elbe	150	7-4,5-8-5,8
Elekt. Hochb.	40	7,75-6,1
Bank el. W.	25	10,5-6-7
B. f. Brauind.	50	1,2-0,7-0,75
Barm. Bankv.	150	6,5-4-6,75-5
Bay. H.- u. W.	150	6-4,5
Bayr. V.-Bk.	200	3-4

Amtliche Notierungen ausländ. Geldsorten u. Banknoten.

Geldsorten u. Banknoten	In 1000000 Mk. 7. 11. Geld	Brief	In 1000000 Mk. 6. 11. Geld	Brief
Amerik. Bankn. 1000-5 $	628425	631575	418950	421050
" " 2 und 1 $	628425	631575	418950	421050
Belgische Banknoten	30923	31077	20948	21052
Dänische "	107730	108270	73017	73383
Englische " große	2793000	2807000	1895250	1904750
do. Abschn. z. 1 Lst. u. dar.	2793000	2807000	1895250	1904750
Finnische Banknoten	16953	17047	11372	11428
Französische "	35910	36090	24339	24461
Holländische "	243390	244610	164588	165412
Italienische "	27930	28070	18953	19047
Jugoslawische "	7382	7418	4938	4962
Norwegische "	93765	94235	63441	63759
Oesterreich. "	8,978	9,022	5,985	6,015
Rumänische "	4489	4511	3491	3509
Schwedische "	165585	166415	112119	112681
Schweizer "	111720	112280	75411	75789
Spanische "	83790	84210	56459	56741
Tschecho-slow. Staatsn.	18354	18446	12469	12531
Bulgarische Banknoten	33,915	34,085	23,940	24,060

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau.

Nr. 529 / 2. Beilage — Donnerstag, 8. November, morgens

Gesprengte Häuteauktion.

Polizeiliche Räumung des Versteigerungslokals.

Zu außerordentlich peinlichen Vorfällen kam es gelegentlich der gestrigen Groß-Berliner Häute-Auktion, die, wie üblich, von der Häuteverwertungs-Genossenschaft veranstaltet wurde. Nachdem sich am Abend vorher die Beteiligten über die Zahlungsbedingungen — bislang den bedeutendsten Streitpunkt bei den Auktionen — geeinigt hatten, konnte man annehmen, daß die Auktion diesmal in friedlichen Formen vor sich gehen würde. Leider war dies aber nicht der Fall. Diesmal bildeten im Gegensatz zu früheren Versteigerungen nicht die Zahlungsbedingungen, sondern die zu bietenden Preise den Zankapfel zwischen den Veranstaltern und den Käufern.

Gleich zu Beginn der Auktion stellte sich heraus, daß die von einzelnen Interessenten gebotenen Preise weit über das Maß dessen hinausgingen, was die Mehrzahl der Käufer für richtig und angemessen hielt. Während man auf Basis des derzeitigen Devisenstandes und unter Berücksichtigung aller sonstigen für die Preisbildung maßgebenden Faktoren einen Preis bis zu 1,20 M. je Pfund Rohhaut für tragbar hielt, wurden Preise geboten, die das Vielfache dieses Satzes darstellten, so daß sich die Bietungen in den meisten Fällen auf 5, 6 ja auf 8 Mark stellten. Hiergegen erhob die Mehrzahl der Häutekäufer sehr lebhaften Einspruch, der von der Leitung der Auktion in vielleicht noch erregterer Weise zurückgewiesen wurde. Die Folge davon war, daß die Anregung ausgegeben wurde, kein Gebot mehr abzugeben und Auktion zu boykottieren.

Die Szenen, die sich nun abspielten, waren derart, wie man sie bisher bei uns erfreulicherweise auf einer wirtschaftlichen Veranstaltung kaum je erlebt hat. Der Leiter der Auktion ließ sich leider zu recht geschmacklosen Schimpfereien hinreißen, die von einem großen Teil der Käufer mit Recht als schwere Beleidigungen empfunden wurden. So konnten Schimpfworte auch auf der Gegenseite nicht ausbleiben, so daß bald ein allgemeiner Tumult im Gange war. Es wurde angeregt, eine Sistierung der Auktion herbeizuführen, ein Vorschlag, der aber von der Auktionsleitung abgelehnt wurde. Statt dessen wurde von dieser als Ausüberin des Hausrechts in dem Auktionslokal die Schutzpolizei herbeigerufen, die zur Räumung des Versammlungslokales schritt. Als nach diesem Vorfall die Auktion wieder eröffnet werden sollte, waren nur noch wenige Interessenten anwesend, die kaum mehr Gebote abgaben.

Die Käufer hatten sich inzwischen mit der Wucherpolizei in Verbindung gesetzt, die einen Sachverständigen vernahm; dieser äußerte sich in dem eingangs erwähnten Sinne. Ob aber von der Wucherpolizei irgendwelche Schritte in der Angelegenheit erfolgen, ist bei der ganzen Sachlage kaum anzunehmen.

*

Mit diesen Vorfällen beschäftigte sich nachmittags eine sofort einberufene Versammlung, die die Vereinigten Verbände der Käufer für deutsche Häute und Felle — das sind der Reichsverband des Vereinigten deutschen Häute- und Fellhandels und der Verband der Zahmhäute- und Fellegerber — einberufen hatten. In dieser wurde zunächst das beleidigende Verhalten des Veranstalters der Auktion energisch gerügt und mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Wichtiger noch war die Stellungnahme der Versammlung zu einer Fortsetzung der Auktionen überhaupt.

Völlige Einigkeit war bei der Verschiedenartigkeit der Interessen der einzelnen Gruppen naturgemäß nicht herbeizuführen. Indessen verfiel ein Antrag auf Boykott der Auktion auf unbestimmte Zeit der Ablehnung. Seitens der verarbeitenden Industrien wurde darauf hingewiesen, daß ein derartiger Beschluß das Ende der Auktion überhaupt bedeuten könnte. Namentlich in den Kreisen der Gerbereien waren sehr gewichtige Stimmen dafür vorhanden, daß eine Fortsetzung der Auktion doch auch bedeutende Vorteile für sich habe. So ist lediglich dem System des auktionsweisen Verkaufs zu danken, daß die pflegliche Behandlung des Häuteanfalls in Deutschland wesentliche Fortschritte gemacht hat. Daß die Qualität der Häute und Felle bei freihändigem Verkauf auf das äußerste leiden würde, wäre zu befürchten.

Auf der anderen Seite wiesen einzelne Vertreter des Handels darauf hin, daß jede Auktion schon in sich eine preistreibende Wirkung ausüben müsse, was psychologisch sehr leicht zu erklären sei. Fälle, wie die am Vormittag erlebten, bilden geradezu eine Provokation der Bevölkerung, die schon heute nicht in der Lage ist, die aus Basis der normalen Häute- und Lederpreise notwendigen Preise für Schuhzeug zu bezahlen. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung wurde erklärt, daß derartige Preistreibereien, wie sie am Vormittag zu verzeichnen waren, fast noch ein schlimmeres Verbrechen darstellten, als die Plünderungen von Läden durch verzweifelte Menschenmengen. Es wurde die Forderung erhoben, die Auktionen zum mindesten so lange auszusetzen, als die Stützungsaktion der Reichsbank für die Papiermark andauere. Denn bei Fortsetzung der Auktionen sei nicht zu verhindern, daß Gerbereien mit großen ausländischen Beziehungen Preise für Häute und Felle anlegten, die nicht den amtlichen Berliner Devisenkursen, sondern der Bewertung der deutschen Mark im Auslande entsprechen.

Da, wie gesagt, eine Einigkeit zwischen den Interessenten, in der Hauptsache also zwischen der Industrie, die sich mehr für Beibehaltung der Auktion aussprach, und dem Häutehandel, der zum großen Teil diese nicht ungern verschwinden sehen würde, nicht zu erzielen war, wurde beschlossen, daß sich die beiden in Frage kommenden Verbände sofort mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigen und zu der Frage definitiv Stellung nehmen sollen. Spätestens in einer Woche werden dann die Vorstände der beiden Verbände wieder zusammentreten und endgültige Beschlüsse fassen.

*

Die Frage der Auktionen beschäftigt nun schon eine ganze Reihe von Monaten die Oeffentlichkeit. Die Differenzen zwischen den Veranstaltern und Käufern wollen nicht aufhören. Selbstverständlich ist die tiefere Ursache für alle diese fast auf jeder Auktion zutage tretenden Streitigkeiten die Unsicherheit in den Währungsverhältnissen. Sobald hierin Wandel geschafft ist, dürften auch die Auktionen wieder friedlicher vor sich gehen. Nachdem sich aber einmal die Oeffentlichkeit mit dem ganzen Fragenkomplex eingehender befaßt hat, erscheint es nicht mehr angebracht, die alleinige Entscheidung, ob Auktion oder freihändiger Verkauf im Häute- und Fellgeschäft vorzuziehen ist, den Interessentenkreisen zu überlassen. Hier spielen außerordentlich wichtige volkswirtschaftliche Interessen mit, von denen das gesamte Volk stark betroffen wird. So wenig man verlangen kann, daß etwa die Regierung durch einen Federstrich die Auktionen völlig untersagt, genau so muß man auf der anderen Seite fordern, daß über die künftige Gestaltung des Geschäftes auch objektive Beurteiler und nicht nur die interessierten Kreise zu entscheiden haben.

Die Neugestaltung der Vermögenssteuer.

Vorschläge des Reichswirtschaftsrats.

Der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschafterates hat zur Neugestaltung des Vermögenssteuergesetzes, soweit es sich um hauptsächliche Aenderungen handelt, vorgeschlagen:

1. Die Veranlagung nach dem Stichtag vom 31. 12. 22 nur für das Kalenderjahr 1922 gelten zu lassen, im übrigen aber eine neue Veranlagung auf Grund des Vermögensstandes vom 31. 12. 23 vorzunehmen. 2. Mit Rücksicht auf die stark schwankenden Wert- und Wirtschaftsverhältnisse jährliche Veranlagungen in Betracht zu ziehen. 3. Grundstücke und Betriebsvermögen ausschließlich nach dem gemeinen Wert zu bewerten. 4. Die Bewertung nach Goldmark vorzunehmen. 5. Im Gesetz Bewertungsrichtlinien festzusetzen, die die Geldentwertung sich anpassen, und Goldmarktarifsätze — in vollem gesetzlichen Betrag für natürliche, im Betrag der halben Sätze für juristische Personen einzuführen (Freigrenze 2000 Goldmark).

Diese speziellen Vorschläge sind mit dem ausdrücklichen Vorbehalt gemacht, daß es sich zunächst nur um ein Provisorium bis 31. 12. 25 handeln dürfe, und daß eine Gesamtlösung des Steuerproblems im Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Lage des Reichs geboten ist, um zu einer geordneten Finanzverwaltung zu kommen. Für die Geltung des Provisoriums erklärt der Ausschuß für unerläßlich: vor Erlaß der Ausführungsbestimmungen Anhören des Reichswirtschaftsrates, Aufstellung und Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen für die Goldbilanzierung; Steuerfreiheit der im Betriebsvermögen befindlichen Beträge; Besteuerung der Wertpapiere, welche aus laufenden Einnahmen mit der Absicht der Wiederveräußerung zur Erhaltung der Wertbeständigkeit zwecks Bestreitung der laufenden Ausgaben beschafft wurden; kein einheitlicher Bilanzstichtag; keine Doppelbesteuerung der Schachtelgesellschaften; Minderung der Bewertung, wenn bei Fälligkeit der Vermögenssteuer der gemeine Wert nachweislich unter den am Stichtag maßgebenden Wert gesunken ist sowie wenn ein Steuerpflichtiger nach dem 31. 12. 23 Vermögensstücke zur Bestreitung seines Unterhaltes verkauft hat; Berücksichtigung der Bedenken der Sachverständigen gegen die Wertermittlung für das Anlagevermögen nach dem gemeinen Wert bezw. Wiederanschaffungswert; vierteljährliche anstatt der im Entwurf vorgesehenen Jahreszahlungen; Erleichterungen hinsichtlich der Freigrenzen.

Durch Annahme des Antrages Irl. und Gen. hat der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats ferner der Forderung zugestimmt, daß in Fällen, in welchen die Existenz eines gewerblichen Unternehmens gefährdet erscheint, für diejenigen Arbeiten, für welche nachweisbar durch einen vor dem 1. 9. 23 abgeschlossenen Lieferungsvertrag ein Preis für herzustellende Arbeiten vereinbart war, die Betriebsabgabe erlassen bzw. erstattet wird. Im übrigen muß bei Stellung von Anträgen auf Stundung oder gänzlichen Erlaß der Abgabe der Nachweis geführt werden, daß dem Unternehmen in einer wirtschaftlich nicht zu verantwortenden Weise Betriebskapital entzogen und Betriebseinschränkung und Arbeiterentlassung vorgenommen werden müßte, falls die Abgabeverpflichtung aufrechterhalten bleibt.

Erneute Steigerung der Großhandelspreise. Die auf den Stichtag des 6. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt in Papiermark bei dem amtlichen Dollarkurs von 420 Milliarden Mark das 129-milliardenfache der Friedenspreise und ist gegenüber dem Stande vom 30. Oktober um 591,2 v. H. gestiegen. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 gleich 100) hat sich in der gleichen Zeit von 120,5 auf 129 oder um 7,1 v. H. gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel um 624,5 v. H. auf das 113,5milliardenfache; davon die Gruppen Getreide und Kartoffeln um 704,5 v. H., auf das 99,7 milliardenfache, die Industriestoffe um 550,8 v. H. auf das 157,8milliardenfache, davon die Gruppe Kohle und Eisen um 549 v. H. auf das 161,7milliardenfache, ferner die Einfuhrwaren um 560,6 vom Hundert auf das 155,8 milliardenfache und die Inlandswaren um 599,3 v. H. auf das 123,6 milliardenfache. Im Monatsdurchschnitt Oktober (unter Berücksichtigung aller während desMonats getätigtenPreisnotierungen) hat sich dasNiveau der Großhandelspreise in Papiermark um 29 525 v. H. auf das 7,1milliardenfache des Friedensstandes und in Goldmark (1913 = 100) von 101,7 im Durchschnitt September auf 117,9 oder um 15,9 v. H. im Durchschnitt Oktober gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen gleichzeitig die Lebensmittel um 33 014 vom Hundert auf das 5,4milliardenfache (90,3 Gold), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 34 174 v. H. auf das 4,1milliardenfache (68,9 Gold), die Industriestoffe um 26 710 vom Hundert auf das 10,8milliardenfache (169,5 Gold), davon die Gruppe Kohle und Eisen um 27 306 v. H. auf das 11milliardenfache (182,8 Gold), ferner die Einfuhrwaren um 28 263 v. H. auf das 9,3milliardenfache (153,8 Gold) und die Inlandswaren um 29 834 v. H. auf das 6,7milliardenfache (110,7 Gold).

Der Goldumrechnungssaatz für Reichssteuern am 8. November 1923 beträgt 150 Milliarden.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 7. November. (W. T. B.) Tägliches Geld 5 pCt. (Vortag: 5 pCt.). — Wechsel auf London (Cable Transf.) 4,44,75 (4,46,50), do. (60 Tage) 4,41,75 (4,43,50), do. Paris 5,70 (5,79), do. Amsterdam 38.57 (38,64), do. Kopenhagen 17,04 (17,01), do. Prad 2,91 (2,92), do. **Berlin (Schlußkurs) Geld, Brief** bzw. höchster und niedrigster Kurs bez. nominell (Vortag: nominell). — Silber, ausländisches 63⅜ (63⅜). — Kaffee loko 11 1/16 (11), Dez. 9,05 (9,15), März 8,27 (8,39), Mai 7,87 (8,00), Juli 7,73 (7,84), Sept. 7,50 (7,56). — Baumwolle: Tendenz fest, loko 34,50 (33,25), Nov. 33,80—33,80 (32,60—32,60), Dez. 33,95—34,02 (32,75—32,80), Jan. 33,65—33,74 (32,50—32,50), März 33,82—33,93 (32,61—32,68). — Baumwollzuf. i. Atl. u. Golf-Häf. 41 000 (39 000.

Metalle: Elektrolytkupfer loco 12¾ (12⅝—12¾), Zinn 43,62 (41-87), Blei 6,75 (6,75), Zink 6,37 (6,37), Eisen 22,25 (22,25), Weißblech 5,50 (5,50), Sechmalz, prima Western, 1,425, (14,10), Talg Extra, loco- 8⅛ (8⅛), Baumwollsaatöl loco 12,57 (11,00), Baumwollsaatöl per Jan. 11,84 (11,51), Petroleum in Cans 16,90 (16,90), Petroleum in Tanks 7,00 (7,00), Petroleum Standard white 14,00 (14,00), Petroleum Credit balances 2,75 (2,75), Zucker Zentrifugal loco 6,18 (5,03), Zucker Zentrifugal März 4,10 (3,99), Terpentin 97 (98), Savannah Terpentin 89 (91½), New Orleans Baumw. loco 22,00 ($32,00).

Chicago, 7. November. (W. T. B.) Weizen. Tendenz kaum stetig. do. per Dez. 105⅝ (Vortag 106), do. per Mai 111 (111). — Mais. Tendenz fest. do. per Dez 77¼ (75⅛). do. per Mai 75⅛ (73¾). — Hafer per Dez. 42⅛ (42), do. per Mai 44½ (44¼). — Roggen per Dez. 69⅝ (69⅝), do. per Mai 73⅝ (73½). —

*

Marknotierung ist eingestellt.

Devisen und Effekten.

Köln, 7. November. Am Devisenmarkt notierten die Kurse gleich den Berliner Notierungen. Allgemeine Zuteilung 1½ bis 2 pCt., für Lebensmittel 5—10 pCt.

***Danzig,** 7. November. (Sonderkursdienst der Vossischen Zeitung.) **in Danziger Gulden.**

	7. 11. Geld	7. 11. Brief	6. 11. Geld	6. 11. Brief					
					Paris	—	—	32,19	32,28
					Brüssel	—	—	—	—
Dollar	5,6234	5,6516	5,6134	5,6416	Zürich	99,50	100,00	—	—
Polennoten*)	3,242	3,258	3,342	3,358	Helsingfors	—	—	—	—
Ausz. Warsch.	3,142	3,158	3,192	3,208	Stockholm	—	—	—	—
London	25	25	25	—	Christiania	—	—	—	—
Amsterdam	216,21	217,29	216,68	217,17	Kopenhagen	—	—	95,137	95,613

New York telegr. Auszahlung 5,6059 G., 5,6341 B., Englische Pfund (in deutscher Reichsmark notiert): 5998,5 Milliarden G., 6001,5 Milliarden B.

***Warschau,** 6. November. (Sonderkursdienst d. Vossischen Zeitung)

	6. 11.	1. 11.		1. 11.	6. 11.			
						Wien	2575	2350
Dollar	1790000	1757000	Brüssel	88750	86800	Prag	51650	51185
London	7920000	7880000	Zürich	319000	314000	Berlin	—	—
Paris	102000	101500	Rom	79700	78100	Danzig	—	—

Amsterdam —, Kopenhagen —.

***Prag,** 7. November. (Sonderkursdienst der Vossischen Zeitung.)

	7. 11.	6. 11.		7. 11.	6. 11.		7. 11.	6. 11.
Berlin	8*	5,5*	Budapest	0,18875	0,18875	Paris	202,75	203,375
D.Marknot.	8*	5*	New York	34,70	34,70	Rom	156,75	157,875
Wien	0,049	0,049	London	156,375	156,50	Bukarest	—	—

* pro Billion

***Wien,** 7. November.

	7. 11.	6. 11.		7. 11.	6. 11.			
						Marknoten	1194*)	1194*)
Amsterdam	27500,00	27500,00	London	315500	315500	Lirenoten	3100	3130
Berlin	1244*)	1244*)	Paris	4062,00	4092,00	Jugoslaw.	809,00	809,00
Kopenhag.	12130,00	12080,00	Zürich	12600	12610	Tschechosl.	2057	2057

Polnische Noten 3,60* (3,03*). Dollar 70 560 (70 560). Ungarn 2,55 (2,60). Schweden 18 210 (18 210). *) per 1 Milliarde Mark.

***Agram,** 7. November. (Sonderkursdienst der Vossischen Zeitung.)

	7. 11.	5. 11.						
			London	387,00	387,00	Amsterdam	—	33,359
Wien	0,1225	*)	New-York	86,50	86,375	Dollar	—	85½
Berlin	—	—	Paris	500,00	502,50	Oesterr. Kr.	—	—
Budapest	0,47	0,45	Prag	254,00	254,50	Tschech.Kr	2,54	2,46
Mailand	387,25	387,00	Zürich	1543,75	1545,00	Dt. Mark	—	—
Bukarest	—	41,00	Brüssel	—	—	Ital. Lira	—	—

Warschau 0,005,25. Amsterdam 33,57,25.

***Belgrad,** 7. November. (Sonderkursdienst der Vossischen Zeitung.)

	7. 11.	6. 11.		7. 11.	6. 11.		7. 11.	6. 11.
London	387,30	386,40	Prag	253,50	253,20	Budapest	0,4650	0,465
Paris	502,00	503,50	Berlin	0,03	—	Bukarest	—	—
Mailand	387,00	387,00	Wien	0,1225	0,1227	Warschau	—	—

***Sofia,** 7. November. (Sonderkursdienst der Vossischen Zeitung.)

	7.11.	5. 11.		7.11.	5. 11.		7.11.	5. 11.
London	51,50	48,55	Mailand	515	485,00	Prag	335,00	319,00
New-York	114,20	108,65	Berlin	—	—	Belgrad	—	—
Paris	662,00	623,60	Wien	0,162	—	Rom	—	—

***Zürich,** 7. November.

	7. 11.	6. 11.		7. 11.	6. 11.			
						Kopenhagen	95,00	96,00
Berlin	—	—	New York	5,63¾	5,62½	Stockholm	148,10	148,25
Wien	0,00,79½	0,00,79,30	London	25,10	25,10¾	Christiania	83,50	84,00
Prag	16,42½	16,45	Paris	32,27½	32,42½	Madrid	74,75	74,75
Budapest	0,03,05	0,03,04½	Italien	24,95	25,06¼	Buen. Aires	179,50	178,50
Holland	217,75	217,85	Brüssel	27,85	27,87½	Bukarest	—	—

Warschau — (—). Belgrad 6,50 (6,50). Sofia 5,17½ (5,15).

Kurse von 5 Uhr nachm. Berlin 2¼ B. für eine Billion, London 25,10, Paris 32,20, Mailand 25,05, New York 5,63¼, Warschau 3 für eine Million, Prag 16,45, Budapest 0,035, Belgrad 6,50, Wien 0,0079¼.

***Amsterdam,** 7. November.

	7. 11.	6. 11.		7. 11.	6. 11.		7. 11.	6. 11.
London	11,53¾	11,54	Wien	0,0036¾	0,0036¾	New York	258¾	258½
Berlin	0,80*	0,80*	Kopenhagen	44,05	44,00	Brüssel	12,75	12,85
Paris	14,77½	14,90	Stockholm	68,15	68,05	Madrid	34,37½	34,35
Schweiz	45,92½	46,00	Christiania	38,10	38,30	Italien	11,47½	11,55

Prag 7,52—7,57½ (7,53—7,58). Helsingfors — (6,87½—6,97½).
*) für eine Billion.

***Kopenhagen,** 7. November.

	7. 11.	6. 11.						
			Paris	33,85	34,20	Stockholm	154,60	156,15
London	26,14	26,26	Antwerpen	29,15	29,45	Christiania	86,90	87,65
New York	5,87½	5,90	Zürich	104,40	104,85	Helsingfors	15,72	15,78
Hamburg	—	—	Amsterdam	227,25	228,25	Prag	17,10	17,18

Rom 26.30 (26,40).

***Stockholm,** 7. November.

	7. 11.	6. 11.						
			Brüssel	19,00	19,00	Christiania	56,40	56,50
London	16,93	16,93	Schweiz	67,65	67,65	Washington	3,79½	3,79¾
Berlin	0,02*	0,03*	Amsterdam	147,00	147,00	Helsingfors	10,21	10,20
Paris	21,90	22,00	Kopenhagen	64,80	64,75	Prag	11,25	11,25

*) für eine Milliarde.

***Christiania,** 7. November.

	7. 11.	6. 11.						
			New York	6,74	6,73	Antwerpen	33,70	33,50
London	30,08	30,00	Amsterdam	261,00	260,50	Stockholm	177,75	177,25
Hamburg	—	—	Zürich	120,00	119,75	Kopenhagen	115,25	114,60
Paris	39,00	39,10	Helsingfors	18,10	18,05	Prag	19,75	19,75

Wechselkurse in Südamerika. (Telegramme der Deutschen Ueberseeischen Bank.) Buenos Aires, 6. November. Berlin (Kabelzahlg.) (keine Notierung), New York (Kabelzahlung) 138,20—138,50 Goldpesos = 100 U. S.-Doll. — Rio de Janeiro, 6. November. London (90 T/S.) 4 28/32 d. = 1 Milreis. Berlin (Sicht) (keine Notierung), New York (Sicht) 11,500 Milreis = 1 U. S.-Doll.

*

An der gestrigen Nachbörse machte sich unter dem Einfluß der Versteifung am Geldmarkt erneut Neigung zur Schwäche geltend. Der Verkehr wickelte sich in sehr ruhigen Bahnen ab und blieb auf wenige Umsätze beschränkt. Am Markte der Montanwerte wurden Gelsenkirchener mit 50 Billionen, Deutsch-Luxemburger mit 48 Billionen genannt. Phönix stellten sich auf etwa 42,5, Oberbedarf waren mit 21 und ebenso Caro mit etwa 21,5 Billionen angeboten. Unter Elektrizitätsaktien waren A. E. G. zu 8,5 Billionen angeboten. Chemische Werte lagen geschäftslos. Auch in Petroleumwerten bestand zumeist Abgabeneigung. Deutsche Erdöl stellten sich auf 50 Billionen, Deutsche Petroleum waren mit 19 Billionen angeboten, ebenso Api mit 10 Billionen. Am Markt der Schiffahrtswerte zeigte sich für Paketfahrt auf Basis von 30 Billionen kaum Aufnahmewilligkeit, dagegen waren Nordd. Lloyd vorübergehend mit 8,5 Billionen gesucht. Etwas lebhafter war das Geschäft zeitweilig nur am Bankenmarkte, doch lagen Deutsche Bank mit 10, Disconto mit 16 Billionen im Angebot. Barmer Bank-Verein waren mit 5 Billionen angeboten, dagegen zeigte sich einige Nachfrage für Mitteldeutsche Credit mit 2,75 Billionen. Unnotierte Werte blieben ruhig und geschäftslos.

Kursergänzungen zu den unnotierten Werten (alles in Milliarden): Althoff-Amboß 175, Buciag 725, Chem. Lübbe 2750, Fraureuther Porzellan 4000, Görlitzer Zentrifugen 1000, Lloyd Dynamo 1250, Tiag 2000.

Von industriellen Obligationen notierten gestern: Bad. Landes El. 12, Elektr. Licht- und Kraft 100, C. P. Goerz 10, Kahlbaum 12, Osram (1920) 10 (alles in Milliarden Prozent).

Bezugsrechte. Gestern notierten: Ponarth-Brauerei — G., Gebr. Demmer — G., Gebler Werke 450 bz., Juhag 400 bz., Hille Werke 100 bz., Mitteld. Sprit 200 bz.

*

***Danzig,** 7. November. **Fonds.** (Sonderkursdienst der Voss. Zeitung.) **in Danziger Gulden.**

	7. 11.	6. 11.			
			3½pr. Danz. St.-An v.1904	—	—
Danzig.Privataktienbank	99	99	4pr. Dnz. Stadtanl. II. III 04	—	—
dto. neue mit halber Div.	—	—	4pr. Danz. Stadtanl. v.09/11	—	—

4proz. Danz. Stadtanleihe von 1919 —.—.

Ausländische Fondsbörsen.

Budapest, 7 November **Fonds** (Sonderkursdienst der Voss. Ztg.)

	7. 11.	6. 11.		7. 11.	6. 11.
Brit.-Ung.-Bk.	104000	100000	Urikanyer	1100000	1150000
Bodenkredit	225000	—	Atheneum	285000	310000
Ungar. Credit	560000	565—550000	Rima	80—86000	80000
Ung.Dtsch.Bk.	—	—	Salgo	457000	470—455000
Oesterr. Kred.	105000	100000	Nassicer	1180000	—

Slow. Hyp.-Bank 29 000, Kommerzialbank 93 000, Danubius 4 000 000—4 200 000, Gutmann 510—515000, Slawonia 62—60000, Antlantica 47000, Südbahn 56000. — **Tendenz:** Sehr schwach.

Agram, 7. November. (Sonderkursdienst der Vossischen Zeitung.)

Bk. f. H., G. u. Ind.	—	Kroat. Ld.-Hyp.-B.	101,00	Serbische Bank	139,00
Zentr. Escompteb.	—	Jugoslaw. Bank	147,50	Allg. Gewerbebk.	84,50
Kroat. Kreditanst.	—	Laibach. Kreditb.	205,00	Zuckerfabrik	2407,50
Kroat. Escompteb.	159,00	Erstekroat. Spark.	990,00	Gutmann	1605,00
- Allg. Kreditbk.	—	Slawische Bank	110,00	Slawonia	214,00
Kroat. Agrarbank	—	Fium. Volksbank	—	Union	—

Nasicer 190, Trifail 880,00.

*** Paris**, 7. November. (Sonderkursdienst der Vossischen Zeitung.)

	7. 11.	5. 11.		7. 11.	5. 11.			
						De Beers	967,00	966,00
5proz. Anl.	71,85	72,52	Créd. Lyon.	16,20	16,37	do. Vorzugs	—	—
4proz. Anl.	59,75	60,1[illegible]	Suez-Kanal	91,94	89,20	Tanganyika	107,50	106,50
3proz. Rente	54,75	55,15	Baku	24,50	24,55	Randmines	230,00	225,00
5p. Petrsb. 08	—	—	Lianosoff	600,00	569,00	Eastrand	26,75	27,00
4pr. Spn. Anl.	198,50	197,00	Maltzeff	386,00	384,00	Jagersfont.	237,00	236,00
4pr. u. Türk.	56,35	56,25	La Naphta	338,00	383,00	Modderfont.	101,50	97,50
Ch. Anl. v. 08	1045,00	1011,00	Tula	—	—	Utah Copper	10,44	10,44
Jap. Anl. v. 10	220,00	218,00	Platin	638,00	676,00	Royal Dutch	262,50	248,50
B. de France	—	—	Goldfields	80,75	80,00	Padang	371,5.	371,00
Bq. de Paris	15,20	15,30	Rio Tinto	24,90	24,85	Monte Cap.	166,50	154,00

London, 7. November. (Sonderkursdienst der Voss. Ztg.)

	7. 11.	5. 11.		7. 11.	5. 11.			
						South Pacific	97⅞	98½
4% Engl. Kons.	57 35/36	58 11/16	3% dtsch. R.-A	21/32	21/32	United Steels	98⅝	98½
4% Argentin. 86	98¼	99	Portugiesen	31½	31⅝	Rio Tinto	31¼	38
Brasilian. 89	39¾	40	5% Russen 1906	10¼	10⅛	De Beers	11 1/8	11 1/32
Japaner	68½	68⅜	4½% Russ. 1909	7¼	7¼	Goldfields	19 6	19,1
Mex. Gold 99	53	52¼	Canada Pacific	163⅝	163⅞	Randmines	58,3	57,5¼

Utah Copper 12,62, Royal Dutch 33⅜, Crown Mines 59,8¼, Oesterr. Anleihe 8 1/16, Neue tschech. Anleihe 94¾, Skodawerke 87.

Einnahmen an Kapitalverkehrssteuern. Nach der Nachweisung des Statistischen Reichsamtes belaufen sich die Gesamteinnahmen aus Kapitalsverkehrssteuern für August auf 1,05 Billionen Mark. Davon wurden an Gesellschaftssteuern vereinnahmt ca. 131 Milliarden M., von denen auf Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien 121,8 Milliarden M. entfielen. Auf Wertpapiersteuern gingen 11,34 Milliarden M. ein, während die Börsenumsatzsteuer mit 211,9 Milliarden die größten Einnahmen erzielte. In der Zeit vom April—August betrugen die Gesamteinnahmen an Kapitalsverkehrssteuern 1,44 Billionen Mark.

Schultheiss-Patzenhofer Brauerei A.-G. Die Gesellschaft erklärt sich bereit, die noch im Umlauf befindlichen verlosten oder noch nicht gekündigten, vor dem Kriege aufgelegten Anleihen der vormaligen Patzenhofer Brauerei A.-G., und zwar der 4proz. Anleihe, Ausgabe von 1891, Serie I, der 4proz. Anleihe, Ausgabe von 1897, Serie II, der 4½proz. Anleihe, Ausgabe von 1911, Serie III, im Umtauschverhältnis von je 5000 M. Nennwert mit einem Dollar Goldanleihe einzulösen — bei kleineren Beträten bleibt Umrechnung in Papiermark votrbehalten —, sofern die Schuldverschreibungen mit laufenden Zinsscheinen und Erneuerungsscheinen eingereicht werden.

Anker-Werke A.-G. in Bielefeld. Das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr erbrachte im Mill. M. auf Fabrikationskonto 3026 (i. V. 40) M. Generalunkosten erforderten 1702 (34) M. Nach Abschreibungen in Höhe von 780 (0,3) M. — Grundstücke und Gebäude einschl. des im Bau befindlichen Neubaus sind auf je 1 M. abgeschrieben — verbleibt einschl. 0,11 (0,13) Vortrag aus dem Vorjahre ein Reingewinn von 543 (5) M., für den die Verwaltung folgende Verwendung vorschlägt: Rücklagenkonto 7 (0,5) M., Sonderrücklagenkonto 7 (0,6) M., 1/10 pCt. Gewinnanteil gleich 1 Goldmark pro Aktie, umgerechnet zum Kurse von 0,16 (30 pCt. und 20 pCt. Bonus), 340 (4) M., Vergütung an den Aufsichtsrat 89 (0,6) M., Vortrag auf neue Rechnung 120 (0,1) M. In der Bilanz stehen (in Mill. M.): Waren 1165 (13), Barbestände 91 (0,3), Wechsel 136 (10), Schuldner 3491 (38), dagegen haben Gläubiger 4060 (47 einschließlich 14 für Steuern und Neubau) zu fordern.

Weitere Kapitalserhöhungen beantragen: Maschinenfabrik Hiltmann & Lorenz A.-G. in Aue von 14 auf 48 Mill. M. durch Ausgabe von 34 Mill. M. auf den Inhaber lautenden Aktien. — Weißthaler Spinnerei und Weberei A.-G. in Mittweida um 11,5 Mill. M. auf den Inhaber lautenden Stammaktien und 500 000 M. auf den Inhaber lautenden, den alten Vorzugsaktien gleichgestellten neuen Vorzugsaktien.

Personalien. Der langjährige Börsenvertreter der Preußischen Central-Bodencredit-A.-G., Richard Rohde, ist zum Prokuristen ernannt worden.

Dividende.

W. Krefft A.-G., Gevelsberg. 400 (i. V. 40) pCt.

Weitere Handelsnachrichten siehe 1. Beilage 4. Seite.

Handelsregister.

In unser Handelsregister Abt. A ist heute eingetragen worden: Nr. 65 771 **Wilhelm u. Marie Haupt**, Berlin. Offene Handelsgesellschaft seit 19. September 1923. Gesellschafter sind: Wilhelm Haupt, Kaufmann, Guben, und Marie Haupt, unverehelicht, Kauffrau, Berlin. ● Nr. 65 772 **Hermann Bartholomäus**, Berlin. Inhaber ist: Hermann Bartholomäus, Kaufmann, Berlin. ● Nr. 65 773 **Ralph Flatau, Bankgeschäft**, Berlin (Ortsteil Nikolassee). Inhaber ist: Ralph Flatau, Bankier, Nikolassee. ● Bei Nr. 33 991 **C. Gurau & Co.**, Berlin: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die bisherige Gesellschafterin Emma Gurau geb. Cohn ist alleinige Inhaberin der Firma. ● Bei Nr. 59 614 **Ed. Casper & Bickhardt**, Berlin: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. ● Gelöscht ist: Nr. 45 121 **Johann Berndt, Eierhandlung**, Berlin. ● Ferner ist am 26. Oktober 1923 eingetragen worden: Nr. 65 754 **Wilhelm Hoffmann**, Berlin-Wilmersdorf. Inhaber ist: Wilhelm Hoffmann, Kaufmann, Berlin-Wilmersdorf, Prokurist ist: Fritz Waldemann, Potsdam. Und am 30. Oktober ist bei derselben Firma eingetragen worden: Die Firma ist in **Wilhelm Hoffmann, Effectengeschäft**, geändert.

Berlin, den 30. Oktober 1923.

Amtsgericht **Berlin-Mitte**, Abt. 90.

In unser Handelsregister Abt. B ist eingetragen worden am 1. November 1923: Nr. 2535 **Deutsche Samoa Gesellschaft.** Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 24. Mai 1923 ist das Grundkapital um 200 000 M. Vorzugsanteile auf 5 200 000 M. erhöht worden. Dementsprechend ist die Satzung in dem § 5, betreffend die Höhe und Einteilung des Grundkapitals sowie die besonderen Rechte der Vorzugsanteile, und in dem § 31, betreffend das Stimmrecht der Vorzugsanteile, geändert und sind ferner die §§ 37, 42 und 45 redaktionell geändert worden. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Das erhöhte Kapital zerfällt in 200 Anteile zu je 1000 M., die auf den Inhaber lauten. Diesen Anteilen sollen für jeden Anteil von 1000 M. 200 Stimmen zustehen, aber nur für folgende Fälle: 1. Satzungsänderungen, 2. Aufsichtsratswahlen. 3. Auflösung der Gesellschaft. In allen anderen Fällen haben sie das gleiche Stimmrecht wie die früheren Anteile, nämlich 10 Stimmen für 1000 M. Auf die neuen 200 000 M. Anteile soll eine feste kumulative Vorzugsdividende von 10 % gewährt werden mit der Maßgabe, daß, wenn der Reingewinn eines Jahres dazu nicht ausgereicht hat, in den folgenden Jahren zunächst die Dividenden für die ausgefallenen Jahre nachgezahlt werden. Dabei sind die zeitlich vorhergehenden Dividenden zuerst zu berücksichtigen. Im Falle einer Liquidation sollen die neuen 200 000 Mark Vorzugsanteile vorweg, aber nur bis zum Nennbetrage befriedigt werden. Die Umwandlung dieser Vorzugsanteile in Stammanteile kann nur durch einstimmigen Beschluß der Hauptversammlung erfolgen. ● Nr. 23 195 **Baumwollhandels-Aktiengesellschaft.** Max Mamlok ist aus dem Vorstand ausgeschieden. ● Am 2. November 1923: Nr. 32 495 **Deutsch-Rumänische Eildienst Aktiengesellschaft.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Betrieb von Speditions-, Kommissions- und Lagerei-Geschäften, insbesondere die Durchführung eiliger Güterversendungen auf beschleunigtem Wege nach Rumänien. Zur Erreichung des Gesellschaftszweckes ist die Gesellschaft berechtigt, sich an anderen Unternehmungen, die mit diesem Gegenstand in Zusammenhang stehen, in jeder zulässigen Form zu beteiligen. Grundkapital: 600 Millionen Mark. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. Oktober 1923 festgestellt. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen oder durch ein vom Aufsichtsrat zur selbständigen Vertretung ermächtigtes Vorstandsmitglied allein vertreten. Zum Vorstand ist allein bestellt: Kaufmann Helmuth Bülow, Berlin-Tempelhof. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin, Potsdamer Str. 139, II. Das Grundkapital zerfällt in 60 Inhaberaktien über je 10 Millionen Mark, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen und wird vom Aufsichtsrat bestellt, der auch die Zahl der Mitglieder des Vorstandes festsetzt. Der Aufsichtsrat ist auch zum Widerruf der Bestellung berechtigt. Die Berufung zu den Generalversammlungen geschieht durch einmalige Einrückung im Gesellschaftsblatt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch Einrückung in den Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: Die Kaufleute 1. Willi Kurth, Berlin, 2. Walter Kirchner, Berlin-Dahlem, 3. Herbert Stage, Berlin-Lichterfelde, 4. Willi Schewe, Berlin, 5. Arthur Kabbert, Berlin. Den ersten Aufsichtsrat bilden: 1. Kaufmann Erich Otten, Berlin-Wilmersdorf. 2. Kaufmann Ernst Hohmann, Berlin-Schöneberg, 3. Kaufmann Siegfried Reinhardt, Berlin-Friedenau. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats, können bei dem Gericht eingesehen werden ● Nr. 355. **Aktiengesellschaft Johannes Jeserich.** Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluß der Generalversammlung vom 4 Oktober 1923 ist das Grundkapital um 25 Millionen Mark auf 53 Millionen Mark erhöht worden. Prokurist: Paul Lehmann, Berlin. Er ist ermächtigt, in Gemeinschaft mit einem Vorstandmitglied oder einem anderen Prokuristen die Gesellschaft zu vertreten. Ferner die von derselben Generalversammlung und dem hierzu ermächtigten Aufsichtsrat am 4./9. Oktober 1923 beschlossenen Satzungsänderungen. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitalserhöhung werden ausgegeben auf Kosten der Gesellschaft unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1923 ab 25 000 Inhaberstammaktien über je 1000 M. zum Kurse von 101 vom Hundert mit der Verpflichtung des Unternehmers, 5 Millionen der übernommenen neuen Stammaktien nach Eintragung der durchgeführten Kapitalserhöhung in das Handelsregister den Besitzern der alten Stammaktien dergestalt zum Bezuge anzubieten, daß dieselben auf je 5000 M. alte Stammaktien 1000 M. neue Stammaktien zu einem mit dem Vorstande der Aktiengesellschaft Johannes Jeserich zu Charlottenburg festzusetzenden Kurse zuzüglich Pauschale für die Bezugsrechtsteuer und Börsenumsatzsteuer innerhalb einer gemeinsam mit dem Vorstande der Aktiengesellschaft Johannes Jeserich zu Charlottenburg festzusetzenden Frist beziehen können. Jede Vorzugsaktie gibt nunmehr das Recht auf 16 Stimmen. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in 53 000 Inhaberaktien zu je 1000 M., und zwar 50 000 Stammaktien und 3000 Vorzugsaktien. ● Nr. 840 **Andree-Hauschild-Werk Aktiengesellschaft:** Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluß der Generalversammlung vom 16. Oktober 1923 ist das Grundkapital um 18 Millionen Mark auf 31 500 000 Mark erhöht worden. Ingenieur Henrik Quarnström, Berlin-Stralau, ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Ferner die von derselben Generalversammlung beschlossene Satzungsänderung. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitalserhöhung werden ausgegeben unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre auf Kosten der Gesellschaft mit Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1923 zum Nennbetrage 8000 Inhaberstammaktien, und zwar 6000 Stück über je 1000 M. und 2000 über je 6000 Mark, mit der Verpflichtung des Uebernehmers, nom. 6 Millionen Mark der neuen Aktien den alten Stammaktionären zu einem vom Aufsichtsrat festzusetzenden Kurse zuzüglich Schlußnotensteuer und einer Pauschale für die Bezugsrechtssteuer derart zum Bezuge anzubieten, daß auf je nom. 4000 M. alte Stammaktien nom. 2000 M. neue Aktien bezogen werden können. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in 20 000 Stammaktien, und zwar 18 000 über je 1000 M. und 2000 über je 6000 M., und 1500 Vorzugsaktien über je 1000 M., sämtlich auf den Inhaber lautend. Die Vorzugsaktien haben nunmehr ein zwölffaches Stimmrecht. ● Nr. 919 **Accumulatoren-Fabrik Aktiengesellschaft:** Die Prokura des Hugo Bienert ist erloschen. ● Nr. 1575 **Basler Transport Versicherungs Gesellschaft**, Basel. Hauptzweigniederlassung Berlin: Die Prokura des Leon Schweizer in Basel ist erloschen. Das Mitglied des leitenden Ausschusses Dr. August Sulger in Basel ist verstorben. Carl Koechlin-Vischer in Basel ist nicht mehr Mitglied des leitenden Ausschusses. Es ist ernannt: 1. Dr. Felix Iselin-Merian, Advokat und Notar, Basel, zum Mitgliede des leitenden Ausschusses des Verwaltungsrates, zugleich zum Präsidenten; 2. Leon Schweizer in Basel zum Subdirektor. ● Nr. 9278 **„Deutsches Opernhaus" Betriebs-Aktiengesellschaft.** Franz Ahrens ist nicht mehr Vorstandsmitglied, Hugo Gruder-Guntram, Generaldirektor, Berlin, Wilhelm von Holthoff, Generalintendant, Berlin, sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt. Der Prokurist Carl Ulbrich vertritt jetzt gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmitglied. ● Nr. 10 980 **Berliner Sport-Palast Aktiengesellschaft:** Dr. Martin Wolff, Kaufmann, Berlin-Hermsdorf, ist zum weiteren Vorstandsmitgliede bestellt. ● Nr. 19 519 **Berliner Transport-Versicherung, Aktiengesellschaft:** Das Vorstandsmitglied Julius Glaß ist ermächtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Georg Thomas, Versicherungsdirektor, Nürnberg, ist zum weiteren Vorstandsmitgliede bestellt. ● Nr. 22 806 **Deutsche Petroleum-Aktien-Gesellschaft:** Die Prokuren des Johannes Schuffner und des Bruno Urbich sind erloschen. ● Nr. 27 107 **Alterum Kredit-Aktiengesellschaft.** Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluß der Generalversammlung vom 11. Juli 1923 ist das Grundkapital um 150 Millionen Mark auf 200 Millionen Mark erhöht worden. Ferner die von derselben Generalversammlung beschlossene Satzungsänderung. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitalserhöhung werden ausgegeben unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre mit Gewinnbeteiligung vom Tage der Einzahlung ab 150 000 Inhaberaktien über je 1000 M., und zwar 50 000 zum Kurse von 150 vom Hundert und 100 000 zum Kurse von 200 vom Hundert. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in 40 000 Namensaktien und 160 000 Inhaberaktien über je 1000 M. ● Nr. 27 920 **Aktiengesellschaft für Bürohausbetrieb:** Hans Riese ist nicht mehr Vorstand. Rudolf As, Oberregierungsrat, Leipzig, ist zum Vorstand bestellt. ● Nr. 30 600 **Administration Vermögens-Verwaltungs-Aktiengesellschaft:** Dr. Alfred Platz und Emil Srur sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: Hermann Starnitzke, Kaufmann, Berlin, Franz Wenngatz, Kaufmann, Berlin ● Nr. 30 843 **Aktiengesellschaft für Ausbeutung von Kalilagern.** Die Firma lautet jetzt: **Aktiengesellschaft für Ausbeutung von Kalilagern „Afal".** Durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. Oktober 1923 ist der die Firma betreffende § 1 des Gesellschaftsvertrages geändert.

Amtsgericht **Berlin-Mitte**, Abt. 89a.

In unser Handelsregister Abteilung B ist folgendes eingetragen worden: Nr. 32 477 **Württembergische Feuerversicherungs Aktiengesellschaft in Stuttgart Zweigniederlassung Berlin**, Zweigniederlassung in Berlin der Württembergischen Feuerversicherung Aktiengesellschaft in Stuttgart. Gegenstand des Unternehmens ist: 1. Uebernahme des Vermögens und Versicherungsbestandes des in Stuttgart unter der Firma: Württembergische Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit in Stuttgart bestehenden Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit in seiner Gesamtheit mit sämtlichen Aktiven und Passiven; 2. der Betrieb folgender Versicherungszweige im In- und Auslande: a) Versicherung gegen Schäden durch Brand, Blitzschlag oder Explosion, b) Versicherung gegen Schäden durch Einbruchdiebstahl, c) Versicherung gegen Wasserleitungsschäden, d) Glasversicherung, e) Transportversicherung, f) Versicherung gegen Aufruhrschäden. Die vorbezeichneten Versicherungszweige können auf direktem wie auf indirektem Wege (Rückversicherung) betrieben werden; andere Versicherungszweige können mit Zustimmung des Aufsichtsrats nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde aufgenommen werden; 3. die Beteiligung an anderen Versicherungsunternehmungen und an Unternehmungen, deren Gegenstand mit dem Zweck der Gesellschaft in wirtschaftlichem Zusammenhang steht. Grundkapital: 151 000 000 M. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. Juni 1923 festgestellt. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so kann einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis erteilt werden, die Gesellschaft allein oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen zu vertreten. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: 1. Direktor Dr. jur. Karl Raiser, Rechtsanwalt in Stuttgart, 2. Direktor Franz Hepp, Diplomingenieur in Stuttgart, 3. Direktor Hermann Gottschalg, Kaufmann in Berlin. Jeder von ihnen ist alleinvertretungsberechtigt. Prokuristen: Rudolf Herrmann, Julius Horn, Albert Locher, Carl Bauer. Carl Rothermel, Georg Schaupp, Paul Stroebel, Eugen Wais, Julius Wais dies in Stuttgart, Paul Kleberg und Georg Wagner in Berlin. Je 2 Prokuristen vertreten gemeinschaftlich die Gesellschaft. Die Vertretungsbefugnis von Paul Kleberg und Georg Wagner ist auf die Zweigniederlassung Berlin beschränkt. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin, Potsdamer Straße 26 B. Das Grundkapital zerfällt in 30 000 Namensstammaktien über je 1000 M. und 24 000 Namensstammaktien über je 5000 M., die zum Kurse von 400 %, und 1000 Namensvorzugsaktien über je 1000 M., die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Letztere besitzen Anspruch auf eine 10prozentige Vorzugshöchstdividende ohne Nachzahlungsrecht und sind im Falle der Gesellschaftsliquidation den Stammaktien gleichgestellt. Je 1000 M. der Stammaktien gewähren eine Stimme. Der Besitz einer Vorzugsaktie zu 1000 M. berechtigt zur Abgabe von 30 Stimmen. Das erhöhte Stimmrecht gilt jedoch nur für die Fälle der Besetzung des Aufsichtsrats, der Aenderung der Satzung oder der Auflösung der Gesellschaft; in allen anderen Fällen gewähren die Vorzugsaktien je eine Stimme. Der Vorstand besteht nach dem Ermessen des Aufsichtsrats aus einem oder mehreren Mitgliedern. Die Bestellung der Vorstandsmitglieder kommt dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu. Der Gesamtvorstand kann jedoch eine Beschlußfassung des Aufsichtsrats herbeiführen. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch Veröffentlichung im Reichsanzeiger. Alle Bekanntmachungen erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer welche alle Aktien übernommen haben sind: 1. Theodor Bozenhard, Kaufmann, 2. Adolf Hieber, Obersekretär, 3. Ernst Leistner, Architekt, 4. Georg Schaupp, Sekretär, 5. Theodor Zundel, Kaufmann, sämtlich in Stuttgart. Den ersten Aufsichtsrat bilden: 1. Martin Aufhäuser, Inhaber der Bankfirma H. Aufhäuser in München, 2. Adolf Bader, Kommerzienrat in Stuttgart, 3. Dr.-Ing. Robert Bosch, Fabrikant in Stuttgart, 4. Dr. jur. Alfred Drescher, Rechtsanwalt in Stuttgart, 5. Hofrat Ernst Drumm, Direktor der Bayerischen Versicherungsbank in München, 6. Eberhard Fetzer, Kommerzienrat in Stuttgart, 7. Karl von Fischer, Präsident a. D. in Stuttgart, 8. Dr. jur. Karl Gutbrod, Direktor der Württ. Hypothekenbank in Stuttgart, 9. Dr. jur. Karl v. Haffner, Präsident a. D. in Stuttgart, 10. Dr. ing. h. c. Karl Lautenschlager, Oberbürgermeister in Stuttgart, 11. Johannes Nordhoff, Direktor der Berlinischen Feuerversicherungsanstalt in Berlin, 12. Hofrat Hans Remshard, Direktor der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München, 13. Fritz Roser, Fabrikant in Stuttgart, 14. August Rueff Teilhaber der Bankfirma Paul Kapff in Stuttgart 15. Franz Schäfer, Generaldirektor der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft in Magdeburg, 16. Freiherr Dr Franz Schenk von Stauffenberg, Rittergutsbesitzer in Rißtissen O./A. Ehingen. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats und der von der Handelskammer ernannten Revisoren, können bei dem Amtsgericht Stuttgart Stadt, der Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer in Stuttgart eingesehen werden. ● Nr 32 473 **Ostertag, F[illegible]nik & Co. Aktiengesellschaft**, Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Büchern und Drucksachen jeder Art. Grundkapital: 15 000 000 M. Aktiengesellschaft. Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. August 1923 festgestellt. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: a) Schriftsteller Dr. Jacob Klatzkin, Ulfing (Bayern), b) Buchdruckereibesitzer Gotthold Zahn, Kirchhain (Niederlausitz). Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Die Geschäftsstelle befindet sich in Charlottenburg, Augsburger Str. 28. Das Grundkapital zerfällt in 600 Namensaktien zu je 25 000 M., und zwar, 300 Stammaktien Reihe A und 300 Vorzugsaktien Reihe B, die zum Nennbetrage ausgegeben werden. Die Vorzugsaktien (Reihe B) haben in der Generalversammlung je 3 Stimmen; ihre Inhaber erhalten von der Dividende stets das Dreifache desjenigen Betrages, den die Inhaber der Aktien Reihe A erhalten. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Der Aufsichtsrat hat das Recht, die Zahl der Vorstandsmitglieder zu bestimmen, dieselben zu ernennen und abzuberufen. Ernennung und Abberufung haben zu notariellem Protokoll zu erfolgen. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt, sofern das Gesetz Abweichendes nicht verlangt, durch eingeschriebene Briefe an die einzelnen Aktionäre. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch eingeschriebene Briefe an die Aktionäre, soweit nicht gesetzlich eine Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger bindend vorgeschrieben ist. Die Gründer, welche alle Aktien übernommen haben, sind: 1. Kaufmann Bendit Kahan, Charlottenburg, 2. Gymnasialdirektor außer Diensten Samuel Weinberg, Frankfurt am Main, 3. Frau Anna Weinberg, geborene Zuckermann, Frankfurt am Main, 4. Buchhändler Ferdinand Ostertag, Charlottenburg, 5. Kaufmann Alexander Melnik, Berlin. Den ersten Aufsichtsrat bilden: a) Schriftsteller Dr. Nachum Goldmann, Berlin-Wilmersdorf, b) Buchdrucker Kurt Zahn, Kirchhain (Niederlausitz), c) Kaufmann Max Levy, Berlin. Die mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücke, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats, können bei dem Gericht eingesehen werden. ● Nr. 179 **Neue Boden-Aktiengesellschaft:** Otto Landé und Hans Zorn sind nicht mehr Vorstandsmitglieder, Kaufmann Adolph Jordan, Kaufmann Stephan Hoch, beide in Berlin, sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt. ● Nr. 746 **Anton & Alfred Lehmann Aktiengesellschaft:** Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluß der Generalversammlung vom 18. September 1923 ist das Grundkapital um 20 000 000 M. auf 41 300 000 M. erhöht worden. Ferner die von der letzten Generalversammlung beschlossene Satzungsänderung. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitalserhöhung werden ausgegeben auf Kosten der Gesellschaft unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrecht der Aktionäre mit Gewinnberechtigung vom 1. Juli 1923 ab 20 000 Inhaber-Stamm-Aktien über je 1000 M. zum Nennbetrage mit der Verpflichtung des Uebernehmers, nom. 4 000 000 M. den bisherigen Aktionären der Gesellschaft mit einer mindestens vierzehntägigen Ausschlußfrist derart zum Bezuge anzubieten, daß auf je nom. 5000 M. alte Aktien eine neue Stammaktie zum Nennbetrage von 1000 M. zum Preise von je drei Goldmark, berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollar-Mittelkurs am Tage vor der Veröffentlung der Bezugsbekanntmachung, zuzüglich Börsenumsatz- und Bezugsrechtssteuer bezogen werden kann. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in 40 000 Inhaber-Stammaktien und 1000 Namensvorzugsaktien, sämtlich über je 1000 M. Das bisher zwölffache Stimmrecht der Mark 1 000 000 Vorzugsaktien ist derart erhöht, daß eine Vorzugsaktie nom. Mark 1000 in der Generalversammlung bei der Beschlußfassung über die im § 4 des Gesellschaftsvertrages festgelegten Punkte ein zwanzigfaches Stimmrecht erhält. ● Nr. 21 009 **Josef J. Leinkauf Aktiengesellschaft:** Der Direktor Emerich Wilhelm in Wien ist aus dem Aufsichtsrat vom 11. September bis 15. Oktober 1923 einschließlich in den Vorstand abgeordnet. Der Generaldirektor Hans Leinkauf in Wien ist aus dem Aufsichtsrat vom 16. Oktober bis 31. Dezember 1923 einschließlich in den Vorstand abgeordnet. ● Nr. 28 478 **Nutzholzkontor Aktiengesellschaft:** Die Firma lautet jetzt: **Nutzholzkontor Aktien-Gesellschaft (vormals Oskar Perkuhn) Holzgroßhandlung und Dampfsägewerk.** Gegenstand des Unternehmens: Der An- und Verkauf von Nutzhölzern und der Betrieb eines Dampfsägewerks. Nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 5. Mai 1923 soll das Grundkapital um 14 000 000 M. erhöht werden. Die Erhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt 25 000 000 M. Durch Beschlüsse der Generalversammlung vom 5. Mai und 17. Oktober 1923 ist der Gesellschaftsvertrag geändert worden. Danach wird die Gesellschaft, wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich vertreten. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitalserhöhung werden ausgegeben mit Gewinnberechtigung für das laufende Geschäftsjahr 1000 Inhaberaktien zu je 10 000 M. und 800 Inhaberaktien zu je 5000 M. zum Nennbetrage. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in 60 Inhaberaktien zu je 100 000 M., 1500 Inhaberaktien zu je 10 000 M. und 800 Inhaberaktien zu je 5000 M. Der Vorstand setzt sich aus einer oder mehreren Personen zusammen. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat bestimmt. Die Bestellung der Vorstandsmitglieder erfolgt durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter. Das Recht der Abberufung der Vorstandsmitglieder steht lediglich der Generalversammlung zu. ● Nr. 30 586 **Seidenweberei Crenzburg Aktiengesellschaft.** Die Prokura des Carl Horn ist erloschen. Walter la Dous, Krefeld, ist zum Prokuristen bestellt. Er vertritt die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmitglied oder einem zweiten Prokuristen. ● Nr. 32 042 **Conrad Weber & Co. Aktiengesellschaft.** Prokurist Rudolf Beyer in Berlin.

Amtsgericht **Berlin-Mitte**, Abteil. 89c, den 31. Oktober 1923.

In unser Handelsregister Abteilung B ist eingetragen worden: Am 1. November 1923: Nr. 468 **Landbank.** Die Prokura des Alexander Simon ist erloschen. ● Nr. 22 330 **Tiergartenviertel-Bau-Aktiengesellschaft:** Generaldirektor a. D. Heinrich Schipmann ist verstorben. Prokurist Heinrich Schipmann in Berlin ist zum Vorstand bestellt. ● Nr. 27 411 **Ostdeutsche Privatbank Aktiengesellschaft.** Dem Willy Hintze in Berlin ist derart Prokura erteilt, daß er die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmitgliede oder einem anderen Prokuristen zu vertreten berechtigt ist. ● Nr. 29 087 **W. Lewerenz Aktiengesellschaft für kunstgewerbliche Beleuchtungsgegenstände:** Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluß vom 23. Juli 1923 ist das Grundkapital um 242 500 000 M. auf 250 000 000 M. erhöht worden; ferner die von der Generalversammlung am 23. Juli 1923 beschlossene Satzungsänderung. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitalserhöhung werden ausgegeben auf Kosten der Gesellschaft mit Gewinnberechtigung vom 2. März 1923 ab 4250 Inhaberaktien über 10 000 und 4000 über je 50 000 M.; 1750 Aktien zu 10 000 M. werden zum Nennbetrag, der Rest zu 150 pCt. ausgegeben. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in: Inhaberaktien, 7500 zu 1000 M., 2500 zu 10 000 M., 4000 zu 50 000 M. ● Am 2. November 1923: Nr. 836 **Preußische Hypotheken-Actien-Bank:** Wilhelm Thinius ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Direktor Heinrich Hänel in Berlin ist zum Vorstandsmitgliede bestellt. Die Prokura des Heinrich Hänel ist erloschen. ● Nr. 2243 **Norddeutsche Tricot Weberei vormals Leonhard Sprick & Co. Aktiengesellschaft:** Die von der Generalversammlung am 21. August 1923 beschlossene Satzungsänderung. ● Nr. 30 927 **Nordsternbank Aktiengesellschaft:** Rechtsanwalt Walter von Loßberg in Berlin-Schöneberg ist zum stellvertretenden Vorstandsmitgliede bestellt. Die Prokura des Karl Schmidt ist erloschen.

Amtsgericht **Berlin-Mitte**, Abt. 89c.

In das Handelregister B des unterzeichneten Gerichts ist eingetragen: Nr. 32 491. **Gewerbe- und Industrie-Bedarf Kleemann & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Die Belieferung von Gewerbe- und Industrie mit technischen Artikeln und Rohstoffen. Stammkapital: 500 000 M. Geschäftsführer: Kaufleute Emanuel Berger, Charlottenburg, Richard Kleemann, Berlin. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. April 1923 abgeschlossen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so erfolgt die Vertretung durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht vom Gesellschafter Berger das von ihm bisher unter der im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte unter Nr. 52 672 eingetragenen Firma Gewerbe und Industrie-Bedarf Kleemann & Co., Berlin, als Alleininhaber betriebene Handelsgeschäft, wobei bemerkt wird, daß Außenstände, desgleichen aber auch Passiva nicht vorhanden sind. Der Wert dieser Sacheinlage ist auf 250 000 M. festgesetzt. Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Bei Nr. 2900 **Homophon Company, Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Kaufmann Leo Kronheim in Berlin-Wilmersdorf ist nicht mehr stellvertretender, sondern ordentlicher Geschäftsführer. Er vertritt die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen. ● Bei Nr. 4987 **Berliner Patentverwertungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Firma ist geändert in **Berliner Baustellen Verwertungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Gegenstand des Unternehmens ist fortan der An- und Verkauf von Baustellen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Durch Beschluß vom 17. September 1923 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Firma und des Gegenstandes des Unternehmens abgeändert. Kurt Freund ist nicht mehr Geschäftsführer. Baumeister Adolf Pander zu Berlin-Schöneberg ist zum Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 5755 **Ebert Film-Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Kaufmann Eugen Wollermann in Berlin ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 7638 **Philipp Deutsch & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Dem Dr. Paul Heller in Berlin ist derart Prokura erteilt, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer vertretungsberechtigt ist. ● Bei Nr. 15 060 **Beka-Record Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Prokura des Max Großmann ist erloschen. ● Bei Nr. 15 954 **Golos Rossii Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Dem Dr. jur. Michail Ter-Pogossean in Charlottenburg und Karl Nissen in Berlin-Steglitz ist je Einzelprokura erteilt. ● Bei Nr. 16 002 **Deutsch-russische Gesellschaft für Import und Export mit beschränkter Haftung:** Dem Fritz Albrecht in Berlin ist Einzelprokura erteilt. ● Bei Nr. 21 697 **„Gluwis" Ofenbau- und Vertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidatoren sind der Kaufmann Alfons Schneider in Berlin und der Abteilungsleiter Karl Mann in Hersfeld. ● Bei Nr. 21 947 **Carl Hofmann Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Prokuren des Willy Grünewald und Friedrich Müller sind erloschen. Dem Werner Keller in Berlin-Neu-Tempelhof ist Gesamtprokura erteilt derart, daß er mit jedem der bestellten Gesamtprokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. ● Bei Nr. 25 485 **Eckardt & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Dem Dr. Curt Apel ist Einzelprokura erteilt. Laut Beschluß vom 19. September 1923 ist der Gesellschaftsvertrag bezüglich der Veräußerlichkeit der Geschäftsanteile (§ 4), der Entlassung der Geschäftsführer (§ 6), der Vertretung (§ 6) und der Einberufung von Gesellschafterversammlungen (§ 6) abgeändert. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB. befreit. ● Bei Nr. 25 490 **Eisenbahn-Industriebaugesellschaft mit beschränkter Haftung:** Das Stammkapital ist um 19 800 000 Mark auf 20 000 000 M. erhöht. Dem Fritz Berg und dem Michael Ulicht ist Gesamtprokura erteilt. Laut Beschluß vom 20. Juli 1923 ist der Gesellschaftsvertrag bezüglich der Höhe des Stammkapitals und der Vertretung abgeändert worden. Es können jetzt Gesamtprokuristen bestellt werden. ● Bei Nr. 26 774 **Grundstücksgesellschaft Rathenowerstraße 70 mit beschränkter Haftung:** Die Firma lautet fortan: **Grundstücksgesellschaft Möckernstraße 124 mit beschränkter Haftung.** Gegenstand ist fortan der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des im Grundbuche des Amtsgerichts Berlin-Mitte vom Potsdamer Torbezirk Band 22 Blatt Nr. 643 eingetragenen, zu Berlin, Hallesches Ufer 32 und Möckernstraße 124 belegenen Grundstücks. ● Bei Nr. 31 948 **Berliner Straßenbahn-Betriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Ingenieur Wilhelm Pforr in Berlin-Wilmersdorf ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 32 226 **Hemberger Speditions- und Lagerhaus-Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Prokura des Siegfried Wolf ist erloschen.

Berlin, den 2 November 1923.

Amtsgericht **Berlin-Mitte**, Abt. 152.

Gold-Spar-Einlagen

Annahme von Depositen

in Reichswährung auf

Dollar-Basis

VERZINSUNG

4½% pro anno Fälligkeit . . . ½ Jahr

5% pro anno Fälligkeit . . . 1 Jahr

UMRECHNUNG

bei Ein- u. Auszahlung sowie Zinszahlung

$ 1 = M. 4,20 Gold

Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft

Berlin NW 7, Unter den Linden 78